

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1902 unter Nr. 7878.  
 Unter Streifenband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montage.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsstellige Annoncenzeile oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 16. Dezember 1902.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

### Zur Beachtung!

Der „Vorwärts“ hat als einziges Berliner Blatt, abgesehen von den Montagblättern, am Montag früh über die letzten Ereignisse im Reichstage eine **Extranummer**

herausgegeben, die außer dem Schluß des Reichstags-Berichts und den neuesten Tagesereignissen auch eine kritische Würdigung der Vorgänge enthält. Die Sonderausgabe ist am Montagmorgen den Parteipeditionen sowie sämtlichen Privatpeditionen zugestellt worden. Wir bitten die Abonnenten, welche etwa diese Ausgabe nicht erhalten haben sollten, sie zu reklamieren.

### Die Einstellung des Krupp-Prozesses.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Der Erste Staatsanwalt bei dem königlichen Landgericht I Berlin NW. 52, Alt-Moabit 11, den 15. Dezember 1902.

Geschäftsnummer 30. J. 2446.02.

In Nr. 268 des „Vorwärts“ vom 15. November 1902 ist ein Artikel „Krupp auf Capri“ erschienen, der Verdächtigungen des Wirklichen Geheimen Rats Friedrich Alfred Krupp enthält.

Herr Krupp hat sofort telegraphisch und am nächsten Tage schriftlich mit Beziehung auf diesen Artikel bei der Staatsanwaltschaft des hiesigen Landgerichts I Strafantrag wegen Beleidigung gestellt.

Grund dessen ist durch Beschluß des königlichen Amtsgerichts I vom 17. November 1902 die Beschlagnahme der Nr. 268 des „Vorwärts“ angeordnet und ausgeführt worden. Am 22. November 1902 ist Herr Krupp verstorben.

Hierdurch ist dem Angegriffenen die Möglichkeit genommen, durch sein eidlches Zeugnis die gegen ihn erhobenen Verdächtigungen zu widerlegen.

Seinen festen Willen, die Haltlosigkeit der ihm gemachten Vorwürfe vor Gericht nachzuweisen, hat er wiederholt, auch durch Stellung des Strafantrages, bekundet.

Von dieser Erwägung geleitet, hat die Witwe des Verstorbenen, Frau Krupp, erklärt, daß sie, durchdrungen von der Gewissheit der Schuldlosigkeit ihres Gatten, Wert darauf lege, daß der Streit um den Verstorbenen in der Öffentlichkeit möglichst zur Ruhe komme. Es sei ihr deshalb an der gerichtlichen Bestrafung der Urheber und Verbreiter der Gerüchte nichts mehr gelegen.

Bei dieser Sachlage erachte ich eine weitere Strafverfolgung nicht mehr als im öffentlichen Interesse liegend und werde ich deshalb dem gestellten Strafantrage keine weitere Folge geben.

Wegen Aufhebung der Beschlagnahme der Druckschrift ist das Erforderliche veranlaßt.

Dr. Jsenbierl, Oberstaatsanwalt.

Das ist das Ende des höllischen Getöses, das von der Presse gegen den „Vorwärts“ und die Socialdemokratie künstlich angefacht worden. Keulich hatte noch ein gegen Bezahlung Wahnsinn simulierender Mann in einem Unternehmernorgan haarfeln nachgewiesen, daß gegen den „Vorwärts“ nicht nur wegen „Verleumdung“, sondern auch wegen „Totschlages“ vorgegangen werden müsse. Jetzt sind diese Blätter des gierig ersehnten Vergnügens beraubt, einer Hinrichtung bezuwohnen.

Wir aber nehmen die Einstellung des Verfahrens mit derselben Gelassenheit auf, mit der wir seine Eröffnung erfuhren. Wir waren auf diesen Ausgang gefaßt. Er war die einzig mögliche Lösung. Ja mehr: Wir teilen auch die Empfindungen der Witwe des Verstorbenen, und es befriedigt uns menschlich, daß wir der Notwendigkeit entthoben sind, einen Toten vor Gericht zu ziehen. Der Fall Krupp im engeren Sinne ist für uns erledigt.

Wir hätten vor Gericht Gelegenheit gehabt, auch die Reinheit unsrer Motive zu beweisen. Da dieser Beweis uns jetzt unmöglich gemacht worden, sei dieser Seite der Angelegenheit ein Wort gewidmet.

Wir hatten uns lange gestraubt, den Fall Krupp zu erörtern, weil es uns widerstrebte, eine Angelegenheit zu erörtern, deren noch so ernste und zurückhaltende Behandlung doch bei Urteilslosen — das Schimpfen der Böswilligen und der Leute mit schlechtem Gewissen war uns gleichgültig — leicht den Anschein der Stundsucht und persönlicher Geschäftigkeit erwecken konnte. Erst auf die wiederholten drängenden Vorstellungen von wissenschaftlichen Fachleuten, die sich für die Aufhebung des § 175 interessierten und die glaubten, daß die

Behandlung eines so markanten Falles für die Beseitigung der Strafbestimmung von großer Wichtigkeit sein würde, entschlossen wir uns schließlich zur Publikation. Kaum jemals hat die gesamte bürgerliche Presse, von der „Staatsbürger-Zeitung“ bis zur „Frankfurter Zeitung“, solche Abgründe perfider Verleumdungsmanie enthüllt als in diesem Falle. Es war noch das mindeste, daß man uns vorwarf, unser Hinweisen auf den § 175 sei nur ein feiger Vorwand und wir hätten in Wahrheit nur den Unternehmer und Millionär Krupp fügen wollen, als ob wir nicht längst gewußt hätten, was für ein armseliges Nichts dieser reichste Mann Deutschlands gewesen. Diese Schandpresse wird sich nun mit dem Strafeinstellungsbescheide abzufinden haben. Sie wird einige Schwierigkeiten haben, ihren Lesern auseinanderzusetzen, warum die Familie die gerichtliche Verhandlung verhindert hat, während dieselbe Familie bisher nicht ihren Einfluß aufgegeben hat, um zu verhindern, daß durch die elend erpreßten Zwangsadressen in jedem ehrlichen Arbeiter gegen den toten Krupp und den mit ihm getriebenen Götzendienst ein Haß erregt wird, den der Verstorbene schon wegen seiner Bedeutungslosigkeit nicht verdient hat.

Jede erzwungene Unterschrift belastet das Andenken Krupps und peitscht ihn aus der Ruhe des Friedhofs empor. Oder glaubt man wirklich durch den tobenden Lärm und die durch Rötigung herbeigeführten Stundgebungen das Gerichtsverfahren ersehen zu können, vor dem nicht der Angeklagte zurückzubeugen brauchte?

Am des § 175 willen hatten wir den Fall Krupp erörtert. Wahrhaft erschütternde Bekenntnisse von Personen, die unter der Geißel des § 175 litten und die uns aus Anlaß unsrer Veröffentlichung zugingen, haben unsre Ueberzeugung von der Notwendigkeit seiner Beseitigung oder Milderung noch bestärkt. Wir erwarten, daß trotz der Vereitelung des Prozesses, der Fall Krupp bei der bevorstehenden Revision des Strafgesetzbuchs nicht vergessen sein wird.

Ist somit die besondere Angelegenheit Krupp für uns erledigt, so ist doch unsre Veröffentlichung weit über ihre ursprüngliche Absicht hinaus zu einer politischen Bedeutung gewachsen, die noch wachsen und wirken wird. Im politischen Fall Krupp hat sich — das hat das Verhalten der bürgerlichen Presse, das haben die Stundgebungen und Adressen vergewaltigter Arbeiter bewiesen — alles Elend unsrer stumpfen Zeit gesammelt, die furchtbare Verwahrlosung unsrer Zustände einen Entsetzen erregenden Ausdruck gefunden. Ruhte doch selbst die Krupp-Affaire Bravo-Dienste für die Staatsstreicher des Wucherzollens leisten; sie sollte bewirken, was 1878 beim Anfang der Schutzollära die Attentate leisten mußten. Seit den Zwangsstundgebungen und Rötigungsadressen der Arbeiter ist der Fall Krupp zu einem Panama geworden, dessen Völklegung jetzt zu beginnen hat. Genug der Lüge! Der persönliche Fall Krupp ist beendet, der politische hebt an. Es ist zum Ersticken schwül und dumpf in der elenden Unfreiheit, Verworfenheit und Verkommenheit unsrer inneren Verhältnisse. Es ist hohe Zeit, zu reden. Wir klagen an!

### Nach dem Siege.

Die Ausführungen der Blätter über die Annahme der Kardorff-Zollerei sind belanglos.

Die „Konservative Korrespondenz“ versucht das Verhalten jener Konservativen zu rechtfertigen, die sich schließlich für die Bloßung des Gerstenzoll „verbesserte“ Regierungsvorlage — im Wandlerjargon „Verrat und Ruin“ der Landwirtschaft — ins Zeug legten: „Es ist von den berufenen Führern der konservativen Partei wiederholt ausgesprochen worden, daß der neue Zolltarif, wie er nunmehr in der vom Reichstag beschlossenen Fassung vorliegt, den berechtigten und sorgfältig erwogenen Wünschen der Partei namentlich in Bezug auf einen wesentlich höheren Zollschutz für die Landwirtschaft nicht entspricht. Mit aller Entschiedenheit hat die konservative Reichstags-Fraktion deshalb auch beharrlich alles angeboten, um die Vorlage besser und wirksamer zu gestalten. Einiges davon ist erreicht, anderes hat sich als unerreicherbar erwiesen.“

Sie spricht von einer „ungeheuren Niederlage“ der Socialdemokratie und schließt lauernd resigniert:

„Es wird sich nun bald zeigen müssen, ob auf dieser neu-geschaffenen Grundlage Handelsverträge zu stande gebracht werden, in denen das Interesse der landwirtschaftlichen Bevölkerung genügend gewahrt wird. Der Herr Reichskanzler hat hierüber sehr wohlwollende Zusicherungen gegeben. Inwiefern dieses Wohlwollen zur That reifen wird, muß nunmehr abgewartet werden.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ behandelt das Ergebnis als ungeheure Niederlage des Bundes der Landwirte:

„Der Kampf, den wir beinahe seit einem Jahrzehnte, den wir mit besonderer Schärfe in den letzten Jahren geführt haben, hat für uns sieglos geendet. Die Landwirtschaft ist im Zolltarif und im Zolltarif-Gesetze nicht zu ihrem Rechte gekommen. Es ist ihr das Verloren worden, was sie durch den Mund fast aller ihrer berufenen und geordneten Vertreter jahrelang gefordert und als das Mindestmaß des unbedingt Notwendigen bezeichnet hatte. Daß angesichts dieses Ergebnisses ein dumpfer Groll sich der Landwirtschaft bemächtigen muß, liegt auf der Hand.“

Das heißt: 7,50 Mk. ist angenehmer als 5,50 Mk.! Das agrarische Organ kündigt den nahe bevorstehenden Kampf um den russischen Handelsvertrag an:

„Im Reichstage wurde schon in der Nacht zum Sonntag das Gerücht kolportiert, daß der eine oder der andre Handelsvertrag noch diesem Reichstage werde vorgelegt werden; die verbündeten Regierungen hätten bereits in aller Stille Vorverhandlungen geführt, deren bisheriges Ergebnis die Hoffnung erwecke, daß der erste von den neuen Handelsverträgen noch in diesem Frühjahr den Reichstag beschäftigen werde. Wir wissen noch nicht, ob das Gerücht auf Wahrheit beruht. Jedenfalls muß mit dieser Möglichkeit gerechnet werden und deshalb ist es unsre Pflicht, unermüdet weiter auf dem Posten zu stehen, damit der nächste Kampf uns nicht überträte.“

Es scheint in der That, als ob der letzte Akt der Zollposse — die jäh gewaltsame Durchschwindelung mit Hilfe einer schamlosen Mehrheit — durch die Information der Regierung betriebl worden ist, daß Rußland den Handelsvertrag am 1. Januar 1903 kündigt werde. Darum wollte die Regierung wenigstens noch etwas vor Weihnachten in die Hand kriegen, und wäre es die Kardorffsche Mißgeburt. Der lange Konflikt mit den Reichsparteien hatte die Erledigung des Zolltarifes arg verschleppt und fast unmöglich gemacht. So mußte der Unfsurz allen Rechtes reiten.

Die „Kreuz-Zeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“ treffen sich darin brüderlich mit der „Freisinnigen Zeitung“, daß sie alle den Popanz der Obstruktion ins Feld schicken. Die „Kreuz-Zeitung“ thut das, um den Unfsall ihrer Zolljunker und Landwirtschaftsbändler zu begründen, man hätte sich mit dem 5 1/2 Mark-Zoll begnügt, weil man aus selten edelmütigen Opferstimm in erster Linie die Niederwerfung der revolutionären Obstruktionparteien beabsichtigt habe.

Eugen Richter kreibt denselben Schwindel, um seinen und der Volkspartei Verrat zu verdecken; er sagt natürlich nicht, daß er wegen des Wahlhählers mit dem Centrum die Annahme des Tarifs noch vor den Wahlen habe durchsetzen wollen, sondern stellt sich, als ob ihn die Annahme des Tarifs, aber die er in Wahrheit kreuzvergnügt ist, tief betrübe, und daß an allem die Obstruktion schuld sei. Vermuthlich ist die Obstruktion auch schuld daran, daß Rußland Reuzjahr den Handelsvertrag kündigt und daß Eugen Richter von der Phantasie der „Staatsbürger-Zeitung“ besessen ist. Man lese das Folgende in der „Freisinnigen Zeitung“:

„Vielleicht hatten die Socialdemokraten sich eingebildet, durch ihr Vorgehen die Reichsparteien zu klandern und zu ärgern zu können. Auch dieser Jwed ist nicht erreicht. Im Gegentheil wurde die Stimmung in den Reichsparteien, soweit sie sich außerhalb des Sitzungssaals kundgab — der Sitzungssaal selbst war nahezu verödet — immer munterer. „So müsse es kommen“, sagte man sich, damit sei in drastischer Weise das Treiben der Obstruktion gekennzeichnet und die Notwendigkeit von Abwehrmaßnahmen erwiesen. Die namentlichen Abstimnungen wurden nur unterbrochen durch Ausrufe, etliche aufgeregte Bemerkungen zur Geschäftsordnung, heftige und heulende Reaktionen gegen den Präsidenten, welche Ordnungsrufe zur Folge hatten. Die massiven die Socialdemokraten ein Publikum einschüchtern, auf das solche Vorlesungen und solcher Kadava Eindruck zu machen geeignet ist.“

Schließlich wird noch ernsthaft erzählt, ohne die Antidrische Rede hätte man am Sonntagabend nur den § 1 zur Erledigung bringen und dann die Beratung vertagen wollen. Das ist die ewige Obstruktionssinte in andrem Format. So kindisch ist Eugen Richter nicht, daß er selbst an seine Kniffe glaubt. Sonst würden wir ihn an den Hofsoß dertreiben, damit er ihn belehrt, wann das Sonntagsgespräch für den Grafen Bülow im Reuen Palais bereits verabredet war.

Triumphierend — und nicht ohne Anlaß — ist allein der Ton in der Centrumspresse; in Wahrheit, die Zollbesuiten dürfen sich ihres Sieges rühmen. Die „Germania“ nennt jubelnd die Verständigung eine „befreiende That“.

Die „National-Zeitung“ endlich schreibt:  
 „Graf Bülow und Graf Posadowsky schüttelten einander die Hände, und sie wurden von einer Anzahl Abgeordneter zu dem Ergebnis beglückwünscht. Dazu war insofern Anlaß vorhanden, als vermöge der von der Regierung mit ihrer Vorlage eingeschlagenen Methode und der notorischen Unfähigkeit der Mehrheit, eine ordnungsmäßige Durchberatung zu leisten, lange Zeit eine Niederlage der Regierung höchst wahrscheinlich gewesen war; diese ist verhindert worden, zuletzt indem die Mehrheit durch den leichten Heroismus, eine Nacht zu opfern, sich der für sie unmöglichen monatlichen Nichterfüllung endgültig entzog. So ist der äußere Abschluß erreicht worden, dessen sachliche und politische Bedeutung völlig in Dunkel gehüllt ist, erst durch die weitere Entwicklung der Dinge sich ergeben kann.“

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Dezember.

Die wahre Gesinnung.

Ueber 1000 Metallarbeiter (darunter fast 700—800, die auf dem Krupp-Grusonwerk beschäftigt sind) protestierten in einer in Magdeburg abgehaltenen Generalversammlung am Sonntag gegen den bei Abendung der Kaiseradresse inszenierten Gewissenszwang. Einstimmig wurde festgestellt, daß nur die belannte Unzuldsamkeit und die wirtschaftliche Krise es verurteilt hätten, daß die Arbeiter zur Heuchelei gezwungen, um ihre Existenz nicht aufs Spiel zu setzen. Ferner wurde konstatiert, daß auf dem Krupp-Grusonwerk Arbeiter, die 22—25 Jahre dort beschäftigt waren, plötzlich entlassen wurden, nur weil sie als Vorstandsmitglieder in der Krankenkasse (I) für Beschlüsse stimmten, die der Verwaltung nicht paßten. Als

Krupp gestorben, seien die Werkmeister mit List und Trug herangezogen, um Gelder für Kränze zu sammeln. Diejenigen, die nichts zeichneten, wurden auf alle mögliche Art und Weise schikaniert. Die bekannte Trauerfeier für Krupp sei nicht der Initiative der Arbeiter ausgegangen, sondern ein Betriebsleiter, der sich einige Staffage-Arbeiter dazu geholt hätte, habe den ersten Aufruf zur Inscenierung der Feier erlassen und dem könne man nicht gut widersprechen. Mehr wie 1800 von den 2000 Arbeitern des Grusonwerks seien mit dem Text der Kaiseradresse nicht einverstanden gewesen und hätten die Veröffentlichung der Namen als einen Schlag ins Gesicht empfunden. Die Versammelten drückten den Gemüthsregungen ihre volle Sympathie aus und verhielten sich entschieden, als Arbeiter zu gelten, die die Socialdemokratie beschimpften. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die heutige Generalversammlung beurteilt als das schärfste den Gewissenszwang und die Behandlung, die den Arbeitern des Krupp-Grusonwerks in den letzten Wochen zu teil geworden ist. Sie protestiert vor allem gegen die Entlassung zweier Kollegen, welche fast ein Menschenleben im Dienste der Firma Krupp standen und nun in ihren alten Tagen auf die Straße geworfen wurden, weil sie nicht an sich selbst zum Lügner, dem Kaiser gegenüber zum Schacher werden wollten.

Die Versammlung bezeichnet die Ausführungen der „Magdeburger Zeitung“ im Anschluß an die Adresse der Arbeiter des Krupp-Grusonwerks als eine Unverschämtheit, weil sie wider besseres Wissen niedergeschrieben worden sind. Die Arbeiterschaft Magdeburgs muß es ablehnen, Lehren von einem Blatte anzunehmen, das sonst die berechtigtesten Interessen der Arbeiter mit Hohn und Spott überhäufte.

Die Versammlung lehnt den Zweck der von den bürgerlichen Parteien ausgehenden Hetze gegen die Vertreter der Arbeiter, der dahin geht, die Augen des Volkes abzuwenden von dem neuesten Attentat auf das Wohl der Arbeiterklasse und hält es für ihre Ehrenpflicht, in Zukunft noch mehr die Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung zu unterstützen, als dies bisher geschehen ist. Die einzige richtige Antwort auf diese Maßnahmen muß der Anschluß sämtlicher Kollegen des Kruppwerks an die Organisation sein. Diese wird zu geeigneter Zeit den Schlag abwehren, der jetzt gegen die Arbeiterschaft geführt worden ist.

Die „S. Z.“ meldet: Am Sonnabend fand in Breslau eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung im Gewerkschaftshause statt, die sich mit folgender Tagesordnung befaßte: Der Kaiserbesuch in Breslau am 5. Dezember, die geplante Spolierbildung, der Empfang der Arbeiter-Deputation und die wahre Meinung der Arbeiter. Nach einem einleitenden, oft durch großen Beifall unterbrochenen Referat des Bezirksleiters der schlesischen Metallarbeiter, Herrn Friedrich Schlegel, wurde folgende Resolution von der etwa 1000 Personen zählenden Versammlung einstimmig unter stürmischem Beifall angenommen:

„Die heute, den 13. Dez. 1902, im Gewerkschaftshause zu Breslau versammelten Metallarbeiter erklären in Anbetracht der eigentümlichen Umstände, unter denen die Arbeiterdeputation zu stande gekommen ist, diese Deputation nicht als die wirkliche Vertretung der Breslauer Metallarbeiter anerkennen zu können. Aus diesem Grunde ist auch unsere wahre Meinung eine andre. Die Meinung geht dahin, daß wir heute in freier Entschiedenheit geloben: Rüge kommen, was da wolle, wir werden an unserer Organisation und deren von uns selbst erwählten Führern festhalten. Am Ausbau dieser Organisation mitzuwirken und die Macht derselben zu stärken, die noch Berufstheorien in unsere Reihe anzugliedern, um so ein festes, unüberwindliches Bollwerk zu eigenem Schutze, um so ein infolge seiner Gelastungen unbeflegbares Heer von Kämpfern für gute und gesicherte Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen — soll und wird in Zukunft eine unserer vornehmsten Aufgaben sein.“

### Die Wahrung der parlamentarischen Würde.

London, 13. Dezember. (Fig. Ver.) Zwischen dem Ober- und Unterhause steht wegen der Schulvorlage ein Konflikt bevor. Nach englischen Grundsätzen aus dem achten Jahrzehnt des 17. Jahrhunderts hat einzig und allein das Unterhaus über die Staatsfinanzen zu bestimmen. Die finanziellen Bestimmungen einer vom Unterhause angenommenen Vorlage dürfen von den Lords nicht geändert werden. Einen derartigen Eingriff in die Vorrechte des Unterhauses haben sich aber die Lords bei der Beratung der Schulvorlage zu Schulden kommen lassen. Nach der Vorlage erhält die Kirche eine gewisse Geldsumme, wofür sie u. a. auch die Reparaturen der kirchlichen Schulgebäude zu übernehmen hat. Auf Antrag des Bischofs von Manchester wurde diese Bestimmung vom Oberhause dahin amendiert, daß die Schulreparaturen auf Kosten der Gemeinde auszuführen sind. Dieses Amendement stellt eine Verletzung der Vorrechte des Unterhauses dar. Der Speaker (Präsident des Unterhauses), der zur Wahrung der wirklichen parlamentarischen Würde berufen ist, wird wahrscheinlich schon nächste Woche darüber an das Haus berichten und eine Diskussion hervorgerufen. Die Führer der Opposition — Campbell-Bannerman und Harcourt — werden den Angriff gegen das Amendement der Lords eröffnen, wenn sich nicht mittlerweile die beiden Häuser über eine freiwillige Wiederherstellung der fraglichen Bestimmung einigen sollten.

## Deutsches Reich.

### Ein englisches Urteil.

Die „Times“ über die Durchpeitschung der Zollvorlage.

London, 13. Dezember. Ueber die Annahme des Zolltarifs in zweiter Lesung bemerkten gestern die „Times“ in einem Leitartikel: „In Berlin scheint man allgemein der Ansicht zu sein, die Koalition der Agrarier, Liberalen und Nationalliberalen wäre nur möglich geworden durch die Entzweiung über die Obstruktionstaktik der Socialdemokratie. . . . Kennen des Parlamentarismus werden kaum gereizt sein, diese Erklärung als vollständig hinzunehmen. Diese erhebende Mühsucht auf parlamentarische Würde und Tüchtigkeit stimmt nicht gut überein mit den letzten Vorgängen, die die Mehrheit in keinem günstigeren Lichte zeigen als die Minderheit.“ Die Beratungen fanden unter dem Einfluß der kommenden Wahlen, die mit einer Zollvorlage für die Socialdemokratie sehr günstig gewesen wären. Die Nationalliberalen, die wieder frisch noch frisch sind, fürsteten einen Sieg der Socialdemokratie. Sie beschloßen deshalb, den Socialdemokraten die Wahlparole zu rauben und dann dem Lande zu erklären, die eigentlichen Schuldigen seien die Socialdemokraten. . . . Aber die Nationalliberalen irren sich. Das Land wird ihnen antworten, daß eine Partei, die sich der Regierung verleihe, keinen Glauben mehr verdiene. . . . Die große Mehrheit der Wähler wird sich durch dies Räuber nicht täuschen lassen und wird stimmen für eine Partei, die Prinzipien hat. . . . Der Sieg der Mehrheit sei mit der Unabhängigkeit des Reichstages erkauft worden. „Man darf in England nicht annehmen, daß die Lage des Präsidenten des Reichstages und die des Sprechers im Unterhause, oder daß die Traditionen der beiden Häuser vergleichbar wären. Es ist nur zu wahr, was die Kritiker sagen, daß der Präsident des Reichstages nunmehr nur das Mundstück der Mehrheit sei. Eine entschiedene reaktionäre Bewegung geht jetzt durch die deutsche Politik.“

Des Kaisers Joldbank. Der Kaiser hat dem Grafen Bülow für die eifrige Bemühung um den Zolltarif durch die Verleihung der Rette des Hohenzollern-Ordens gedankt. Wie die Wiener „Politische Korrespondenz“, die solche Dinge kennt, mitteilt, hatte jedoch der

Kaiser beabsichtigt, noch weit reichlicheren Lohn an den Grafen Bülow anzuzuerkennen. Er wollte ihn in den Fürstenstand erheben! Und nur auf Bitte des Kaisers selbst hat der Kaiser davon Abstand genommen.

Bismarck wurde einst von Wilhelm I. in den Fürstentum erhoben, als er nach dem siegreichen Kriege die Verfallenen Verträge abgeschlossen hatte, die den Kreuzenkönig zum deutschen Kaiser machten und die deutsche Einheit herbeiführten. —

Unter den vierundzwanzig namentlichen Abstimmungen, die der Reichstag in seiner letzten Sitzung vor den Weihnachtsferien vorzunehmen hatte, sind drei besonders bemerkenswert: Die Abstimmung über den Kompromißantrag Herold zu § 1, der die Minimalzölle der Regierungsvorlage für Roggen, Weizen und Hafer wieder hergestellt und für Maisgerste einen Minimalzoll von 4 M. vorsetzt; die Abstimmung über den § 11a (Witwen- und Waisenversicherung) und die Gesamtabstimmung über das Zolltarif-Gesetz. Nach der amtlichen Abstimmungsliste ist der Antrag Herold mit 199 gegen 105 Stimmen bei einer Stimmenthaltung und der so veränderte § 1 des Zolltarif-Gesetzes mit 200 gegen 107 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen worden. Mit der Minderheit: Socialdemokraten, Mehrheit der freiwirtschaftlichen Volkspartei und freiwirtschaftliche Vereinigung stimmten die überparteilichen Konservativen v. Dewitz, v. Geroldorf, Hilgenort, Fische, v. Malhan, v. Normann, Dr. Dietel, v. Oldenburg, v. Lucis, Schrempf, Fehr, v. Wangenheim, v. Wichel und Will; der konservativen v. Treuenfels, der bei der Abstimmung über den Antrag Herold nicht auftrat, stimmte bei der Abstimmung über den § 1 mit der Minderheit. Ferner stimmten gegen den Antrag Herold die Vertreter des Bundes der Landwirte Dr. Hahn, Ende und Dr. Köhne, die beiden bairischen Bauernbündler Langinger und Bachmeier, sämtliche Antisemiten, der wildkonservative Abg. v. Dolling, der wildliberale Abg. Schwarz-Rüchsen und die Nationalliberalen Büsing, Dr. Fische, Haas, Graf Orsola und der Hospitant dieser Partei Vidtnerberger. Die drei letztgenannten Abgeordneten stimmten dann aber für den so geänderten § 1. Der Centrumsabgeordnete Symula enthielt sich bei beiden Abstimmungen der Stimme. Der Abg. Richter trennte sich mit seinen Parteifremden Pfäber und Schmidt-Elberfeld bei der Abstimmung über den Antrag Herold von dem Gros der freiwirtschaftlichen Volkspartei; sie stimmten für den Antrag Herold, lehnten aber hernach den so veränderten § 1 ab. Die Gesamtabstimmung über das ganze Gesetz geht ungefähr dasselbe Bild, wie die Abstimmung über den § 1. Die Annahme erfolgte mit 202 gegen 100 Stimmen; der Abg. Symula (C.) enthielt sich wieder der Stimme. Gegen das Gesetz stimmten geschlossen die Socialdemokraten, die freiwirtschaftliche Vereinigung, die freiwirtschaftliche Volkspartei, die Antisemiten, die oben genannten Konservativen, die Landbündler und als einziger Nationalliberaler der Abg. Büsing.

Der 11a schließlich wurde mit 262 gegen 35 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen angenommen; eine Stimme war ungültig. Gegen § 11a stimmte die freiwirtschaftliche Volkspartei mit Ausnahme des Abg. Schmidt-Elberfeld, der mit Ja stimmte. Die freiwirtschaftliche Vereinigung mit Ausnahme des Abg. Steinhauser, die Nationalliberalen Büsing, Dr. Deinhardt, die konservativen Graf Kanitz und v. Normann, der Reichsparteiler Hegelmaier, die Antisemiten Gabel und Vogel, der Elbinger Freizügler und der wildliberale Schwarz-Rüchsen. Der Stimme enthielten sich Dr. Haffe (natl.), Dr. Köhne (natl.), Fische (natl.), Reiter (L.), Wetters (LH) und Prinz zu Hohenlohe-Schillingfürst (bei seiner Reaktion). —

### Ehrenmann Bachem.

In den Weihnachts-Ausstellungen liegt jetzt aus: „Das Goldene Buch des deutschen Volkes an der Jahrtausendwende“. Dieses Buch ist gefüllt mit Abbildungen von Römern der Kunst, der Wissenschaft, des Handels, der Diplomatie, der Parlamente usw. Die Abbildungen haben vielfach Zusätze hinzugefügt, welche handschriftlich nachgehört (samtilliert) sind und durch die sie das Innerste ihrer Ueberzeugungen bekunden wollen. Einen solchen Ausspruch wollen wir hier zum besten geben:

„Justitia fundamentum regnorum (die Gerechtigkeit ist die Grundlage der Königreiche).“

„Im 20. Jahrhundert wird man diesen Satz vielleicht vor allen den Parteien in Deutschland vorhalten müssen für den Kampf der Gerechtigkeit. Nichts wird das kommende Jahrhundert weniger ertragen als den Eingriff in diesen Kampf durch ungesetzliche Mittel, durch die Mittel der Macht und des wirtschaftlichen Druckes.“

Dr. jur. Bachem.

Durch die Einführung der brutalsten Vergewaltigung in dem Zolltarif hat Herr Bachem die von ihm also behauptete Ueberzeugung herzlich verwirklicht! —

Ein Jesuiten-Märchen. Die „National-Zeitung“ ist einem vom Grafen Kallstreem, dem Jesuitenjüngling, geflüstert verbreiteten Märchen zum Opfer gefallen, wenn sie schreibt: „Der Socialdemokrat hinderte durch die ungeheuerliche Leistung einer achtstündigen Rede die Majorität an der beabsichtigten Verlegung.“ Durch Ausstreuung solcher Gerüchte möchte man allerdings, den letzten Kampf der Socialdemokratie zu verwirren. Wir waren aber nicht so dumm, auf die Finte hereinzufallen. Denn es war ganz sicher, daß sich die Grafen Bülow und Posadowsky verpflichtet hatten, nicht vor der endgültigen Verabschiedung der Kardorff-Böde den Saal zu verlassen. Man wollte nicht länger warten. Die Verabschiedung war für den Sonnabend befohlen worden, und die Mehrheit parierte. Wir haben wenigstens erreicht, daß die Herren erst am Sonntag fertig wurden. —

Konservative und Bündler. Auf die Drohnote des Bündler-Vorstandes antwortete die konservative Reichstagsfraktion in einer Erklärung:

„Die konservative Fraktion des Reichstages ist der Ueberzeugung, daß in der Trennung ihrer Mitglieder bei der Abstimmung über den Antrag v. Kardorff keine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit in der Stellung der Fraktion zu den Forderungen ihres Programms hinsichtlich des Schutzes der Landwirtschaft zu finden ist.“

Sie bedauert und mißbilligt die in Nr. 585 der „Deutschen Tageszeitung“ veröffentlichte Erklärung des engeren Vorstandes des Bundes der Landwirte, wodurch scharf Stellung genommen wird gegen diejenigen konservativen Abgeordneten, welche für den Antrag von Kardorff (Zolltarif) gestimmt haben, und worin diesen sogar der Vorwurf gemacht wird, daß sie gegen ihre, lange Zeit hindurch betätigte wirtschaftliche Ueberzeugung gestimmt hätten.“

Die Erklärung hofft schließlich, daß die Anhängerschaft des Bundes der Landwirte die Meinung ihres Vorstandes nicht teilen werde.

Es wird sich bald zeigen, daß dieses neue Zerwürfniß zwischen den agrarischen Regierungskonservativen und den Partnern des Bundes auch nichts Andres ist als Scheinseide mit versteilten Nollen. Die Meinung, daß die Bundesmitglieder, die im Reichstage für den Zolltarif gestimmt haben, demnach ihre Scheidung vom Bunde vollziehen wollen, bedarf noch der Bestätigung. —

Krupp-Adressen-Erpressung. Man schreibt uns: „Nach berühmten Mustern lief auch bei der Firma Siemens u. Halske in den verschiedenen Abteilungen eine Kiste um, zum Zwecke Protestes gegen die „Schmähsungen“ des „Vorwärts“ gegen den „Wohlthäter“ Krupp. Es war in derselben in nicht mißzuverstehender Weise „anheimgestellt“, sich zu unterzeichnen, weshalb wohl die meisten Beamten und Arbeiter der Firma unterschrieben haben werden. Die Arbeitslosigkeit ist groß und der Hunger thut weh.“ —

Die letzten Anträge des Kaisers gegen die Socialdemokratie werden nicht nur auf Kosten der Interneher in den Fabriken an-

geschlagen und verteilt, sondern auch in der Armee als Flugblätter verbreitet! So wird auch bald gemeldet, daß das Offizierscorps des Kurhessischen 2. Feld-Artillerie-Regiments Nr. 47 die betreffenden Anträge des Kaisers vom 26. November in Essen und 5. Dezember in Weesau durch den Druck vervielfältigen und als Flugblätter an das Regiment hat verteilen lassen.

Die Herren als selbstverständlich voraus, daß die Herren Offiziere die Kosten dieses ihres Privatvergnügens aus eigener Tasche bezahlen und nicht aus der Regimentskasse, namentlich auch die Gehälter der Herren Offiziere bekanntlich aus der Tasche des Volkes, und damit übrigens auch aus den Taschen von Millionen Socialdemokraten kommen.

Im übrigen aber können wir es nur mit lebhafter Freude begrüßen, daß die betreffenden Offiziere auf diese Art auch bei denjenigen im 47. Regiment das Interesse für die Socialdemokratie wecken, bei denen uns bisher eine Agitation vielleicht nicht möglich war.

Das amtliche Resultat der Piesinger Wahl. In der Reichstags-Erwahlwahl im Wahlkreise Piesing-Goldberg-Haynau am 11. Dezember erhielt Justizrat Pohl-Gleiwitz (ref. Sp.) 7576, Stadtverordneter Brubns-Breslau (Zoc.) 6483 und Erbshofmeister Venger-Möhring (L.) 6290 Stimmen. Es ist somit Stichwahl zwischen Pohl und Brubns erforderlich.

Danach haben also die Freisinnigen 1516, die Konservativen, für die auch die Ultramontanen stimmten, 1190 und die Socialdemokraten 712 Stimmen weniger erhalten, als bei der Hauptwahl 1898. In Prozenten haben also weniger erhalten: die Freisinnigen und Konservativen 17 Proz., die Socialdemokratie 10 Proz. Die Socialdemokratie hat also weitaus am besten abgeschnitten. —

Die „Freisinnige Zeitung“ hat in ihrer Sonntagsnummer den alligen Unfall gehabt, über die Annahme der socialdemokratischen Stimmen, namentlich in Piesing, allerhand hässliche Geschichten zu machen, während sie für den prozentual fast doppelt so starken Rückgang der eignen Stimmen keine Verurteilung übrig hat. Ja die „Freisinnige Zeitung“ leistet sich sogar, um diese feisthame Schwelgenarbeit zu erklären, den ausfallenden Drucksetzer zu behaupten, daß der freisinnige Kandidat 1897 nur 5042 Stimmen erhalten habe, während er in Wirklichkeit 7042 Stimmen erhalten hat!

Zur Beleuchtung des Wahlergebnisses wird uns aus dem Kreise noch geschrieben:

Unser Stimmenverlust beschränkt sich fast auf die Städte Piesing und Haynau, während das Land sich tapfer schlug. Der letztgenannte Ort hat seit dem Daniederliegen der Handhufe Induric eine empfindliche Krise durchgemacht, die zahllose Arbeiter und Handwerker zur Abwanderung nötigte. Der Stimmenrückgang an diesem Orte (400) ist aus wirtschaftlichen Ursachen zu erklären. In Piesing nahm die Zahl der abgegebenen Stimmen um 1123 (450 socialdemokratische) ab, alle Parteien hatten in ziemlich gleicher Höhe darunter zu leiden. Daß die Hauptstadt des Kreises eine bessere Entwicklung zu ihren Gunsten nicht durchmachte, liegt 1. an dem Fehlen jedes Versammlungsortes, wie konnten nicht ein einziges Mal zu unsern Wählern reden und 2. an der geringen Verbreitung unserer Presse. Die freisinnige Volkspartei besitzt im Kreise fünf Tageszeitungen mit 40000 Abonnenten, während die socialdemokratische Presse noch nicht 1000 Abonnenten zählt. Diese Macht hat der Freisinn auf das nachdrücklichste ausgenutzt — mit dem Erfolg, daß seine Stimmen um 7 Proz. mehr abgenommen haben als die unsren. Die Zahl der freisinnigen Versammlungen im Kreise hat ca. 60 betragen, die Zahl der socialdemokratischen 2. In der Stadt Piesing hielten sich am tapfersten die drei Bezirke, in welchen die Eisenbahner, Beamte und Arbeiter dominieren. Hier wurden abgegeben 81 konservative, 400 freisinnige und 814 socialdemokratische Stimmen. Trotz der Kaiserrede! Auch die Bronnacher haben keine Ursache, über das Resultat der Erwahlwahl zu jubeln. Denn fast drei Fünftel der Wahlberechtigten wohnt auf dem Lande und nicht ein Drittel der Stimmen erhielt der konservative Kandidat.

Das Resultat der Stichwahl kann nicht zweifelhaft sein, der freisinnige Rechtsanwalt Pohl wird gewählt. —

Die Kreisfelder Handelskammer ist mit der Behandlung, welche die Mehrheitsparteien in Reichstags dem Zolltarif angedeihen lassen, ganz und garnicht zufrieden. Es ist dies auch leicht erklärlich, denn die Textil-Industriellen, welche in der Kammer dominieren sind, sind hauptsächlich auf den Export angewiesen und haben deshalb ein riesiges Interesse an guten Handelsbeziehungen zu dem Auslande. Besonders ist ihnen an einem erträglichen Verhältnis mit England und Amerika gelegen, da beide Länder gute Abnehmer der Kreisfelder Erzeugnisse in Sammet und Seide sind. Während die Centrumsführer den Vertreter Kreisfelds im Reichstags, den berühmten Dr. M. Bachem antilegraphieren und ihn beglückwünschen wegen seiner Thätigkeit im Reichstags bei „Bearbeitung“ des Zolltarifs, hat die Handelskammer eine Resolution angenommen, welche die Freude vermissen läßt, welche die Anhänger Bachems empfinden. In der Resolution heißt es, daß für den Fall der Annahme des Antrags Kardorffs und des Kompromiß-Vorschlags der Mehrheitsparteien unbedingt erwartet werden muß, daß die übermäßig erhöhten Zollsätze bei Gelegenheit des Ab schlusses von Handelsverträgen wieder auf ein mit den Interessen unserer Industrie zu vereinbarendes Maß herabgesetzt werden. —

Berichtigung. Im Artikel der Extra-Ausgabe vom 15. Dezember „Der Stand der Dinge“ soll es (Zeile 5 von unten u. f.) richtig heißen: Die wichtigsten Staaten, mit denen Tarif- resp. Reichsbegünstigungsverträge abgeschlossen wurden, sind folgende usw. —

## Ausland.

### Oestreich-Ungarn.

Wien, 15. Dezember. Abgeordnetenhause. Zur Einlaufe befindet sich eine Interpellation Haider, ob die Regierung bereit sei, der durch das Deutsche Reich drohenden Zollerrhöhung auf Rußland in geeigneter Weise mit allen Kräften entgegen zu treten.

### Frankreich.

#### Zum Streik der Seelente in Marseille.

Die Verhaftung Ribellis, des Führers der Seelente, hat bei den Streikenden große Erregung hervorgerufen; große Massen von Manifestanten umfingen den Justizpalast, der von einer Militärtruppe umgeben ist und verlangen die Freilassung des Verhafteten.

Reben den Bäckern haben sich nunmehr auch die Hafenarbeiter mit 788 gegen 398 Stimmen für den Streik erklärt; dabei ist allerdings zu bedenken, daß die Organisation der Hafenarbeiter 3075 Mann zählt. Die Seelente von Rizzo, Bille Françoise und Veaulieu haben sich dem Streik ebenfalls angeschlossen.

Die Handelskammer hat an den Ministerpräsidenten ein Schreiben gerichtet, in welchem sie nichts weniger verlangt, als die vollständige Aufhebung des Streikrechts für Seelente. Das Streifen stellen sie gleich der Desertion; es dürfe den „Aufwieglern“ nicht gestattet sein, die Seelente durch Drohungen und Versprechungen zur Desertion zu bewegen.

Mit Ribelli zugleich ist der Präsident des „Nationalistischen Volksoffiziers“, Castellani, wegen Aufreizung verhaftet worden. Derselbe hatte ein Schreiben an das Streikcomitee gerichtet, in welchem er in der offizien Weise zum bewaffneten Widerstand gegen die Behörden aufforderte. Das Streikcomitee gab dies Schreiben bekannt mit der ausdrücklichen Mahnung an die Streikenden, denartigen Provokationen kein Gehör zu schenken, sondern auf dem Boden der Gesetzmäßigkeit zu bleiben. In derselben Zone ist auch das Manifest des nunmehr gebildeten Geheimcomites für den Generalstreik gehalten. Es heißt darin u. a.: Sehen wir der Macht der Bajonette die noch größere

Macht des organisierten Proletariats entgegen. Der Aufruf schließt mit der Aufforderung an alle Arbeiter, sich dem Generalstreik anzuschließen.

### Italien.

#### Prinetti über die Handelsverträge.

Rom, 15. Dezember. Kammer. In Beantwortung mehrerer Anfragen führt der Minister des Äußern Prinetti an: Ich muß vor allem erklären, daß ich bisher keine amtliche oder halbamtliche Mitteilung betreffend die Kündigung der gegenwärtig geltenden Handelsverträge empfangen habe. Ich bin auch nicht imstande, in dieser Hinsicht etwas vorauszu sagen zu können; denn ich habe keine Kenntnis von der Absicht, die jede der andern Regierungen haben mag, ihren Vertrag zu kündigen, oder nicht zu kündigen. Hier halte ich es für nützlich, einen Irrtum zu zerstreuen, in den ich in dieser Kammer und anderswo oft diejenigen geraten sehe, die sich mit diesem Gegenstande beschäftigen. Es ist nicht richtig, daß, wenn die Handelsverträge am 31. Dezember nicht gekündigt würden, sie als ein Jahr über ihre Ablauffrist verlängert angesehen würden, sodas die Mitternacht des 31. Dezember von den Interessierten mit all der Angst erwartet werden müßte, die ehemals das Herannahen des Jahres 1900 verursacht hat. Nein! Nach dem 31. Dezember kann an jedem Tage gekündigt werden, und die Verträge werden genau nach einem Jahre, von dem Tage der Kündigung ab gerechnet, ablaufen. Was die Zukunft anbelangt, die auf dem so sehr wichtigen Gebiet der Handelsbeziehungen unserm Lande bevorzugen kann, glaube ich nichts an dem ändern zu müssen, was ich im Mai 1901 gesagt habe. Ich glaube nicht, daß wir sehr frühen Schwierigkeiten in den demnächstigen Verhandlungen und Abmachungen mit Deutschland entgegengehen, und ich bin noch tiefer wie damals überzeugt, daß die Grundlage der Regelung der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern keiner wesentlichen Veränderung unterworfen werden wird. (Beifall sehr gut.) Der Minister verweist sich sodann über die Handelsbeziehungen zu Oesterreich-Ungarn und anderen Staaten.

**Die Kritiken gegen das Ehegesetz.** Die Petition, welche die Kritiken gegen das Ehegesetz aufgebracht haben, bedeckt 3 1/2 Millionen Unterschriften. Die „Agenzia italiana“, welche offizielle Beziehungen hat, teilt über diese famose Petition folgendes mit: Im Bureau der Kammer sei festgestellt worden, daß die immense Majorität der Unterschriften Straußen von Analphabeten seien, ferner daß Tausende der Unterschriften von derselben Hand geschrieben sind und daß eine Menge von Namen einfach erfinden seien. Des ferneren sei festgestellt, daß eine große Anzahl von Personen infolge der Drohungen und Versprechungen unterzeichnet habe. Es sei möglich, daß die Angelegenheit einem Gerichte unterbreitet werde.

**Der Papst gegen die Socialdemokratie.** Ein Schreiben des Papstes an die Bischöfe Italiens über die Erziehung des Klerus legt die Würde und Pflichten des Priestertums auseinander. Es heißt darin, der Priesterstand müsse sich in erlaubter Weise den Bedürfnissen anpassen, die die verderbliche Strömung des Jahrhunderts unentbehrlich mache, jedoch nicht, um dieser Strömung nachzugeben, sondern ihr energisch Widerstand zu leisten. Es folgt dann der vornehmste Teil, der sich mit der Wahrung der geistlichen Studien beschäftigt und den Besuchern der Universität Vorschriften macht, vor allem, daß sie sich jeglicher Agitation enthalten. Den Bischöfen wird empfohlen, nur denen die Weihen zu erteilen, die würdig sind, zum Priestertum emporzusteigen. Der Papst empfiehlt dem Klerus, mit dem wahren kirchlichen Geist zum Volke herabzusteigen und es vor den Verführern, speziell den Socialisten, zu retten.

So alt der Papst geworden ist, von der weltbewegenden sozialen Frage und dem Socialismus hat er nicht das Geringste tapirt! —

### Norwegen.

**Staatshilfe gegen die Arbeitslosigkeit.** Das Secretariat der Landesorganisation der Gewerkschaften und der Vorstand der norwegischen Arbeiterpartei haben an das Storting ein Schreiben gerichtet, worin diese auf das dringendste aufgefordert wird, ein Gesetz über Staatszuschuß zu den Arbeitslosen-Unterstützungs-Kassen der Gewerkschaften ausarbeiten zu lassen. Unter der Voraussetzung aber, daß dieses Gesetz schweblich so bald, wie notwendig wäre, fertig wird, wird zunächst verlangt, daß das Storting der Regierung für das laufende Finanzjahr 25 000 Kronen, und für das kommende Finanzjahr 50 000 Kronen, die als Zuschuß an die bestehenden Arbeitslosigkeits-Kassen verteilt werden sollen, bewillige. In der sehr eingehenden Begründung des Gesuches wird darauf hingewiesen, daß die Arbeitslosigkeit, die unter normalen Verhältnissen schon sehr drückend empfunden wird, seit der im Jahre 1899 eingetretenen Krise beständig gestiegen ist und nun ganz bedenkliche und gefährliche Dimensionen annimmt. Neun Gewerkschaften haben im Jahre 1900 17 045 Kronen, 1901 bereits 25 155 Kronen an Arbeitslosen-Unterstützung ausgegeben; in den drei ersten Quartalen 1902 aber müßten vier von diesen neun Gewerkschaften schon 25 658 Kronen für denselben Zweck aufwenden. Dabei sind die Unterstützungen der Gewerkschaften sehr unzureichend; die meisten Arbeitslosen sind über die Dauer ihrer Unterstützungs-berechtigung arbeitslos.

Als Grundlage für jenen Gesuchentwurf soll folgendes dienen: Das Storting stellt der Regierung jährlich eine bestimmte Summe zur Verfügung, die je nach der Mitgliederzahl und der Leistungen für ihre Arbeitslosen an die verschiedenen Organisationen verteilt wird. Der Staatsbeitrag soll bis zum Dreifachen des für diesen Zweck verwandten Mitgliederbeitrages, aber jährlich nicht über 15 Kronen pro Mitglied betragen. Bedingung für den Staatsbeitrag ist, daß die Kassen nur solche Mitglieder, die ohne eigenes Verschulden arbeitslos wurden, unterstützen und der Regierung alljährlich über ihre Tätigkeit Bericht erstatten.

### Die Antwort der Bestie.

In Wilmersdorf logte am Sonntag in Wittes Volksgarten eine außerordentlich stark besuchte Protestversammlung, in der Reichstags-Abgeordneter Jubel über den Staatsstreich der Zollwächterer referierte und namentlich von der Rächtführung des Reichstages ein seltendes Bild entwarf. Ebenso wies Jubel auf die jetzige Socialistenhege hin und unterzog die von Wilhelm II. in Essen und Breslau gegen die Socialdemokratie gehaltenen Reden einer entsprechenden Kritik.

Die Versammlung gab ihre Ansicht über die geschilderten Zustände in folgender Protestresolution zu erkennen:

Die Versammlung protestiert energisch gegen die Zerschmetterung der Geschäftsordnung durch die zollwächterische Wehrheit des deutschen Reichstages. Die Versammlung spricht ferner ihre tiefste Entrüstung über die heute erfolgte Annahme des Zolltarifs aus, durch welchen die arbeitende Bevölkerung Deutschlands ausgehungert werden soll. Die Versammlung verurteilt zugleich das schamlose Verhalten der Freisinnigen Volkspartei im Reichstage, und spricht hiermit der socialdemokratischen Reichstagsfraktion für ihr mannhaftes Verhalten und ihre unermüdete Thätigkeit ihr volles Vertrauen aus.

Gegenüber den Angriffen, welche der deutsche Kaiser gegen die deutsche Socialdemokratie gerichtet hat, erklärt die Versammlung, daß sie der kaiserlichen Aufforderung, sich von dieser Partei und ihren Vertretern abzuwenden, nicht folgen will. Sie drückt vielmehr den Vertretern der socialdemokratischen Arbeiterpartei ihren Dank und ihr volles Vertrauen aus und verspricht, mit der Hingebung und Begeisterung, welche die auf Millionen Anhänger angewandene Partei bisher im Kampf bewiesen hat, auch ferner für die Erreichung der socialdemokratischen Ziele einzutreten zu wollen.

Vor allem wollen die Versammelten bei den Wahlen des nächsten Jahres im socialdemokratischen Sinne ihre Pflicht erfüllen.

In Gorki i. L. fand am Sonntag im größten Lokale der Stadt eine sehr gut besuchte Protest-Versammlung statt. Der Abgeordnete des Kreises, Genosse Klees, geistelte in 1 1/2 stündiger, wiederholt von stürmischem Beifall unterbrochener Rede den Rechtsbruch der Zollwächterpartei des Reichstages. Einstimmig gelangte eine Resolution zur Annahme, die den Rechtsbruch der Reichstagsmehrheit und die Verletzung der Freisinnigen Volkspartei aufs Schärfste verurteilt und in der die Versammelten erklären, der Aufforderung Wilhelms II. zwischen sich und der Socialdemokratie das Schwert zu zerhacken, nicht Folge zu leisten.

Bemerkenswert ist, daß eine Anzahl Mitglieder der Hirsch-Dunkerischen Gewerkschaft anwesend waren, die sämtlich für die Resolution stimmten.

Eine mächtige Kundgebung der Braunschweiger Arbeiterpartei war die Volksversammlung, die am Freitagabend im „Hofjäger“ stattfand. Lange vor 9 Uhr war dieser größte Saal Braunschweigs bis auf den letzten Platz gefüllt. Stopp an Stopp drängten sich die Erschienenen, um den Worten des Redners zu lauschen, um durch ihre Anwesenheit den unzerbrechlichen Bund zwischen Arbeiterpartei und Socialdemokratie vor aller Welt zu bekunden.

Die Polizei hatte für diese Versammlung außerordentliche Vorbereitungen getroffen. Im den „Hofjäger“ waren Schutze in Zivil und Uniform verteilt, einige waren im „Feldschloßchen“ untergebracht. Die Polizei hatte sich offenbar von dem gestrigen Abend etwas Besonderes versprochen. Es war aber nichts damit.

Auch die Straßburger Arbeiterpartei erhob am Donnerstag in einer äußerst stark besuchten Versammlung geharnischten Protest gegen Zollwächter und Schrammaderer.

In zwei überfüllten Versammlungen, die am Sonntag in Wittenberg und Klein-Wittenberg stattfanden, referierte Genosse Jülke-Berlin über die Vorgänge im Reichstage. Die in beiden Versammlungen einstimmig angenommene Resolution verurteilt in scharfen Worten die Gewaltthat der Reichstagsmehrheit und weist das Ansehen Wilhelms II., der Socialdemokratie den Rücken zu kehren, entschieden ab.

**Augsburg.** In einer stark besuchten Volksversammlung referierte Genosse Kollwag über den „Aufmarsch im Reichstage“. Seine einstündigen markanten Ausführungen riefen großen Jubel hervor, gekleidet er doch in scharfen Worten die rohe That der zollwächterischen, ausbeutenden und rechtbeugenden Mehrheit. Einstimmige Annahme fand eine Resolution, in der die Vergewaltigung der Minderheit gebrandmarkt und den Führern der Socialdemokratie Dank und Anerkennung für ihre große Opferwilligkeit ausgesprochen und entgegen dem Wunsche Wilhelms II. das Geldbus der Treue gegeben wurde, da die Versammlung in ihnen die wahren Vertreter von Arbeiterinteressen erblickt.

**Schweinfurt.** Eine zahlreich besuchte Volksversammlung sprach nach einem Referat des Genossen Sädler der socialdemokratischen Fraktion des Reichstages in einer Resolution für ihre Verhalten bei Tarif und Anhebungsdank aus. Sie verpflichtet sich entschlossen dem je zur Socialdemokratie zu stehen. Die Resolution fand unter stürmischem Beifall einstimmige Annahme.

**Gegen den Staatsstreich im Reichstage** protestierten am Sonntag die Parteigenossen Nürnberg in zwei überfüllten Volksversammlungen, in denen die Abgeordneten Dr. Sadeikum und Segel referierten. Die Versammelten nahmen die Mitteilungen der Redner über die Gewaltthat der Zollwächterpartei mit Entrüstung entgegen und formulierten ihren Protest in der folgenden einstimmig angenommenen Resolution:

Gegen die Vergewaltigung der Minderheit des deutschen Reichstages, die aber die Wehrheit des deutschen Volkes betritt, durch die Parteien der Ruchergölle protestiert entschieden die heutige Volksversammlung. Der parlamentarische Staatsstreich der Zufallsmehrheit des Reichstages ist geboren aus der Furcht über den Ausfall der nächsten Reichstagswahlen, bei denen der Zolltarif die Lösung hätte bilden können.

Für das mannhafte und mutige Auftreten der socialdemokratischen Reichstagsfraktion gegen die brutale Vergewaltigung durch die Reichstags-Majorität spricht die Versammlung freudigen Dank und wärmste Anerkennung aus. Die Versammelten verurteilen die Verletzung der Freisinnigen und Nationalliberalen, der Vorkämmerer und Richter, und versprechen, ihrem Protest und ihrer Entrüstung kräftigsten und wirkungsvollsten Ausdruck zu geben durch die sofortige Inangriffnahme der organisatorischen und agitatorischen Vorarbeiten für die nächsten Reichstagswahlen. In der hinausgeschleuderten Zahl der socialdemokratischen Wählerstimmen sollen Kaiser und Reich die Stimmung des deutschen Volkes erkennen.

Beide Versammlungen gestalteten sich zu einer durchaus würdigen Demonstration und verliefen ohne Zwischenfall.

Ein Privat-Telegramm meldet und aus Bremen:

Am Sonntag fanden drei imposante Protestversammlungen im Wahlkreis Sattlers, in Burgdamm, Scharnbeck, Stabe statt. Schulz, Müller und Ebert (Bremen) sprachen. Bei der Mitteilung, der Zolltarif sei angenommen, gab sich überall stürmische Entrüstung kund. Die überfüllten Versammlungen nahmen scharfe Protestresolutionen, besonders gegen Sattler gerichtet, an. Im 6. hannoverschen Wahlkreis fanden Protestversammlungen in Verden, Ahim, Hemelingen statt, die sämtlich stark besetzt waren.

### Venezuela.

Es ist höchst eigentümlich, daß wir auch bei den venezolanischen Panzerkreuzern wieder vollständig auf die amerikanischen und englischen Mitteilungen angewiesen sind. Die offizielle deutsche Nachrichten-Zufuhr stockt vollständig. Die deutsche Presse ist vollständig auf die ausländischen Mitteilungen angewiesen. Ueber die wichtigsten Vorkommnisse liegt keinerlei deutsche Darstellung vor. So fällt es der deutschen Regierung gar nicht ein, das Dunkel über die Zerstörung des venezolanischen Kriegsschiffes zu lüften, trotzdem gerade diese Aktion den Unwillen aller ausländischen Nationen erweckt hat, namentlich in Amerika, trotzdem England bereits den ostentativen Versuch gemacht hat, die Verantwortung für diese Heldenthat vollständig auf Deutschland abzuwälzen! Es ist einfach ungeschwehlich, daß die deutsche Regierung die deutsche Bevölkerung vollständig im Dunkeln tappen läßt. Wenn es sich um künstliche Entschleierungen, geplante Aktionen handelte, wäre diese Geheimnisthämerei noch einigermaßen verständlich, rätselhaft ist es aber, warum man nicht einmal das Bedürfnis fühlt, über zurückliegende Ereignisse, an denen ja doch nichts mehr zu ändern ist, irgend welche Aufklärung zu verbreiten. Eine solche Rücksichtslosigkeit ist bezeichnend für den politischen Reizegrad der deutschen Bourgeoisie, die sich dergleichen ruhig gefallen läßt.

Wenn wir getraut aufhören, daß die große Aktion auf dem besten Wege sei, im Sande zu verlaufen, so liegt heute keine Veranlassung vor, diese Ansicht zu korrigieren.

**Das Bombardement von Puerto Cabello** beweist noch keineswegs, daß es die „Verbündeten“ auf einen ernstlichen Krieg gegen Venezuela antommen lassen wollen. Die Beschließung und Zerstörung des Forts der Hafenstadt war auch nur eine Demonstration, der eine größere Bedeutung ebensowenig beizumessen ist, wie der Zerstörung der venezolanischen Kriegsschiffe. Wie die nachstehend wiedergegebenen Telegramme über diese Schießerei beweisen, wurden die Forts in 45 Minuten in Grund und Boden geschossen — es waren eben Forts, die in der Hauptsache zur Beherrschung der Stadt selbst und ebentwille noch gegen eine der venezolanischen ebenbürtigen „Kriegsflotte“ zu gebrauchen waren, nicht aber gegen wirkliche Marine-Artillerie. Kein Zweifel, daß die Flotte der Verbündeten in ein paar Stunden sämtliche venezolanischen Hafenforts in Trümmer legen könnte.

Der Sache selbst wäre damit aber auch nicht das Geringste gebient. Beharrt Castro auch fernerhin bei seinem Widerstand, so wäre ihm nur durch umfangreiche Landoperationen beizukommen und vor diesen werden sich die Verbündeten weislich hüten. Ueber das Bombardement selbst und seine Veranlassung wird gemeldet:

Der venezolanische Mob bemächtigte sich des britischen Dampfers „Lopez“ in der Nacht vom Mittwoch während der Dofung des Boots und zwang die britischen Offiziere und die Mannschaft, zu landen, worauf der Köbel die venezolanische Flagge hißt. Die Nachricht von dem Vorgange wurde am Freitag in La Guayra bekannt, worauf das englische Kriegsschiff „Charhddis“ und der deutsche Kreuzer „Sineta“ nach Puerto Cabello abdampften. Dort verlangten die Engländer die sofortige Rückgabe des Dampfers „Lopez“ und schidten, als die Venezolaner hierauf nicht reagierten, 50 Marineoldaten mit dem Befehl an Land, die „Lopez“ unter allen Umständen zurückzuerobern, was nach kurzem unblutigen Scharmügel geschah.

Unmittelbar darauf sandte der Kommandant eine Forderung an die venezolanischen Behörden, sich zu entschuldigen. Da auch darauf eine Antwort nicht erfolgte, wurde nach zwei Stunden das Bombardement eröffnet. Die Schiffe wurden gegen die enterrnten Forts gerichtet und die Kriegsschiffe waren so vorsichtig, nicht in die Stadt zu feuern. Die Forts erwiderten das Feuer anfangs, stellten es aber bald ein, worauf auch die Schiffe aufhörten zu schießen.

Nach einer Meldung des „Neuerischen Bureau“ dauerte die Beschließung von Puerto Cabello 45 Minuten. Um 4 1/2 Uhr war eine Depesche von Castro eingetroffen, welche jedoch nicht mehr bis 5 Uhr, das heißt zu der für den Beginn der Beschließung festgesetzten Frist, an Bord der Kriegsschiffe gebracht werden konnte. Castro hatte darin die Behörde von Puerto Cabello angewiesen, alle verlangte Genugthuung zu geben. Durch die Beschließung wurden das Fort Salano und das Kastell Libertador in Trümmer gelegt; der Befehlshaber des letzteren wurde gefangen genommen; nur zwei Mann sind verundet. Mannschaften vom Kriegsschiff „Charhddis“ haben von dem Kastell Besitz ergriffen und die dortigen Geschütze unbrauchbar gemacht.

Ob die Depesche Castros an die Behörden der Stadt, die geforderte Entschuldigung abzugeben, ein Einlenken des Präsidenten selbst bedeutet, bleibt abzuwarten. Möglicherweise riet Castro nur deshalb zur Nachgiebigkeit in diesem speziellen Falle, weil er sich über den Ausgang des ungleichen Kampfes von vornherein nicht im Zweifel befand. Freilich nimmt die deutsche Presse auch von einem weiteren Aste Castros Kenntnis, aus dem sie auf einen Umschwung in der Stimmung des Präsidenten schließt. Castro hat nämlich die zurückgelassenen erkrankten Gattin des deutschen Geschäftsträgers einen Besuch abgestattet. Ob dazu nicht lediglich gewalttätige Gefühle Veranlassung gaben, läßt sich einstweilen schwer abschätzen.

Dagegen liegt

**eine Kundgebung deutscher Finanziers in Venezuela**

vor, die alles andre als den Wunsch nach weiterer Betätigung der gepanzerten deutschen Faust verrät.

In London eingetroffene Meldungen besagen, die deutschen Bankiers und Kaufleute in Venezuela hätten ein Drahtgesuch nach Berlin gerichtet, Deutschland möge den Vorschlag, ein Schiedsgericht einzuberufen, annehmen, da man glaube, Castro werde, wenn der Vorschlag abgelehnt würde, thatsächlich bis zum Ende kämpfen; in diesem Falle würden die deutschen Handelsinteressen in ganz Südamerika schwer leiden und die amerikanischen Kaufleute würden den Nutzen davon haben. Dñuehin beginne man bereits die deutschen und englischen Waren in Venezuela zu boykottieren.

Man darf also trotz des Zwischenfalles von Puerto Cabello hoffen, daß die deutsche Regierung diesem Appell der venezolanischen Deutschen Rechnung tragen wird. Das Drahtgesuch bestätigt übrigens durchaus unsere Auffassung der Situation, namentlich auch ihre Deutung der Motive, aus denen heraus Amerika bis jetzt den Vorgängen mit so großer Gelassenheit zugehört hat.

Ueber die

**Zerstörung der venezolanischen Schiffe**

liegen noch folgende Meldungen vor:

**La Guayra, 14. Dezember.** Von den drei venezolanischen Kriegsschiffen, welche das deutsche Geschwader weggenommen hat, ist der „Restaurador“ ein Dampfer von 600 Tons, die beiden andern Schiffe waren ganz kleine Dampfer. „Totumo“ und „General Crespo“, von je 137 Tons. Der „Restaurador“ ist mit deutscher Besatzung versehen worden und fährt jetzt unter deutscher Kriegsflagge. Die beiden andern Schiffe waren nicht genügend versetzt, um mit der Besatzung die Reise nach Trinidad selbst zu unternehmen. Auch hätte ihr baulicher Zustand ein Schlepptau dorthin aller Wahrscheinlichkeit noch unendlich gemacht. Ein solcher Transport würde überdies die Aktionsfähigkeit des mit dem Aufsuchen der übrigen venezolanischen Kriegsschiffe beschäftigten deutschen Geschwaders wesentlich behindern. Ein bloßes Treibenlassen der beiden Schiffe erschien gleichfalls nicht angängig, da sie in diesem Falle vornehmlich den Venezolanern wieder in die Hände gefallen wären. Hiernach blieb nur übrig, die Schiffe, welche als absolut wertlos bezeichnet werden müssen, zu versenken.

Die Deutschen haben das Torpedoboot „Margarita“ unbrauchbar gemacht und das Transportschiff „Assun“, das einem Franzosen gehört, ins Schlepptau genommen und zum Hafen hinausgebracht. Die Engländer haben den „General Crespo“ und den „Totumo“ ins Schlepptau genommen und gleichfalls zum Hafen hinausgebracht. Seitdem ist von diesen Schiffen keines mehr gesichtet worden. Die venezolanische Regierung behauptet, daß Soldaten von dem Fort von La Guayra aus gesehen hätten, wie dieselben in die Luft geflogen und dann gesunken seien und daß die „Retribution“ nach Abschleppung der Fahrzeuge allein in den Hafen zurückgekehrt sei.

### Aus Industrie und Handel.

**Zum Treibertrah.** In der am Sonnabend in Kassel abgehaltenen Versammlung der Gläubiger der Treiber-Gesellschaft gab der Konkursverwalter, Justizrat Fries, eine längere Uebersicht über die Lage des Konkurses, die zum ersten Male einen genaueren Einblick in die ungeheuren Schulden der Schmidhagen Gründungen ermöglicht. Nach dem Bericht des Konkursverwalters sind im ganzen 852 648 M. bevorrechtigte Forderungen angemeldet worden. Davon sind 77 285 M. aus 379 495 M. Anmeldungen definitiv durch Anerkennung im Vergleichswege festgestellt. 302 210 M. sind ausgeglichen. 303 440 M. sind bestritten geblieben. 122 500 M. Anmeldungen sind zurückgenommen. In nicht bevorrechtigten Forderungen sind angemeldet 191 365 036 Mark. Interessant ist es, dieser Summe gegenüber zu erwähnen, daß bei der Konkursöffnung die Bücher der Treiber-Gesellschaft nur etwa 2 1/2 Millionen Mark Kreditoren aufwiesen. Die bei weitem bedeutendste Anmeldung ist diejenige der Leipziger Bank mit 75 207 982 Mark. Dieselbe ist mit 56 745 442 M. anerkannt worden. Von den Tochtergesellschaften etc. waren Forderungen in runder Gesamtsumme von 28 1/2 Mill. Mark angemeldet. In dieser Gruppe standen wegen 6 872 547 Mark noch Verhandlungen, und 21 561 126 M. wurden vergleichsweise auf 4 684 783 M. herabgesetzt. 57 657 147 M. aus 113 627 997 M. An-

Erklärung!

In der Sitzung des Reichstags in der Nacht vom 13. auf den 14. Dezember hat mir der Präsident, Herr Graf v. Ballestrem, das Wort zur Geschäftsordnung verweigert, als ich konstatieren wollte, daß er sich einen Bruch der Geschäftsordnung habe zu Schulden kommen lassen.

Der Vorgang war folgender: Der Abg. Baudert hatte in unserem Namen den Antrag gestellt, über die Anträge Herold und Genossen und sämtliche Amendements, die zu § 1 des Tarifgesetzes gestellt worden waren, zur Tagesordnung überzugehen. Der Abg. Spahn hatte den Antrag gestellt, über sämtliche zu § 1 des Tarifgesetzes gestellten Amendements mit Ausnahme des Antrags Herold und Genossen zur Tagesordnung überzugehen.

Obgleich der Antrag Baudert der weitergehende war, ließ der Präsident, Herr Graf v. Ballestrem, zunächst über den Antrag Spahn debattieren. Der Abg. Spahn als Antragsteller sprach nur wenige Worte für seinen Antrag. Darauf erhielt der Abg. Stadthagen gegen den Antrag Spahn das Wort. Raum aber hatte derselbe nur fünf Minuten gesprochen, so nahm ihm der Präsident Graf v. Ballestrem das selbe.

Dieses war ein Bruch der Geschäftsordnung. Der Präsident Herr Graf von Ballestrem hatte in den vorhergehenden Tagen bei der Debatte über die Referate der Mitglieder der Tarifkommission entschieden, daß er jeden Antrag zu diesen Referaten als Geschäftsordnungs-Antrag behandeln und demgemäß dem Redner nur eine fünfminütige Redezeit gewähren werde.

Obgleich auf unserer Seite lebhafter Zweifel bestanden, daß diese Auffassung des Präsidenten richtig sei, schwiegen wir, weil wir uns sagten, daß eine Entscheidung des Hauses zu Gunsten der Ansicht des Präsidenten ausfallen werde.

Anderer lag hier die Sache. Die Anträge Baudert und Spahn, über die Amendements, die zu § 1 des Tarifgesetzes gestellt worden waren, zur Tagesordnung überzugehen, waren keine Anträge mehr zur Geschäftsordnung, sondern zur Sache, und für diese ist die Vorschrift der lex Gröber unanwendbar.

Für diese Anträge kamen die Bestimmungen des § 88 Absatz II der Geschäftsordnung in Anwendung, die klipp und klar lauten:

Der Antrag auf einfache Tagesordnung kann zu jeder Zeit gestellt werden und bedarf keiner Unterzeichnung. Nachdem ein Redner für und ein Redner gegen denselben gehört worden, erfolgt darüber der Beschluß der Versammlung.

Hier ist also keine Zeitbeschränkung vorgeschrieben und es war ein Bruch dieser klaren Bestimmungen der Geschäftsordnung und ein Bruch mit der 36jährigen Praxis des norddeutschen und deutschen Reichstages, wenn der Präsident Herr Graf v. Ballestrem dem Abgeordneten Stadthagen nur 5 Minuten das Wort gestattete.

Auf erfolgte Verständigung zwischen dem Abg. Singer und mir, ging Singer zu dem Präsidenten und erbat sich mit Hinweis auf die angelegene Bestimmung des § 88, die verletzt worden sei, das Wort zur Geschäftsordnung. Herr Graf v. Ballestrem bestritt im Zweigespräch die Auffassung des Abg. Singer und setzte wortlich hinzu:

Außerdem gebe ich Ihnen nicht das Wort zur Geschäftsordnung und Sie wissen warum.

Darauf meldete ich mich schriftlich zum Wort zur Geschäftsordnung. Als ich nach einiger Zeit das selbe nicht erhielt, meldete ich mich vor dem Hause zum Wort; Herr Graf v. Ballestrem antwortete: Ich werde Ihnen nachher Befehl erteilen. Der Vorzug darauf öffentlich erfolgte Befehl lautete: Ich verweigere Ihnen zur Geschäftsordnung das Wort. Herr Graf v. Ballestrem wußte, daß ich seine Geschäftsführung angreifen wollte, er wußte, daß seine Handhabung der Geschäftsordnung im vorliegenden Falle mit dem § 88 der Geschäftsordnung im Widerspruch stand, er mußte sich also sagen, daß der öffentliche Angriff auf seine Geschäftsführung im Hause zu lebhaften Auseinandersetzungen führe und, wie immer die schließliche Entscheidung ausfiel, der Vorfall im Hause und nach außen einen peinlichen Eindruck machen mußte.

So griff er kurzer Hand zu dem Ausweg, der ihm die famose lex Gröber in die Hand gab und verweigerte mir das Wort.

In der Sitzung des Reichstags vom 9. Dezember, in welcher die lex Gröber zur Beratung stand, machte ich unter anderem über dieselbe folgende Ausführungen — ich zitiere nach dem offiziellen stenographischen Bericht —:

„Der Präsident soll wie ein rocher de bronze hier im Hause stehen, über dem Kampfe der Parteien. Sie reihen ihn in den Kampf der Parteien.“

(Sehr richtig! links.)

Sie machen ihn zum Vettel der Mehrheit des Reichstags.

(Sehr richtig! links.)

Sie geben ihm eine durchaus unwürdige Stellung nach jeder Richtung.

(Sehr richtig! links.)

So kann ich wohl erklären, daß die sogenannte lex Gröber, die uns hier vorliegt und Gesetz werden wird, die permanente und systematische Untergrabung der Autorität des Präsidenten ist, das Schwenden des Glaubens an die Unparteilichkeit des Präsidenten.

(Sehr wahr! links.)

Die Herren, die angeblich den Parlamentarismus schätzen wollen, werden die Garotteure dieses Parlamentarismus.

(Sehr gut! Sehr richtig! links.)

Und, meine Herren, ein andres! Wollen Sie denn bestreiten, daß ein großer Teil der Geschäftsordnungs-Debatten dieses Hauses — ich sehe einmal von den letzten Tagen und Wochen ab — sich gegen die Handhabung der Geschäftsordnung und Vorschläge des Präsidenten richtet? Sie machen also, indem Sie dem Präsidenten die Nacht geben zu entscheiden, ob er das Wort zulassen will oder nicht, ihn zum Richter in seiner eignen Sache.

(Sehr richtig! links.)

Der Präsident kann, je nachdem er einen Charakter, je nachdem er Eigenschaften besitzt, in die Lage kommen, jemandem, von dem er glaubt, daß er seiner Geschäftsordnung übel wolle, daß er sie schamlos kritisiere, das Wort zu verweigern.

(Sehr gut! links.)

In welche Stellung bringen Sie denn den Präsidenten mit einer solchen Handhabung der Geschäftsordnung? Sie haben das alles sich offenbar nicht überlegt, Sie sind einmal im Eröberungsstadium.

(Heiterkeit.)

Sie wollen um jeden Preis Ihre Beute haben, und da überlegen Sie gar nicht mehr: Sie fügen über alle Hindernisse hinweg, die sich Ihnen in den Weg stellen, mögen diese Hindernisse noch so gerechtfertigt sein!

(Sehr wahr! links.)

Als ich diese Ausführungen am 9. Dezember machte, dachte ich nicht daran, daß sich dieselben binnen wenigen Tagen bis auf den letzten Quastab erfüllen würden, und daß ich mit der Feste sei, der ein Opfer der widersinnigsten Bestimmung in der lex Gröber werden würde.

Nach der Geschäftsordnung des Reichstags ist mir kein Mittel in die Hand gegeben, um mich gegen den Willkürakt, den der Präsident des Reichstags, Herr Graf v. Ballestrem, gegen mich beging, zu wehren, ich übergebe deshalb hiermit diese Angelegenheit dem Urteil der Öffentlichkeit.

In der Adventnacht zum 14. Dezember ist nicht nur die Unparteilichkeit der Präsidialgewalt des Reichstages in die Brüche gegangen, sondern auch der Glaube an den Wert des Parlamentarismus und der moralische Kredit der deutschen Regierung.

Diese eine Nacht hat mehr verwüstet als Jahrzehnte gut machen können. Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit!

Schöneberg-Berlin, den 15. Dezember 1902.

A. Debel.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 15. Dezember 1902.

Vorjenseite und kein Ende. — Wirtschaftliche Nachrichten am Jahresabschluss. — Abkantung des amerikanischen Eisenmarktes. — Uebergreifen der wirtschaftlichen Depression nach England. — Deutscher Eisen-, Kohlen- und Coalsmarkt. — Viehpreise und Fleischpreise.

Die Börse wird in ihrer zunehmenden Verödung mehr und mehr zu einem nebenwärtigen Faktor im deutschen Wirtschaftsleben. In ihrem wachsenden Ausmaß hat fast nur der noch ein Interesse, der direkt an Börsenoperationen beteiligt ist. Dem größeren Publikum, das ihre Kursschwankungen nur deshalb verfolgt, weil es in diesen ein Barometer erblickt, nach dessen Stand sich die wirtschaftliche Gesamtlage beurteilen läßt, bietet sie immer weniger Beachtenswertes. Ein Vorzeichen gleich dem andern. Immer dieselbe Trägheit, dieselbe Schwerehaftigkeit. Auch in vorhergegangenen Wochen hielt sich, obgleich früher im letzten Jahresmonat fast noch immer ein Aufschwung zu verzeichnen gewesen ist, das Geschäft innerhalb der engen Grenzen. Hin und wieder schien es, als sollten die auf dem Spekulationsmarkt unternommenen halbgeschickten Versuche, die Schlächtigkeit zurückzudrängen, Erfolg haben — aber nur für kurze Zeit, dann versiel der Markt wieder in die frühere Stagnation.

Die allseitige Zurückhaltung macht manchem einen Strich durch die Rechnung, vor allem so manchem kleinen Händler, der sich durch die veränderte Vorfragestellung, zu deren Befriedigung Arbeit, Vorfrageleistung und Konzentration gleichmäßig beigetragen haben, immer mehr in seinem Verkehr beeinträchtigt sieht; dennoch ist die abwartende Haltung vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus unter den bestehenden Verhältnissen immer noch das Vernünftigste. Denn wenn es mit Unterstützung der Hochfinanz auch gelingen könnte, eine kleine fröhliche Panne zu inszenieren, so würde doch ein baldiger Ausbruch nicht ausbleiben, und die geschäftliche Beunruhigung, die dadurch aufs neue hervorgerufen würde, hätte nur den Erfolg, die Unternehmungslust noch mehr herabzuzummen.

Die Aussichten, mit denen das Jahr 1903 schließt, sind nun einmal keineswegs günstiger, als mit denen es begonnen hat, und so traurig dies für viele Erwerbstätige, besonders für die in der Industrie beschäftigten Arbeiter ist, so nutzlos ist es andererseits, sich mit leeren Illusionen zu trösten. Die Marktlage der Vereinigten Staaten von Amerika kann, wie erst die letzten Zudungen der New Yorker Börse wieder bewiesen haben, durchaus nicht als gestärkt gelten; vielmehr läßt sich neben der sogenannten „Goldpanne“, die bereits ein Scheitern verschiedener großer Transportprojekte bewirkt hat, eine stetig zunehmende Abkantung des amerikanischen Eisenmarktes konstatieren. Waren es bisher hauptsächlich nur die besseren höherwertigen Fertigfabrikate, die unter Absatzschwierigkeiten zu leiden hatten, so beginnt neuerdings auch die Nachfrage nach Halbzeug und nach Roh-eisen abzunehmen: eine Sache, die umsonst zu denken giebt, als die amerikanische Hochofenerzeugung beträchtlich hinter den normalen Bedarf der amerikanischen Stahlwerke zurückbleibt, bei einigermaßen guter Beschäftigung der letzteren also nicht ein Roh-eisen-Überschuß, sondern ein Roh-eisenmangel vorhanden sein müßte, wie denn auch noch bis in die letzte Zeit, als auf verschiedenen anderen Teilen des Eisenmarktes schon längst der Höhenpunkt der Konjunktur überschritten war, trotz der bedeutenden englischen Zufuhr die einheimische amerikanische Hochofenproduktion den Bedarf absolut nicht zu decken vermochte. Wenn jetzt also mit einemmal sich die Hochofenröhre häufen und die Preise fallen, so läßt das darauf schließen, daß auch in der Stahlproduktion eine weitere Verbrauchsabnahme eingetreten ist.

Dazu kommt, daß der bisher besonders auf Deutschland und Rußland lastende wirtschaftliche Druck nun auch in stärkerem Maße nach England, das bislang nur wenig von den Krisen verspürte, hinübergedrungen hat. Speziell erscheint die Aufnahmefähigkeit Englands für deutsche Eisenartikel in rascher Abnahme begriffen. Zwar sind nach Angaben der englischen Nachrichten die Warenvorräte nur gering, auch halten die Verschiffungen nach Amerika, die auf Grund alter Verträge erfolgen, noch an, doch fehlt es auf dem inländischen Markt an jeglichen Anzeichen, die auf eine baldige Belebung des wirtschaftlichen und industriellen Verkehrs hindeuten. In Rußland wird das Allernotwendigste gedeckt, und die Werke drücken selbst die Preise herunter, um Aufträge zu erhalten; das gilt nicht nur für halbfertige, sondern auch für fertige Ware. In den verfloffenen 11 Monaten dieses Jahres wurden nach dem „Standard“ aus dem Cleveland-Distrikt 1 031 000 Tonnen Roheisen verschifft, davon gingen 562 000 Tonnen nach englischen und schottischen Küstenplätzen und 469 000 Tonnen nach dem Auslande; von dem letzteren Quantum entfielen 157 000 Tonnen auf Nordamerika, gegen 7000 Tonnen in den vorhergehenden 10 Jahren. Nach Deutschland und Holland wurden nur 116 000 Tonnen geliefert, gegen 248 000 Tonnen in der gleichen Periode vor einem und 536 000 Tonnen vor zwei Jahren. Im November stellten sich die Verschiffungen auf 105 000 Tonnen, davon gingen 50 000 Tonnen nach englischen und schottischen Küstenplätzen und 55 000 Tonnen nach dem Auslande, und zwar 34 000 Tonnen nach Nordamerika.

Und der deutsche Eisenmarkt? Die „Köln. Zig.“ hätte leider nur allzu recht, als sie vor einigen Tagen die Lage des rheinisch-westfälischen Eisenmarktes als so „verworren“ bezeichnete, wie niemals bisher, besonders was die Zweige der Fertigfabrikation anbelange. Der Konsum des inneren Marktes geht noch immer zurück und auch der Absatz von Fertigwaren nach auswärts schrumpft immer mehr zusammen. Besseren Abfah finden Roheisen und Halbprodukte, jedoch auf dem inneren Markt ebenfalls nur in beschränktem Maße; was den Roheisen- und Halbzeugproduzenten noch einen ziemlich guten Geschäftsgang sichert, ist die enorme Zufuhr, die allerdings zumeist zu Preisen erfolgt, die um 20 bis 30 Proz. unter den deutschen Notierungen stehen.

Diese Tatsache, daß die deutsche Eisenindustrie sich mehr als je auf die Zufuhr angewiesen sieht, von dieser zehrt und lebt, und daß demnach ihre Lage mit der Gestaltung der fremden Märkte, vornehmlich des englischen, amerikanischen und russischen Marktes, eng verknüpft ist, wird bei der Beurteilung der Situation noch immer zu wenig berücksichtigt. Einst wäre es unerlässlich, wie recht nebenwärtige Vorurteile auf dem inneren Eisenmarkt noch immer Anlaß zu Kurserregungen und zu frohen Hoffnungen auf baldige Besserung der gesamten Lage des Eisengeschäfts geben könnten. So bot z. B. am vorigen Montag die ganz unbestimmte Mitteilung, daß der Eisenbahnmittler beabsichtige, auf wichtigen Schnellzugstrecken eine raschere Ersetzung der jetzigen schlechten Schienenprofile durch stärkere

vornehmen zu lassen, den Grund zu einem kleinen Kurzauftrieb verschiedener Güttentaktien, obgleich weder etwas Näheres über den Umfang der zu erwartenden Bestellungen, noch über die Preise, die das Ministerium zu zahlen gedenke, bekannt geworden war. Und doch muß jeder, der sich die Sache überlegt, zu der Ansicht kommen, daß selbst, wenn diese Regierungsaufträge größer ausfallen sollten, als nach den Reichsfinanzverhältnissen zu erwarten ist, dadurch nicht entfernt die Nachteile ausgeglichen werden, die der deutschen Eisenindustrie durch die Verschlechterung des englischen und amerikanischen Eisenmarktes drohen.

Verhältnismäßig günstiger ist es um die Lage des Kohlen- und Coalsmarktes bestellt; doch dürfte fraglich sein, ob auf Beständigkeit gerechnet werden kann. Der letzte Kohlenmarkt-Bericht der Essener Börse lautet allerdings durchaus günstig; aber die Herabsetzung der Kohlepreise durch das rheinisch-westfälische Kohlen Syndikat deutet darauf hin, daß dieses selbst an den Bestand der gegenwärtigen Situation zweifelt, und zugleich zeigt die Erhöhung der zur Befreiung der Ausfuhrvergütung dienenden Umlage des Coalsfonditars auf 7 Proz. gegen 4 Proz. für September und 3 1/2 Proz. für Juli und August, daß weit weniger der Mehrbedarf für industrielle Zwecke, sondern in erster Reihe die Zunahme der Zufuhr es ist, die das bessere Ergebnis der letzten Monate bewirkt hat. Zudem aber muß festgehalten werden, daß trotz dieser durch die Kohlenarbeiter-Streiks in Bessarabien und Frankreich begünstigten Exportsteigerung doch die Versandziffer die des vorigen Jahres nicht übersteigt. Nach Mitteilung des Direktors Troppe in der letzten Besammlung der Coalsereibitzer betrug der Versand vom 1. Januar bis Ende August d. J. 4 208 806 Tonnen, September d. J. 610 754 Tonnen, Oktober d. J. 658 487 Tonnen, November d. J. 678 707 Tonnen und wird im Dezember schätzungsweise 650 000 Tonnen betragen, womit eine Gesamtziffer von rund 6 832 000 Tonnen, also ungefahr dieselbe Versandziffer wie im vorigen Jahre erreicht sein würde.

Dah natürlich in dem grauen Silber, als welches sich bei vorsichtiger Betrachtung des inneren Marktes und seines Zusammenhanges mit den fremden Märkten die gegenwärtige Wirtschaftslage präsentiert, auch einige freundlichere Farben nicht fehlen, braucht nicht erst behauptet zu werden. In verschiedenen Zweigen der Textil-Industrie geht z. B. das Geschäft zur Zeit recht flott, doch handelt es sich hier teilweise um besondere, kaum als dauernd anzusehende Verhältnisse. Die bessere Beschäftigung, die seit etwa zwei Monaten aus verschiedenen Hauptorten des Textilgewerbes gemeldet wird, hängt, wie auch aus einzelnen näheren Angaben deutlich hervorgeht, mit dem Weihnachtsgeschäft zusammen. Was nach Beginn des neuen Jahres werden wird, ist noch fraglich.

Als vor einigen Monaten die Vieh- und Fleischpreise in die Höhe schmolzen, wurde sowohl im „Wirtschaftlichen Wochenbericht“ als in einem besonderen Leitartikel des „Vorwärts“ (Nr. 229) darauf hingewiesen, daß, wenn ungewisshafte die Grenzpermeabilitäten und Vieheinfuhr-Beschränkungen wesentlich zur Preiswertminderung beitragen, doch andererseits auch die Herren Schlächtermeister gar ausgezeichnet verstanden, die Fleischpreise nicht nur um ihre Restkosten zu erhöhen, sondern noch einen ansehnlichen Extraprofit aufzuschlagen. Im Einzelnen wurde an der Hand der Notierungen der Berliner Schlachthof-Verwaltung und der Fleischpreis-Statistik des Statistischen Bureau nachgewiesen, daß, wenn man die Durchschnittspreise für das Jahrzehnt 1892/1901 berechnet, sich für die Schweinepreise ein Preisrückgang von 7,6 Proz. ergibt, dagegen für die Kleinverkaufspreise des Schweinefleisches nur von 3,3 Proz. „fallen“, so liegt es, nach Zeiten hoher Viehpreise die Markt-notierungen wieder, so folgt zeitweilig das Fleischergewerbe mit seinen Preisen diesem Preisrückgang; es sucht vielmehr so lange wie möglich die Preise für seine Artikel auf dem einmal vorhandenen höheren Stand zu halten und verzicht erst allmählich unter dem Druck der Konkurrenz zu Preisermäßigungen, die aber nur äußerst selten dem Fall der Viehpreise völlig entsprechen.

Eine neue Befähigung hierfür liefert das gegenwärtige Verhältnis der Fleisch- zu den Schweinepreisen. Seit etwa zwei einhalb Monaten sind die Notierungen der wichtigsten Viehmärkte in Richtung begriffen. In manchen Städten, darunter auch in Berlin, fanden in den letzten Wochen die Schweinepreise niedriger als vor drei, vier, fünf Monaten, vielfach sogar einige Prozent unter dem Stand zu Anfang des Jahres. Dennoch sind, soweit sich ersehen läßt, nirgends die Fleischer dazu übergegangen, ihre in den Monaten Juli, August, September erhöhten Preise wieder herabzusetzen. Angeniert werden dieselben Preise gefordert und erzwungen, wie zu Anfang Oktober. Allerdings fällt der dadurch erzielte ansehnliche Gewinn nicht überall allein den Klein-Schlächtern zu; in manchen Gegenden sieht einen Teil des Profits die Großschlächter ein, die den kleinen Schlächtern das Vieh geschlachtet liefern. Immerhin zeigt das jetzige Verhalten, was die moralische Enttötung über den agrarischen Viehwucher wert war, mit der vor einigen Monaten die Herren Schlächtermeister hausieren gingen.

Tat.

Partei-Nachrichten.

Gemeindevahlen.

Unser Parteigenosse in Lüdenscheid errangen bei den diesmaligen Stadtverordneten-Wahlen einen glänzenden Sieg. Die Gegner arbeiteten mit den beiden letzten Kaisereiden gegen uns und das hatte den Erfolg, daß unsre Stimmenzahlen von 425 im Jahre 1900 auf 710 stiegen. Ein Parteigenosse ist sofort gewählt und einer kommt in die Stichwahl. So zieht auch in Lüdenscheid der erste Sozialdemokrat ins Stadtverordneten-Kollegium ein.

Auch in Reinsdorf in Sachsen wurde der erste Sozialdemokrat gewählt. Ferner wurden drei Parteigenossen in Hartau in Sachsen gewählt.

In Stuttgart hatte das Kompromiß mit der Volkspartei zur Folge, daß drei Parteigenossen gewählt wurden. Es wurden ferner sieben Volksparteiler, drei von der Deutschen Partei und einer vom Centrum gewählt. Wenn die Wähler der Volkspartei zuverlässiger wären als sie sind, so müßten sechs Sozialdemokraten gewählt werden. Obwohl die niedrige Stimmenzahl der gewählten nichtsozialdemokratischen Vertreter 6900 beträgt und alle Parteien und Gruppen, die gegen Sozialdemokratie und Volkspartei auftraten, zusammen nur 5094 unadeganderte Zettel abgaben, wurde doch ein Centrumskandidat gewählt. Das Centrum selbst hatte nur 408 unadeganderte Zettel. Dem aus 26 Mitgliedern bestehenden Bürgerausschuß gehören nunmehr 10 Volksparteiler und 3 Sozialdemokraten an.

Aus den Organisationen. Im sozialdemokratischen Verein in Kiel haben sich in der letzten Mitgliederversammlung 155 Personen zur Aufnahme gemeldet. Der Monatsbeitrag wurde von 30 auf 40 Pf. erhöht.

Totenliste der Partei. In Raunhof (Königreich Sachsen) starb der Uhrmacher Lange, einer unserer ältesten Parteigenossen. Jahrelang hat er im Gemeinderat seines Wohnortes für die Partei gewirkt. Sein Name ist in der Öffentlichkeit dadurch bekannt geworden, daß eine eintägige Gefängnisstrafe den Anlaß bot zu einer reaktionären Verdringung der Landgemeinde-Ordnung. Er wurde auf Grund der Gefängnisstrafe aus dem Gemeinderat ausgeschlossen mit Hilfe einer Auslegung der Gemeinde-Ordnung, die damals großes Aufsehen machte und seitdem noch oft Gelegenheit geboten hat zur Ausschließung sozialdemokratischer Gemeinderäte. Es heißt nämlich in der Gemeinde-Ordnung, daß nicht wählen darf, wer eine Gefängnisstrafe verbüßt. Und da weiter vorgeschrieben ist, daß nicht wählbar ist, wer nicht wahlberechtigt ist, so reimte man, daß das Mandat dessen erlischt, der während der Ausübung eines Mandats durch Verbüßung einer

Meldungen sind definitiv durch Anerkennung festgestellt, während 26 040 828 M. ausgefallen sind, 52 805 017 M. wurden zurückgenommen, 23 002 808 M. sind bis jetzt ohne weiteres Verfahren befreit geblieben. Die hauptsächlichsten Ursachen fanden sich auf den Conten der Tochtergesellschaften. Diese Forderungen haben sich überall als illusorisch herausgestellt und sind abzusehen mit insgesamt 11 000 716 M. Vorstand und Aufsichtsräte waren belastet mit 16 981 027 M. Durch die Konturfe der letzteren verlieren diese Belastungen fast ganz ihren Wert.

Von den gesamten Debitoren von 38 1/2 Millionen Mark bleiben rund 1 450 000 M. als die höchste Summe der bei der Konturseröffnung wirklich vorhandenen Ursachen. Ein verhältnismäßig besseres Resultat erlangte die Konturverwaltung aus der Geltendmachung von Ansprüchen, über welche die Bücher nichts enthielten. Der preussische Staat und die Stadt Kassel zählten je 800 000 M. Nachdem aus der Schmidtschen Konturmasse eine Abschlagszahlung von 1/2 Proz. gleich 135 000 M. erfolgt ist, werden nach ungefähre Schätzung aus den Konturmassen der Aufsichtsratsmitglieder noch etwa 450 000 M. zu erlangen sein. Die gesamte Konturdividende dürfte 3 1/2 Proz. betragen. Auf die festgestellten nicht bevorrechtigten Konturforderungen im Betrage von 87 687 147 M. werden 2 1/2 Proz. gleich 2 189 878 M. als Abschlagszahlung verteilt werden.

Eine Konturdividende von 3 1/2 Proz. ist wirklich bitterwenig. Wer seiner Zeit Treiber-Aktien gekauft hat, kann sagen, daß er sein Geld direkt weggeworfen hat.

**Außenbeziehungen in der Elektrizitätsindustrie.** Die Firma Gebr. Körting in Hannover wird demnächst unter Mitwirkung der Berliner Handelsgesellschaft und der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft ihr Unternehmen mit allen Zweigunternehmen in eine Aktiengesellschaft umwandeln, auf welche der Geschäftsbetrieb ab 1. Januar 1903 übergehen soll. Der Bemessung des Aktienkapitals, welches etwa 15 000 000 M. betragen dürfte, werden die derzeitigen Buchwerte der Anlagen sowie des seit Jahrzehnten der Firma gehörigen umfangreichen, dem Geschäftsbetriebe im In- und Auslande dienenden Grundbesitzes zu Grunde gelegt werden. Die elektrische Abteilung der Firma Gebr. Körting scheidet bei der geplanten Umwandlung aus und geht nach Vereinbarung mit der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft in Berlin in deren Besitz über. Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft bleibt an der zu gründenden neuen Gesellschaft mit einem namhaften Aktienbetrage beteiligt.

Die Elektrizitätsabteilung der Firma ist von weit geringerer Bedeutung als die Gasmotoren-Abteilung, doch ist anzunehmen, daß erstere nach Übernahme durch die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft eine bedeutende Erweiterung erfahren wird.

**Cunard-Linie.** Die „Times“ veröffentlicht die von der britischen Regierung kontraktlich festgesetzten Bedingungen für den Bau zweier neuen Dampfer der Cunard-Linie. Beide Dampfer sollen je 25 Knoten in der Stunde laufen. Eine der Kontraktbedingungen bestimmt, daß, abgesehen von den Ergebnissen der üblichen Probefahrten, beide Schiffe nach Ablauf von 12 Monaten dem Erbauer zurückgegeben werden können, falls sie nicht auf Reisen die verlangte Schnelligkeit von 25 Knoten in der Stunde leisten. Die Baukosten der beiden Dampfer sind auf zusammen ungefähr 2 Millionen Pf. Sterling veranschlagt, welche die Regierung zu 2 1/2 Proz. Zinsen hergibt.

Die diesjährige Zuderproduktion Deutschlands dürfte nach der im „Neichs-Anzeiger“ veröffentlichten Zusammenstellung sich auf ca. 1 750 000 Tonnen Rohzuder stellen. Die Internationale Vereinigung für Zuderstatistik berechnet für Deutschland das Quantum auf 1 708 815 Tonnen. Die vorjährige Erzeugung belief sich auf 2 298 206 Tonnen.

**Eine Produktivgenossenschaft in der Holzindustrie** soll in Ehlingen bei Stuttgart ins Leben gerufen werden und zwar durch Umwandlung der Holzwaren-Manufaktur Bayer und Leibfried, die etwa 200 Arbeiter beschäftigt, in eine Produktivgenossenschaft der Beamten und Arbeiter. Von den Arbeitern selbst wurde in einer Versammlung der letzten Woche, die sich mit diesem Projekt beschäftigte, eine beträchtliche Summe gesammelt und ein Ausschuss bestellt mit der Aufgabe, die Finanzierung des Unternehmens anzubahnen. An dieser Versammlung nahmen auch der bekannte Oberbürgermeister Dr. Mühlberger und der Stuttgarter Professor der Nationalökonomie Dr. Huber teil und ein Gewerksvereins-Vorstandsmittglied. Man kann nur hoffen und wünschen, daß nicht Erwartungen geweckt werden, die in der heutigen Wirtschaftsordnung zu realisieren eine Unmöglichkeit ist.

**Arbeiterfrage in Transvaal.** Die Goldminen-Gesellschaften Transvaals sind, wie die „Fin. News“ erfahren, ihrem Wunsch, die Regierung möge ihnen die Anwerbung und Einföhrung schwarzer Arbeiter aus Ostafrika gestatten, um einige gute Schritte näher gekommen. Das betreffende Blatt meldet, außer Uganda sollen Nombassa und andre Teile der britischen Ostküste Afrikas zur Rekrutierung von Eingeborenen ausersuchen sein, und das Kolonialamt habe seine Zustimmung erteilt. Chamberlain werde in Nombassa landen, um sich über die Arrangements zu vergewissern.

**Handelskammer und Krankenversicherungs-Zwang.** In ihrer Sitzung vom 12. Dezember verhandelte die Berliner Handelskammer unter andern auch über eine Anfrage des Magistrats von Charlottenburg betreffend die ortstatutarische Ausdehnung des Krankenversicherungs-Zwanges auf Handlungsgehilfen und Lehrlinge. Die Handelskammer, die sich noch neuerdings für eine Ausdehnung des Krankenversicherungs-Zwanges (auf die Hausindustriellen) in gewissen Grenzen ausgesprochen hat, hielt es nicht für praktisch, daß in einem Teil (Charlottenburg) eines wirtschaftlich zusammenhängenden Gebietes zu Gunsten des Versicherungszwanges vorgegangen werde, während der übrige Teil (Berlin, Schöneberg und Borsdorf) vom Zwange befreit bleibe. Die einseitige Anordnung einer Gemeindeverwaltung würde, so meinte die Kammer, eine höhere Belastung der gewerbetreibenden Einwohner der einen Gemeinde gegenüber der Nachbargemeinde darstellen, und eine solche Belastung würde namentlich in den Grenzbezirken empfunden werden. Auf die weitere Frage des Charlottenburger Magistrats, betreffend Ortsstatut für Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden, wurde erwidert, daß dem Bundesrat gegenwärtig ein Entwurf vorliegt, welcher eine einheitliche Regelung dieser Angelegenheit für das ganze Reich herbeizuführen gedenkt. In Anbetracht dessen empfehle es sich nicht, zur Zeit an die Ausarbeitung eines Ortsstatuts zu schreiben.

### Eine Provinzialkonferenz des Verbandes der Steinseher und Berufsgenossen

hat am Sonntag in Berlin stattgefunden. Dieselbe war von den Filialen in der Provinz sehr gut besucht. Zum ersten Punkt: Agitation, konnte berichtet werden, daß nach einer am 12. November aufgenommenen Statistik auf 152 Bauen in 48 Orten 80 Prozent der Steinseher und 64 Prozent der Kammer organisiert waren.

Eigentliche „dumme Gebiete“, wo die Organisation noch nicht hingedrungen ist, gebe es in der Provinz Brandenburg nicht mehr. Dagegen müsse hinsichtlich der geistigen Aufklärung der Mitglieder in den einzelnen Filialen ohne Ausnahme noch sehr viel gethan werden. An Mitteln dazu fehlt es nicht, wenn auch die allermeisten Filialen wegen der geringen Mitgliederzahl nicht in der Lage seien, Aufwendungen für Referate machen zu können. Die Hilfsarbeiter sind leider erst zu 5 Prozent organisiert. Angesichts der Thatfache, daß auf vielen und großen Bauen die Steinseher und Kammer bis zu 100 Prozent organisiert seien, wurde es als Pflichtvergeßlichkeit bezeichnet, daß sie auf die Hilfsarbeiter nicht mehr als bisher agitatorisch eingewirkt hätten. Dem Einwand gegenüber, daß die Agitation unter denselben eine zu starke sei und denselben vielfach auch die Beiträge zu hoch seien, wurde betont, daß es nicht in erster Linie darauf ankomme, dieselben für unsern Verband zu gewinnen, sondern nur darauf zu sehen, daß dieselben überhaupt organisiert seien.

Zum 2. Punkt: Die Arbeitsleistung, hatten die statistischen Feststellungen ergeben, daß für die einzelnen Pflasterarten die tägliche Leistung bis zu 200 Prozent differiere. So wurden beispielsweise für eine bestimmte Pflasterart an der einen Stelle 15 Quadratmeter Tagesleistung angegeben, während auf mehreren andern Stellen von derselben Pflasterart Tagesleistungen von 45 Quadratmeter verlangt und auch geleistet wurden. Die Firmen, die denen letzteres der Fall ist, sind allerdings die diejenigen, welche sich bei den Submissionen schon längst eine gewisse Bekanntheit erworben haben. Angesichts so kolossaler Unterschiede in den Tagesleistungen nahm die Konferenz davon Abstand, für die Arbeitsleistung einen bestimmten Tarif aufzustellen, jedoch sprach dieselbe in einer Resolution ihre Meinung dahin aus, daß die oftmals unbefriedigenden Anforderungen der Unternehmer und Arbeitsführer durch das unkollegialische und unsolidarische Verhalten der Berufsgenossen auf der Arbeitsstelle noch unbilligert werden. Demgegenüber müsse die Arbeitstätigkeit als die erste und vornehmste Pflichtenstätte der Solidarität und Kollegialität betrachtet werden; auch sollen sich die Berufsgenossen bemühen, daß sie durch die leichtfertige Vergeltung ihrer Arbeitskraft sich selbst und ihre Familien am meisten schädigen.

Sodann beschäftigte sich die Konferenz mit der Frage, ob es möglich sei, für die ganze Provinz Brandenburg einen einheitlichen Minimal-Lohnstarif aufzustellen. Nach den Ergebnissen der Statistik schwanken die in der Provinz gezahlten Stundenlöhne zwischen 36 und 92 1/2 Pfennig (letzterer Satz für Heberlandarbeit für Steinseher, 28 bis 55 Pf. für Kammer und 22 bis 40 Pf. für Hilfsarbeiter. Nach den statistischen Feststellungen über die Dauer der jährlichen Arbeitsperiode müßten die Arbeiter des Steinsehergewerbes 1 M. Stundenlohn erhalten, wenn dieselben ein Jahresinkommen von 1500 M. erzielen wollten. Auf den Vorschlag des Referenten Anoll einigte sich die Konferenz einstimmig dahin, für Steinseher 60 Pf., für Kammer 45 Pf. Minimal-Stundenlohn bei zehnstündiger Arbeitszeit festzusetzen. Und zwar soll wegen der zum Teil erheblichen Lohnunterschiede der aufgestellte Minimaltarif in zwei Raten zur Durchführung gelangen. Die Sätze für Heberlands-, Heberstunden- und Sonntagsarbeit werden hierdurch nicht berührt. Ebenso wenig kommen für den Minimaltarif diejenigen Orte in Betracht, in denen schon jetzt höhere Löhne gezahlt werden. Von der Festsetzung eines Minimallohnes für Hilfsarbeiter wurde wegen der schwachen Organisation derselben Abstand genommen, jedoch erklärt, daß falls dieselben an einzelnen Orten noch kräftig genug wären, Lohnforderungen zu stellen, dieselben auch auf die volle Unterstützung des Verbandes zu rechnen haben. Weiter beschloß die Konferenz einstimmig, daß mit der Leitung der Lohnbewegung der Hauptvorstand betraut und derselbe auch ermächtigt ist, namens der in Betracht kommenden Filialen mit den betreffenden Innungen und einzelnen Unternehmern auf Grund des beschlossenen Tarifes Verträge abzuschließen. Motiviert wurde dieser Beschluß damit, daß die Organisation in der Provinz stark genug sei, um bei der Regelung der Lohnfrage in den Vordergrund treten zu können.

Zu dem Punkt: Gesundheitschutz der Arbeiter im Straßenbau-Gewerbe teilt der Referent Anoll mit, daß nach der vorliegenden Statistik von den 152 Bauen nur 41 eine Baubude aufzuweisen hatten, die man als zum Aufenthalt für Arbeiter einigermaßen geeignet bezeichnen konnte, wenn auch die allermeisten derselben bei weitem nicht genügend Raum für alle auf den betreffenden Bauen beschäftigten Arbeiter boten. Zudem waren gar nur 7 von den 41 Baubuden heizbar; es muß dabei beachtet werden, daß die Statistik am 12. November aufgenommen wurde! Unter den 111 Baustellen ohne Baubuden befanden sich 48, auf denen mehr als 8 Arbeiter beschäftigt waren. Es waren mit darunter Baustellen bis zu 48 Arbeitern. Durch Annahme einer diesbezüglichen Resolution stellte sich die Konferenz auf den Boden der Beschlüsse des ersten Bauarbeiterkongresses und des V. Verbandstages des Steinseher-Verbandes.

Bemerkt sei noch, daß in einem Falle die nächsten Unterkunfts-räume von der Baustelle 3/4 Kilometer, in drei Fällen über 1 Kilometer entfernt waren. Zum Lehrlingswesen wurde berichtet, daß auf den kontrollierten 152 Bauen die Zahl der Gehilfen zu der der Lehrlinge im Verhältnis von 2 1/2 zu 1 gestanden habe. Wenn jedoch die Bauen in Abzug kämen, auf denen keine Lehrlinge beschäftigt waren, so stelle sich das Verhältnis noch weit ungünstiger, nämlich: 1 1/2 zu 1! Ein derartiges Verhältnis müsse im Interesse der gewissenhaften Ausbildung der Lehrlinge als ein ungenügendes bezeichnet werden. Trotzdem dürfe eine Reform des Lehrlingswesens nicht in erster Linie bei der Festsetzung einer Verhältniszahl einsehen, sondern — nach Ansicht des Referenten — habe eine solche Reform sich in erster Linie dahin zu erstrecken, daß die Lehrlinge durch Vertrag oder noch besser durch behördliche Verordnung gezwungen würden, den Lehrling das ganze Jahr hindurch zu beschäftigen. (Heute ist auch der Lehrling schon Saisonarbeiter!) Zweitens müsse der Lehrling verpflichtet sein, den Lehrling das ganze Jahr hindurch die Fach- oder Fortbildungskurse besuchen zu lassen, natürlich müsse der Unterricht in die Arbeitszeit fallen. Falls es dann noch nötig sei, könne sich hieran auch die Festsetzung einer vernünftigen Verhältniszahl knüpfen. Auf den kontrollierten Bauen habe zwischen der Zahl der Gehilfen und Lehrlinge das Verhältnis zwischen 18 zu 1 und 1 zu 4 geschwankt. Die Konferenz erklärte sich mit den vom Referenten vertretenen Thesen einverstanden.

Die beabsichtigte Stellungnahme zum Pflasterstein-Boll, durch den das Steinsehergewerbe sehr stark in Mitleidenschaft gezogen wird, war der Konferenz durch die am Morgen des Konferenztages erfolgte Annahme des Posttarifs nunmehr in sehr unliebsam empfindbarer Weise erpart. Es blieb der Konferenz nur noch übrig, ihre Meinung darüber, wie diese Annahme erfolgt ist, zum Ausdruck zu bringen. Nachdem der Referent Anoll in kurzen Zügen skizziert hatte, welche enorme Schädigung das Steinsehergewerbe beim Inkrafttreten des beschlossenen Posttarifs erleiden wird — beiläufig bemerkt haben in letzter Zeit auch mehrere der bedeutendsten Straßenbaufirmen eine Petition gegen den Pflastersteinzoll an den Reichstag geschickt — stimmte die Konferenz nach sehr eingehender und lebhafter Diskussion der nachstehenden Resolution einstimmig zu:

Die Konferenz spricht ihre tiefste Entrüstung darüber aus, daß die Mehrheitspartei des deutschen Reichstages durch den Versuch von Recht und Gesetz eine sachliche Erörterung des Posttarifs unmöglich gemacht und damit einen Posttarif zur Annahme gebracht haben, durch den das Steinsehergewerbe in seinen Lebensinteressen aufs tiefste getroffen wird. Die Konferenz hält sich zu dieser Erklärung um so mehr berechtigt, als durch die in dem Posttarif enthaltenen Bucherzölle auf die verschiedensten Lebensmittel die Arbeiter als Konsumenten aufs schwerste belastet, die Angehörigen des Steinsehergewerbes also doppelt getroffen werden. Der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion spricht die Konferenz ihren Dank und ihre höchste Anerkennung aus für ihr mannhaftes Eintreten für die Interessen des arbeitenden Volkes, und versprochen die Anwesenden namens ihrer Wähler, diesen Dank bei den nächsten Reichstagswahlen durch die That abzutragen.

Hierauf erfolgte der Schluß der Konferenz.

### Gewerkchaftliches.

#### Deutsches Reich.

**Streikbrecher-Strafe.** Aus Anlaß des Streiks der optischen Arbeiter in Rathenow hatte sich das dortige Schöffengericht dieser Tage mit mehreren Fällen zu beschäftigen, in denen Streikbrecher bestraft sein sollen. Einer dieser Freiber gegen die für den Staats besonders nützlichen Elemente muß sein Vergehen mit 50 M., ein anderer mit 20 M. büßen, während ein dritter, gegen den nichts Belastendes vorlag, freigesprochen wurde.

In Püsch hatten drei Metallarbeiter während eines Streiks in einer Spielwaren-Fabrik einen Heimarbeiter zu überreden versucht, daß er für die gesperrte Firma nicht arbeiten möge. Obwohl der

Heimarbeiter vor Gericht angab, daß er nicht bedroht worden sei, nahm das Gericht doch einen Verstoß gegen § 153 der Gewerbeordnung als vorliegend an und verurteilte jeden der drei Angeklagten zu acht Tagen Gefängnis.

#### Ausland.

**Kohlensträgerstreik in Tromsø (Norwegen).** Die organisierten Kohlenhändler Tromsø trafen in diesem Herbst mit dem Kohlen-Großhändler Solmo ein Liebereinkommen, wonach diesem gestattete wurde, neben zwei Dritteln organisierter Arbeiter ein Drittel unorganisierter zum Löschen der Kohlenhülle einzustellen. Dieses Liebereinkommen hat der Unternehmer jetzt gebrochen und für ein kürzlich eingetroffenes Schiff eine Menge unorganisierter Leute eingestellt. Wie ein bürgerliches Telegraphenbureau meldet, haben die organisierten Kohlensträger dann gewaltsam verüht, die Löschung des Schiffs zu verhindern, und der Kapitän hat sie mit dem Revolver in der Hand fortgejagt. Inzwischen hat sich der Vorstand der Stadtverordneten und der Magistrat mit der Sache befaßt und die organisierten Arbeiter erklärten sich bereit, mit dem Unternehmer zu verhandeln. Dieser aber lehnte die Verhandlung ab und wandte sich wiederholt an den Justizminister um militärische Hilfe gegen die organisierten Kohlensträger. Der Amtmann weigert sich, Militär zu requirieren.

Der zweite österreichische Eisenbahner-Kongress ist vergangene Woche in Wien abgehalten worden. Der Verband der Eisenbahner Österreichs wurde Anfang der neunziger Jahre gegründet und zählte nach dreijährigem Bestande 20 000 Mitglieder. Die Eisenbahner-Organisation war bereits zu jener Zeit eine Trägerin des sozialdemokratischen Gedankens, zu dessen Verbreitung sie ein gutes Teil beigetragen hat. 1897 löste der Minister Badeni den Verband auf, man wußte sich aber zu helfen durch die Gründung eines Rechtsanwaltsvereins, der unter andern Namen die Bestimmungen der Klassen-benutzten Eisenbahner vertrat. Außerdem besteht noch eine „freie Organisation“ ohne feste Form, deren Zusammenhalt durch das Fachblatt der Eisenbahner bewirkt wird.

An dem ersten, 1896 abgehaltenen Eisenbahner-Kongress nahmen 103 Delegierte aus 64 Stationen teil, der jetzige dagegen war von 286 Delegierten aus 142 Stationen besetzt, also ein bedeutender Fortschritt trotz der Auflösung in 1897.

Aus den Verhandlungen des Kongresses ist hervorzuheben die Annahme einer Resolution, welche sich für den Zusammenschluß aller Eisenbahner — außer dem Verband bestehen noch eine Anzahl kleinerer Organisationen auf christlicher, beruflicher und nationaler Grundlage — zu einer gemeinsamen Kampfesorganisation für die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Eisenbahner ausdrückt. Demgemäß wurde auch die Verschmelzung der kleinen Vereinsblätter mit dem Verbandsorgan der Eisenbahner als wünschenswert bezeichnet.

Der Kongress verhandelte auch über die gesetzliche Regelung der Verhältnisse der Eisenbahner. Zu diesem Punkt der Tagesordnung, bei dem ein Vertreter des Eisenbahnministeriums anwesend war, wurde beschlossen: Die österreichische Eisenbahnerschaft steht nach wie vor principiell auf dem Boden des Gehaltens zur Regelung des Dienstverhältnisses zwischen den Eisenbahnen und deren Bediensteten, wie er von dem Sozialdemokratischen Verband im Abgeordnetenhause eingetragt wurde. Die Eisenbahnerschaft wird mit allen Kräften bemüht sein, die Verwirklichung der Forderungen dieses Entwurfs durchzuführen.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Venezuela.

**Caracas, 15. Dezember.** (B. T. O.) Es ist hier eine Bewegung im Gange, den Militär-Castros zu verlangen und den Vizepräsidenten Anala dazu zu veranlassen, daß er den Kongress berufe, damit derselbe einen zeitweiligen Präsidenten ernenne und mit Deutschland und England eine Verständigung zu erreichen suche.

**La Guayra, 14. Dezember.** (Meldung des „Reuterischen Bureaus“.) Wie berichtet wird, soll der britische Kreuzer „Charnbdis“ heute von Puerto Cabello nach La Guayra in See gehen. Die „Vineta“ wird in Puerto Cabello bleiben.

#### Deputiertenkammer.

**Rom, 15. Dezember.** (B. T. O.) In Erwiderung mehrerer Interpellationen über die Vorgänge in Candela und Garatana, wobei es zu Zusammenstößen zwischen der Gendarmerie und ausländischen Landbesitzern kam, schloß Giolitti die Einzelheiten dieser Vorgänge und verteidigt unter lebhafter Zustimmung das Verhalten der Gendarmen; der Minister giebt die Freiheit des Ausstandes sowie die Propaganda des Ausstandes zu, aber letztere müßte durch Beweise und nicht durch Steinwürfe gestützt werden. (Gut und Bravo.) Das Recht der Arbeit sei heilig und niemandem sei gestattet, es zu verletzen. (Gut.) Gegen die Propaganda dürfe man nichts einwenden, insoweit sie nicht die Form der Aufforderung zu Gewaltthatigkeiten annimmt; nur in diesem Falle wäre es Sache der Gerichtsbehörde, einzuschreiten. (Beifall.) Damit ist der Zwischenfall geschlossen. Ein Antrag wird nicht eingebracht.

#### Die Cholera.

**Konstantinopel, 14. Dezember.** (B. T. O.) Nach einer Meldung aus Alexandria wüthet die Cholera in Palästina ungechwächt fort. In Jaffa und Umgegend sollen der Seuche täglich über 20 Personen zum Opfer. Die Zahl der bereits an der Seuche Verstorbenen wird auf 600 angegeben. Dank der umfassenden Vorkehrungsmaßregeln sind die Städte Jerusalem und Hebron bisher von der Seuche verschont geblieben.

**Frankfurt a. M., 15. Dezember.** (B. T. O.) Der „Frankf. Stg.“ wird aus Würzburg berichtet: In der vergangenen Nacht kam es auf dem Marktplatz aus Anlaß der Verhaftung mehrerer Studenten zu einer großen Demonstration der Studenten.

**London, 15. Dezember.** (B. T. O.) Unterhaus. Balfour fragt die Regierung, ob da die deutsche und die englische Regierung bezüglich Venezuelas gemeinsam vorgehen, die englische Regierung irgendwelche Verantwortung habe für irgendwelche Handlung, welche die deutsche Regierung zu unternehmen das Recht zu haben glauben könnte, und ob die britische Regierung in irgend welcher Weise für die Verfertigung der venezolanischen Kriegsschiffe verantwortlich sei. Premierminister Balfour erwidert, das sei lediglich eine Angelegenheit der deutschen Regierung. Dalziel fragt, ob die Meldung irgendwo begründet sei, daß der englische Admiral für die Verfertigung der genommenen venezolanischen Schiffe verantwortlich sei und ob die Regierung weitere Mitteilungen über die Angelegenheit machen könne. Unterstaatssekretär des Seekriegs Cranborne erwidert, die erste Frage beantwortete er verneinend. (Beifall.) Die Operationen gegen die venezolanischen Schiffe seien in einigen Fällen von den englischen Seebehörden, in den übrigen von den deutschen ausgeführt worden. „Wir sind benachrichtigt worden, daß die deutsche Kommando es für nötig befunden habe, zwei Kanonenboote zu verlieren.“ Healy fragt, in welchem Verhältnis der Wert der deutschen Forderungen zu dem Werte der versenkten Kanonenboote stehe. (Gelächter.) Eine Antwort wird auf diese Frage von der Regierung nicht erteilt. Schwann beantragt hierauf Vertagung des Hauses, um die Aufmerksamkeit auf gegenwärtigen Stand der Beziehungen zwischen England und Venezuela zu lenken. Der Antrag wird in der Abend Sitzung zur Beratung gelangen.

**London, 15. Dezember.** (B. T. O.) Oberhaus. In Beantwortung einer Anfrage Spencers bezüglich Venezuelas erklärte der Staatssekretär des Auswärtigen Lord Lansdowne, die Regierung habe durch die Vereinigten Staaten einen Vorschlag für eine schiedsgerichtliche Einigung erhalten, dieser Vorschlag werde jetzt von der englischen Regierung in Erwägung gezogen.

Gefängnisstrafe zeitweilig an der Ausübung des Wahlrechts verhindert wird. So ist es möglich geworden, daß Leute, die im politischen Kampfe sich für die ehrenhaftesten Handlungen eine Gefängnisstrafe zuzogen — meist natürlich Socialdemokraten — aus den Gemeinderäten ausgeschlossen wurden, während andre, die trotz ehrenrühriger Handlungen um das Gefängnis herumkamen, ihr Mandat ruhig weiter ausüben durften.

Dem Internationalen socialistischen Bureau sind für die Tagesordnung des am 16. August 1903 in Amsterdam stattfindenden internationalen Kongresses bereits eine Reihe Vorschläge zugegangen, unter denen sich unter andern befinden: Generalkonferenz; Aufhebung der stehenden Deere, Erweiterung des Internationalen Sekretariats; internationale Regeln für die soziale Politik; das Wahlrecht der Frauen; Gewerkschaften und Politik; Stellung des internationalen Proletariats in den Nationalitätenfragen; die Korrespondenten der socialistischen Presse im Auslande.

Russische Geheimpresse. In einer Geheimdruckerei in Rußland ist eine neue Nummer des Centralorgans des Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes in Litauen, Polen und Rußland, „Die Arbeiterstimme“ Nr. 30, erschienen. Die Zeitung hat folgenden Inhalt: Die Polnische socialistische Partei (P. P. S.) über die jüdische Arbeiterbewegung; Kritik der betreffenden Resolutionen des VI. Kongresses der P. P. S.; die Blindenvereine in Czestochau; Briefe an die Redaktion auf Anlaß der V. Konferenz des „Bundes“; Korrespondenzen aus Wilna, Warschau, Siedlec, Homel, Wietka, Odesa, Wilkomir; Von „Jenette“ — Arrestanten-Aufstände in den Gefängnissen in Odesa und Siedlec, „Hungerstreik“ im Wilnaer Gefängnis Nr. 14, das Entzinnen der elf Genossen aus dem Wiener Gefängnis; Parteinachrichten — Konferenz der Organisatoren des „Allgemeinen föderativen socialdemokratischen Arbeiterbundes“ und des „Jüdischen Arbeiterbundes“ in Litauen und Polen; Nekrolog, Chronik, Notizen und Kassenericht.

## Sociales.

### Die gesicherte Existenz der Arbeiter.

In halb verhungertem und fast erfrorenem Zustande wurde in der Gasse gegenüber der Feldmark ein etwa 50jähriger Mann aufgefunden. Der Aermste klagte herzergreifend, daß er arbeitslos sei und seit längerer Zeit nichts zu essen gehabt habe.

Die „Harburger Zeitung“ bringt einen Aufruf für eine arme Familie, deren Ernährer arbeitsunfähig ist. Darin heißt es: „Der Familie fehlt es am allernotwendigsten, die verzweifelte Mutter weiß nicht, wo sie ein Stüchlein Brot für ihre Kinder hernehmen soll. Die Verbrüderung deutscher Handwerker, welcher der Mann angehört, hat ihr möglichstes gethan, um zu helfen; mehr zu geben ist sie in Rücksicht auf andre bedürftige Kollegen nicht im Stande. Wir richten daher an alle wohlthätigen Menschen die dringende Bitte“ usw.

Einen grauenvollen Selbstmord verübte in Magdeburg der Tapezierer Lewin. Der Lebensmüde, der verheiratet und Familienvater war, war früher in Hamburg beschäftigt. Er wurde im Winter 1901 arbeitslos und zog im Frühjahr nach Magdeburg, wo er neuen Erwerb zu finden hoffte. Auch hier gelang es ihm nicht, Beschäftigung zu finden. Lewin, der in bitterster Not geriet, schnitt sich in einem Tobsuchtsanfall den Hals mit einem Rasiermesser bis an die Wirbelsäule durch, so daß augenblicklich der Tod eintrat.

Aus Kottbus wird über die letzte Verhandlung der Stadtverordneten berichtet: „Die Dringlichkeit wird anerkannt für einen Antrag, wonach aus städtischen Mitteln 500 M. sofort der hiesigen „Arbeitsstätte“ zu überwiesen sind. Rechtsanwalt Schulz begründet und Fabrikbesitzer Grünbaum befürwortet den Antrag. Danach herrscht in hiesiger Stadt bei der großen Kälte eine solche Arbeitslosigkeit, daß die „Arbeitsstätte“ gar nicht weiß, wie sie Arbeit beschaffen soll. Ungeheuer viele, darunter Familienväter mit 7 Kindern, sollen herzbrechend um Arbeit stehen. 87 Personen, darunter 47 Wandernde und 40 hiesige Einwohner, sollen am gestrigen Tage auf der „Arbeitsstätte“ beschäftigt gewesen sein. Ohne weitere Debatte werden die 500 M. bewilligt.

Aus Burgen erhält die „Vollzeitung“ für das Muldenthal eine Zuschrift, darin es heißt: „Wenn jetzt früh ein arbeitsloser oder mit verletzter Arbeitszeit arbeitender Familienvater erwacht und die völlig zugefrorenen Fenster ansieht, dabei weiß, daß es an genügend warmer Kleidung, an Feuerung und Nahrungsmitteln fehlt, dann steigt in ihm eine wilde Erbitterung auf gegen die heutige famose Gesellschaftsordnung und gegen die Wucherzölner, die das ohnehin so elende Leben großer Arbeiterkreise noch mehr herabdrücken werden. Ich bin Maurer und habe drei noch nicht schulpflichtige Kinder, fünf

Kinder gehen in die Schule, vier Kinder sind nicht mehr schulpflichtig. Mein Jahresverdienst beläuft sich auf rund 950 M. Die nicht mehr schulpflichtigen Kinder abgerechnet, sind wir noch zehn Köpfe, die von den 950 M. das ganze Jahr leben sollen. Es kommt also auf den Kopf 95 M.“

### Die Ruhezeit der Gastwirtsgehilfen.

Ein Schöffengericht in Dresden unter Vorsitz des Amtsrichters Dr. Mai hatte, wie uns von dort geschrieben wird, zu entscheiden über den gleichen Fall, der den schlesischen Gerichten jüngst zu einer so merkwürdigen juristischen Konstruktion Anlaß gab. Der Schankwirt Ernst Robert Maden in Dresden hatte Einspruch erhoben gegen einen amtsrichterlichen Strafbefehl über 5 Mark, den er erhalten, weil er der bei ihm beschäftigten Kellnerin die vorgeschriebene sechsstündige Ruhepause nicht gewährt hat. Er behauptete, die von ihm gewährte Ruhezeit wäre von der Kellnerin nicht angenommen worden, und dazu zwingen könne er sie nicht. Obwohl nun Maden freigesprochen wurde, weil nicht nachgewiesen werden konnte, daß die Kellnerin während der Ruhepause tatsächlich Gäste bedient habe, und seine Verurteilung zu 3 M. Geldstrafe nur erfolgte, weil er die gewährte Pause in einem Falle nicht in das vorgeschriebene Verzeichnis eingetragen hat, führte Dr. Mai zur Widerlegung der vom Angeklagten geltend gemachten Gründe etwa folgendes aus:

„Es kommt nicht darauf an, ob sich die Kellnerin während der Pause im Lokal aufhält oder nicht. Von Wert ist vielmehr zu wissen, ob sie während ihrer Ruhezeit in der Ausübung ihres Berufes thätig war. Letzteres ist unstatthaft, selbst wenn die Angestellte Verzicht auf ihre gesetzliche Ruhepause leistet. Durch solchen Verzicht wird eine Verordnung, die lediglich bezweckt, den in Gast- und Schankwirtschaften Beschäftigten Ruhezeiten zu verschaffen, durchbrochen. Sollten solche Vereinbarungen zulässig sein, so käme das einer Inhabierung der Durchführung der Verordnung gleich. Der Arbeitgeber braucht ja dann nur Personal zu beschäftigen, das von der Ruhepause Abstand nimmt, und wo dies nicht freiwillig geschieht, kann er sich diesen Verzicht mit sanfter oder einbringlicher Gewalt leicht verschaffen. So verbietet § 135 der Gewerbe-Ordnung das Arbeiten der Kinder in Fabriken. Wenn man auch hier dem Fabrikherrn das Recht geben wollte, mit den Kindern zu vereinbaren, daß sie arbeiten wollen, und diese nicht an ihren Willen gehindert werden könnten, so würde dieses Verbot ebenfalls ganz illusorisch werden. Da die Kellnerin in diesem Falle sich nur im Schankraum und der Küche aufgehalten habe, weil es in ihrer Kammer zu kalt war, so sei darin für den Wirt nichts Strafbares zu erblicken; erforderlich sei aber, daß sie sich von dem Bedienen der Gäste fernhält.“

### Wieder ein Massengrab.

Zu dem bereits gemeldeten schrecklichen Unglücksfall auf Jecher Gneisenau bei Dortmund schreibt man uns aus Herne vom 14. Dezember:

Am heutigen Sonntag nahm ein Massengrab auf dem Gemeindefriedhofe zehn der unglücklichen Opfer von „Gneisenau“ auf; zwei weitere Opfer fanden ihre letzte Ruhestätte auf dem lutherischen Friedhofe. Die Gesamtzahl der bei der Katastrophe Getöteten resp. nachher infolge der Verletzungen Gestorbenen beträgt also zwölf. Viele Tausende hatten sich eingefunden, den Verunglückten die letzte Ehre zu erweisen. Auch die Vertreter der verschiedensten Behörden hatten sich zur Beerdigung eingefunden. Am Grabe spielten sich wieder die im Aufrechter leider nur zu bekannnten herzzerreißenden Jammerreden der Angehörigen ab. Ueber das Unglück ist noch folgendes zu berichten: Am Donnerstag, den 11. Dezember, nachmittags noch 3 Uhr, erdrönte plötzlich ein fürchterlicher Knall, der die Bevölkerung stundenweit im Umkreise im Innern verlegte. Man hatte nicht umsonst etwas Schreckliches gehört; von Jecher „Gneisenau“ lief alsbald die Meldung ein, daß eine Dynamitfuhre mit etwa 20 Centner Dynamit auf dem Jechenplateau explodiert sei. Der Verstorbenen sah man im Augenblicke den Schreck der Verwüstung. Etwas Ähnliches ist im Aufrechter noch nicht gesehen worden. Die in nächster Nähe gewesenen Menschen und Pferde waren vollständig zerrissen und zerstückelt. Bei einem Gange über's benachbarte Feld stieg man auf Schritt und Tritt auf unförmliche Fleischmassen und Fehen. Noch auf eine halbe Stunde Entfernung hin sind Gliedmaßen gefunden worden. Auf dem Jechenplateau selbst sah man ein unbeschreibliches Bild der Verwüstung. Eingestürzte Gebäude, Wände und Mauern, Haufen zertrümmerter Dachpfannen und Fensterscheiben bildeten ein Chaos. In der Explosionsstelle hatte sich ein viele Meter tiefes und breites Loch geschlagen. Beim An-

blick dieser Zerstörung muß man sich wundern, daß das Unglück nicht noch mehr Opfer an Menschenleben gefordert hat. Auch außerhalb der Jecher ist der Schaden groß. Viele Häuser mußten sofort geräumt werden. Heile Fensterscheiben wird man denn kaum noch gefunden haben. Die Jecher „Gneisenau“, die zur Hapener Bergbaugesellschaft gehört, hat sich bereit erklärt, allen Schaden zu tragen. Die Ursache des Unglücks mit Sicherheit festzustellen, ist unmöglich, da diejenigen, die es wissen können, nicht mehr zu den Lebenden gehören. Als wahrscheinlichste Ursache ist anzunehmen, daß das Dynamit gefroren und dann durch einen Stoß beim Abladen explodiert ist. Bei gefrorenem Dynamit ist die Explosionsgefahr nämlich sehr groß. Die Zahl der Verletzten beläuft sich auf mehrere Dutzende. Im Jahre 1887 wurden auf derselben Jecher durch eine Explosion schlagender Wetter 17 Mann getötet.

### Briefkasten der Redaktion.

S. Z. 80. Sie haben recht. 65 000.  
R. Manasse. Schwab.  
Zeuerin. 1. 17. August 1788. 2. Friedrich Wilhelm II. Er war ein Reaktions- und Föderal- und Schützenjäger schämmster Sorte. Unter seiner Regierung wurde die geschmeielernde Niederlage von Jena vorbereitet.  
Z. C. Wir halten die „Deutsche Hochwacht“ für das Organ einer der vielen jüdischen Sekten am Orte. Hieraus denken der „König David“ am Kopf des Kaltes sowie die Stichworte Heiden der Junge vom Volke Israel, „Brüder aus Zion“, „Große aus Israel“ usw. Auch der Umstand, daß die Geschäftsstelle sich Berlin C. Rosenhaterstraße, befindet, spricht die Richtung für die Richtigkeit unserer Vermutung. Das Bombardement der „Hochwacht“ gegen das allgemeine Wahlrecht mag dem unhaltbaren Dogma von der Bevorzugung des ausgewählten Volkes entspringen. Warum das Blatt auf den „Bismarck“ schilt, wissen wir nicht; wir sind doch weder im allgemeinen des Antisemitismus verdächtig, noch hat einer von uns persönlich der „Hochwacht“ etwas zu leide getan.  
S. Z. 1. Gehört zum Landgericht Aurich.  
S. Z. 52. Wir können Ihnen leider die betreffende Adresse nicht angeben.  
N. 1. Ihre Frage ist zu bejahen.  
N. B. 1. Vielen Dank für Ihre Einwendung. Verwenden können wir sie allerdings nicht. Deshalb, das wollen wir Ihnen gern persönlich mitteilen. Im Briefkasten geht das nicht.  
Z. R. Für solche Spielwaren sind in der Schweiz 20 Fr. Zoll pro Doppelcentner zu zahlen.  
Vor. Ein solches Syndikat existiert bisher in Deutschland nicht.  
Z. 44. Sie können auf Auszahlung des Gewinns klagen, falls die Lotteriedingungen dem nicht entgegenstehen. Da wir die Lotteriedingungen nicht kennen, muß Ihnen anheimgestellt werden, mit einem Los die juristische Sachfrage zu befragen. — C. Z. 106. 1. Da das Portrat unbrauchbar, so stellt dem Rater kein Anspruch auf Abnahme desselben und Bezahlung zu. Ob es unbrauchbar ist, wird von Fall zu Fall, gewöhnlich nach Anhörung des gerichtlichen Sachverständigen entschieden. Solch Proseß ist durch die Sachverständigengebühren in der Regel recht kostspielig. 2. Einen angemessenen Preis haben Sie zu zahlen. — Karlsruhe. Persönliche Vorstellung kann durch eine für den dortigen Ort erstellte Polizeiverordnung vorgeschrieben sein. Ob eine solche besteht, können wir nicht wissen.  
C. R. Einem anserelichen (nicht einem ehelichen) in die Ehe gebrachten Kinde Ihrer Frau können Sie Ihren Namen geben, wenn Sie, Ihre Frau und der Vormund einverstanden sind. Zu diesem Behufe gehen diese drei Personen Ihre Erklärungen vor dem Standesbeamten ab, in dessen Register die Geburt eingetragen ist, oder Sie schlagen folgenden Weg ein: Sie schreiben: Meine Ehefrau hat vor der Ehe ein nicht von mir gezeugtes Kind, Anna B., geboren. Ich erteile hierdurch dem Kinde meiner Ehefrau meinen Namen, so daß es fortan Anna A. heißen soll. Datum, Unterschrift. (Die Unterschrift ist gerichtlich oder notariell zu beglaubigen.) Darnach kommt: Mit der Eintragung des Namens A. an mein Kind beziehentlich mein Mündel bin ich einverstanden. Folgt Datum und Unterschrift Ihrer Ehefrau und des Vormundes. Auch diese Unterschriften sind gerichtlich oder notariell zu beglaubigen. Diese Urkunde überreichen Sie dem Standesbeamten mit dem Antrag, auf der Geburtsurkunde den Namen B. in A. zu verwechseln.  
Abonnent S. Ein Anspruch auf Zuschuß für die ersten zwei Wochen stellt Ihnen nicht zu. Wenn Sie nicht entlassen sind, haben Sie Anspruch auf Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses. — Z. P. 02. 1. Das hängt von der für den betreffenden Ort seitens der Gemeindebehörde erlassenen Steuerordnung ab. 2. Nein. — W. Münster. Es kann Beratung auf schiedsgerichtliche Entscheidung erhoben werden. Ein Beispiel und Formular hierzu finden Sie S. 25 Nr. 5 des Jahres durch das Unfallversicherungs-Gesetz (erster Nachtrag zum „Arbeiterrecht“). Ob die Beratung usw. Erfolg haben wird, läßt sich nicht voraussagen, da das Reichs-Versicherungsamt leider in wachsendem Maße zu der Auffassung neigt, ein Versicherungsfall sei in der Regel kein Betriebsunfall, keine auf ein plötzliches, zeitlich bestimmtes, in einen verhältnismäßig kurzen Zeitraum eingeschlossenes Ereignis zurückzuführende Schädigung der Gesundheit.  
B. Martin. Wenn das Bier an Ort und Stelle getrunken werden soll, ist Konfession für Flaschenbier-Handel erforderlich, sonst nicht. — P. 66. Personen, welche aus einem die Invalidenversicherungs-Versicherung begründenden Verhältnis ausgeschieden, verlieren jeglichen Anspruch auf Rente, wenn sie sich nicht selbst weiterversicherern. Die Weiterversicherung geschieht durch Einlegen von Beitragsmarken irgend einer Klasse. Die Marken sind durch Bescheiden mit dem Datum (S. P. 19. 12. 02) zu erwerben. Damit das Erlösen des Anspruchs auf Rente nicht eintreite, müssen die Versicherungs-pflichtigen e mindestens 20, bei Selbstversicherern mindestens 40 Marken innerhalb zwei Jahren gelistet sein. — Steiner 12. 1. Ja. 2. Ja, es kann aber das Abzahlungsgehalt Interdiktionslage erheben. — Z. P. 30.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Dienstag, 16. Dezember.  
Anfang 7 1/2 Uhr:

Opernhaus, Fiddela. Schauspielhaus. Die Journalisten. Neues Operntheater. Die Glöck vom Helfenstein. Dentisches. Der arme Heinrich. Berliner. Paul Lange und Lora Parsberg. Festung. Das Theaterdorf. Central. Madame Sherry. Neues. Lebige Leute. Reichens. Seine Kammerzoje. (Nelly Rozier). Wechen. Der lustige Krieg. Thalia. Charley's Tante. Vorher: Cassis Pascha.

Anfang 8 Uhr:  
Schiller. O. (Ballner-Theater). Jugendfreunde.

Schiller. N. (Friedrich-Wilhelm-städtisches Theater). Der Pfarrer von Kirchfeld.

Welle. Alliance-Theater. Die Schöckelischen.

Carl Weich. Antons Erben.

Kullen. Faust.

Casino. Berlin N. — Berlin W. Metropol. Die zwölf Frauen des Naphel.

Apollo. Rastis Hochzeit.

**Urania.**  
Taubenstrasse 48/49.  
Im Theater um 8 Uhr:  
Frühlingstage an der Riviera.

**Sternwarte**  
Invalidenstrasse 57/62.  
Fixsterne und Weltnebel.

**CASTANS Panoptikum**  
Friedrichstrasse 165.  
Das jüngste Wunder Afrikas eine schneeweiße Negerin!!  
Kasperle-Theater.  
Illusion. — Lebende Bilder.  
Gr. Promenaden-Konzert.

**Passage-Theater.**  
Anfang: Wochentags 8, Sonntags 3 Uhr.  
Das Elite-Weihnachts-

**Fest-Programm.**

**Liane Leischner**  
in ihrem Repertoire.

**Bajerri als Beethoven**  
sensationalle musikalische Recitationen.  
Kinematograph:  
Krupps Leichenzug.  
14 erstklassige Nummern

**Belle-Alliance-Theater.**  
Schauspiel d. Münchener Ensembles  
Heute und folgende Tage  
abends 8 Uhr:

**Die Schröderischen.**  
Vürgerliches Volksstück in 3 Akten  
von H. Schrottenbach.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).  
Dienstagabends 8 Uhr:  
Jugendfreunde.  
Lustspiel in 4 Aufzügen v. Ludw. Fulda.  
Mittwochabends 8 Uhr:  
Suppho.  
Donnerstagabends 8 Uhr:  
Jugendfreunde.

**Carl Weiss-Theater.**  
Große Frankfurter Straße 132.  
Veneß für Willy Bradmann.  
Antons Erben.  
Schauspiel in 4 Akten aus dem gleichnamigen Roman von Heinrich. Bearbeitet von Marie Wänther. In Szene gesetzt von Leo Gadel.  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen: Diefelbe Vorstellung.  
Sonabendnachmittag: Die gültige Weihnachtsfee.

**Thalia-Theater.**  
Dresdenerstrasse 72-73.  
Letzte Woche!  
Vorher: Cassis Pascha.  
Morgen und folgende Tage: Diefelbe Vorstellung.  
Am 23. Dezember, zum erstenmal: Novität!

**Die bösen Mädchen.**  
Große Ausstattungspoffe mit Gesang und Tanz.

**Apollo-Theater.**  
Von 8-9 Uhr: Specialitäten.  
Um 9 Uhr: Nakiris Hochzeit.  
Operette von Paul Lincke.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.  
Am 26. u. 28. Dezember u. 1. Januar, 3 Uhr: Nachmittags-Vorstellung:

**Frau Luna.**  
Ermöglichte Dreife.  
Billet-Vorverkauf täglich v. 10-2 Uhr.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelm-städtisches Theater).  
Dienstagabends 8 Uhr:  
Der Pfarrer von Kirchfeld.  
Volksstück mit Gesang in 5 Akten von Ludwig Angenbrüder.  
Mittwochabends 8 Uhr:  
Jugend.

Donnerstagabend 8 Uhr:  
Zum erstenmal: Renaissance.

**Central-Theater**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
Madame Sherry.  
Operette in 3 Akten von Hugo Kelly.  
Mittwochnachmittag 4 Uhr, halbe Preise (jeder Erwachsene 1 Kind frei): Schneeweißchen und Rosenrot. Weihnachtsmärchen mit Gesang und Tanz in 4 Bildern.  
Morgen u. folgende Tage: Madame Sherry.

**Luisen-Theater.**  
Anfang 8 Uhr. Vorverl. 10-2 Kasse, Faust.  
Morgen: Der Stabstrompeter. Donnerstag, zum erstenmal: Der Rattenfänger von Hameln. Freitag: Diefelbe. Sonnabend: Vor Sonnenaufgang.

**Residenz-Theater.**  
Heute und folgende Tage:  
Seine Kammerzoje. (Nelly Rozier).  
Schauspiel in drei Akten von Wilhelm und Hennequin.

**Buntes Theater**  
(Ubberratt'l.)  
Römlerstraße 68. Anfang 8 Uhr.  
Vore. — Die Tante. — Abergläubisch. — Er und Sie.  
Bunter Teil:  
Leitung: Fritz Lehner. — Tiny Senders. — Bokken Lasso. — Hans Frey. — Emil Justiz. — Caria Lingen a. G.

**Trianon-Theater.**  
Georgenstrasse, zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.  
Die Liebeschaukel.  
Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay.  
Anfang 8 Uhr.

**Stadt-Theater.**  
Alt-Moabit 47-49.  
Beruh. Rose-Theater-Ensemble.  
Dienstag, den 16. Dezember.  
Letzte Vorstellung vor Weihnachten: Goldhärchen.  
Zaubermärchen mit Gesang und Tanz in 4 Akten (6 Bildern) v. R. Reithwig.  
Nachher:  
Eine alltägliche Geschichte oder: Die weite Frau.  
Poffe in 1 Akt von Siegfried Staaf.  
Anfang 8 Uhr.

**Kleines Theater**  
(Schall und Rauch)  
Unter den Linden 44.  
Abends 8 Uhr.  
Tragikomödie in 4 Akten von August Strindberg.  
Morgen zum erstenmal: Erdgeist.

**Sanssouci**  
Jed. Donnerstag, Sonntag und Montag:  
Hoffmanns Norddeutsche Sängers.  
Ganz neu:  
Unterm Weihnachtshaum.  
Charakterbild mit Gesang. Der Biletverkauf für die Feiertage hat begonnen.

**Cirkus Busch.**  
Dienstag, den 16. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:  
Dahomey.  
Dress Elefanten, Zebras u. Strausses.  
Neue Debuts.

**Reichshallen.**  
Täglich:  
Stettiner Sängers.  
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageslosse 11-1 1/2 Uhr.

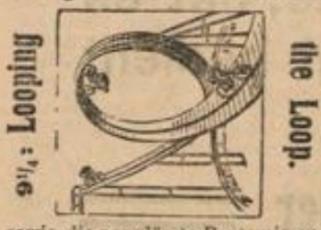
**Deutsche Konzerthallen**  
Spandauer Brücke 3  
Theater- und Specialitäten-Vorstellung.  
Wochentags: Entree frei!  
5 Künstler-5 Kapellen-5  
Special-Ausschank der Berliner Bockbrauerei.

**Königstadt-Casino.**  
Holzmarkt 72, Ecke Alexanderst.  
Täglich erst. Specialitäten-Vorstellung. Jed. Mittwoch, Sonnabend und Sonntag Tanzkränzen. Anf. Wochent. 8, Sonntags 6 Uhr.

**Gratweils Bierhallen**  
Theater u. Varietés  
Kornmarktstrasse 77/79.  
Täglich: Gr. Vorstellung.  
Das grosse amüsante  
Dezember-Programm.  
Nur allererster Kunstkräfte.  
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.  
Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung:  
TANZ.

# Cirkus Schumann

Dienstag, den 15. Dezember, aber ab 7 1/2 Uhr:  
Ausserordentlich grosse Vorstellung.  
12 hervorragende Nummern  
des vorzüglichsten Programms.  
Allabendlich stürmischer Erfolg  
der grössten Sensation



9 1/2 Uhr: Looping  
sowie die populärste Pantomime:  
**Die lustigen Heidelberger.**

## Palast-Theater

Burgstrasse 22. Früher: Feen-Palast.  
Das Rosen-Dezember-Programm.  
8 1/2 Uhr: 8 1/2 Uhr:

## Der Dorfbarbier

Oper-Vaudeville mit Gesang u. Tanz  
von Gumbert.  
Folgende Nummern sind  
gänzlich neu: Soeurs Blanche,  
Gamin, Kelangeat, Charles Merino,  
Champion Equilibrist, Yang You,  
Japanischer Gaukler, Mr. Montani,  
Dressurart, Anieta Konowicz, Soubr.  
Diva, Schwestern Montani, Doppel-  
Drahtseil, Miss Nobula, mysteriöser  
Lichtakt.  
Das Theater ist durchaus geholt  
und mollig warm.  
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.  
Entrée 50 Pf.

## Steidl-Theater

Dramen-  
burg-Theater  
Täglich 8 Uhr. Sonnt. 7 Uhr.  
Steidl-  
Sänger.  
(Fritz Steidl, Scheuerl, Müller,  
Lipart, Reising, Wehling, Corvinus,  
Haas und Munkel.)  
Neu: Am Weihnachtsabend.  
Lebensbild von Fritz Steidl.  
Entrée 50 Pf. (Sonderl. 40 Pf.)  
bei Bühle, Reichstr. 115.

## Winter-Garten

Vollständig  
Neues Programm.  
Geschwister Anderson, Fuss-  
Equilibristinnen.  
Mizi-Gizi, Vortrage-Soubrette.  
Die 3 Harveys, Drahtseilkünstler.  
Stanley und Wilson, Amerikanisch.  
Gesangs- u. Instrumental-Akt.  
Eine Bojaren-Hochzeit, Russische  
Gesangs- und Tanz-Scenen.  
Die Barowskys, Humoristisch-  
Gymnastische Produktion.  
Perzina's dressierte Affen.  
Mason und Forbes, Excentrics.  
Udel-Quartett.  
Steig's Motor- und Bicycle-Rennen.  
Eugenie Fougere, Tänzerin.  
Catherine Barthe, Ballett-  
Pariser Luft, Divertissement.  
„Biograph“.

## Metropol-Theater.

Die zwölf Frauen  
des  
**Japhet.**  
Vaudeville in 3 Akten von  
Mars u. Desvallieres. Lieder  
und Text von Julius Fround.  
Musik von Victor Holländer.  
Zwei grosse Balletts.  
Emil Thomas a. G. Josef Josephi,  
Henry Bender, Hermann Haak.  
Rauchen gestattet.  
Anfang 8 Uhr.

## W. Noack's Theater.

Direktion: Robert Dill.  
Brunnenstrasse 10.  
Durchgegangene Weiber.  
Anfang 8 Uhr. Entrée 30 Pf.  
Mittwoch 9. Leichter: Dornoweg.  
Donnerstag: Letzte Vorstellung vor  
Weihnachten.

## Casino-Theater.

Kurzgespiel Corradini,  
Jörgensen, Mimiker etc.  
Berlin N. - Berlin W.  
8 Uhr: Stille Nacht.

# Konsum-Genossenschaft von Adlershof u. Umgegend

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung).

Gewinn- und Verlust-Conto.		Bilanz.	
	RM.		RM.
Ein 2 Kreditoren:		Per 2 Debitoren:	
Waren-Conto	61276.95	Gewinn-Vortrag	1.00
Umlauf-Conto	5222.76	Lagerhalter-Conto	70195.32
Reingewinn	3696.61		
Summa	70196.32	Summa	70196.32

Aktiva.		Passiva.	
	RM.		RM.
Kassa-Conto	815.30	Geschäftsanteil-Conto	4575.25
Warenbestand inkl. Postlagen und Umlauf-Conto	6466.06	Reservefonds-Conto	162.00
Debitoren-Conto	798.25	Darlehens-Conto	650.00
Inventory-Conto nach Abzug von 10 Proz. Abschreibung	2135.05	Darlehens-Conto	11.88
Guthaben-Conto bei der Groß- Einkaufsgesell- schaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg	345.10	Kautions-Conto	300.00
Guthaben auf der Kreis-Spar- kasse	300.00	Lieferanten-Conto	1365.53
	645.10	Dispositionsfonds (Fonds zur Unterhaltung für alt- und Invalidgewordenes Per- sonal)	7.00
Summa	10770.66	Reingewinn	3696.61
		Summa	10770.66

**Verteilung des Reingewinnes.**  
5 Proz. des Reingewinns soll der Reservefonds erhalten 184,83 RM.  
5 Proz. Dividende auf 69874,74 RM. abgelieferte Einkaufs-  
marken 3493,73  
Entschädigung an den Aufsichtsrat 15,05  
Summa 3696,61 RM.

Mitglieder-Bewegung.		Der Vorstand.	
Zahl der Mitglieder am 31. August 1901	192	Herrmann Hildebrandt.	Wilhelm Kohl.
Neu eingetreten	192	Otto Woltersdorf.	Der Aufsichtsrat.
Zahl der Mitglieder am 31. August 1902	384	August Segler.	Joachim Gerhard.
Freiwillig ausgetreten	6	Gustav Stropp.	
Mitgliederbestand am 1. Sep- tember 1902	378		
Mitglieder-Zunahme	186		

## Neues Konzerthaus.

Alexanderplatz (Grand Hotel).  
Inhaber: Albert Möerner. 5898L.  
**Humoristischer Abend**  
des Komponisten u. Kapellmeisters Herrn Jul. Einödshofer.  
Heute: Populäres Konzert.  
Entrée 20 Pf. Anfang 8 Uhr.  
Im Februar und März 1903 ist der grosse  
Konzertsaal an einigen Tagen der Woche für Privat-  
festlichkeiten und Versammlungen zu haben.

## Etablissement Buggenhagen

am Moritzplatz.  
Heute Dienstag:  
**Militär-Konzert**  
Elisabeth G.-Gr.-Reg. No. 3  
(Herr Brinkmann).

## Sum Weihnachtsfeste

empfiehlt 59772.  
**Moritz Loewenberg,**  
Münzstr. 23a  
und Tauenzienstr. 20  
sein großes Lager in selbst-  
gefertigter  
**Herren-Wäsche** sowie  
**Krawatten, Hüten,**  
**Handschuhe, Trikotsagen** usw.  
bei bekannt billigen aber  
festen Preisen.  
Gegründet 1886.

## Damen-Uhren,

verfallene (großartige  
Gelegenheiten)  
hochmoderne Muster, goldene  
12,00 an. 125/0.  
Herren-Uhren Sprungbedel  
14kr. Gold 50,-  
Silberne Uhren 6,- RM.  
Fahrräder, Brillantringe,  
verfallene, alles sportbillige  
hochfeine Weihnachtsgaben.  
**Leihhaus**  
Neue Schönhauserstr. 11. I.

## Nathan Wand,

129 Stallstr. 129.  
Die schönsten  
**Herren-Paletots u. Anzüge**  
in neu, sowie neueste 8625  
**Monats-Garderobe**  
von Kapazitäten getragene Sachen,  
samt neu, für jede Figur passend,  
und in großer Auswahl stets zu  
hauenden billigen Preisen zu haben.  
**Nathan Wand,**  
129 Stallstr. 129.  
Bitte auf Hausnummer zu achten.

## Neueste wahre billige Preise

der Nachnahme.  
Wirtl. Salzfecht. 1/2, Roh M  
b. 500 St. 7 u. 8 Mt. 250 St.  
3 1/2 u. 4 Mt.  
1/2, Roh große M (zu empfehl.)  
400 St. 9 u. 10 Mt. 200 St.  
4 1/2 u. 5 Mt. MK Speckfecht  
300 St. 11 Mt. 190 St. 5 1/2 Mt.  
1/2, Roh Röllheringe Wirtl. Roggen.  
Fett 200 St. 9 u. 10 Mt.  
100 St. 4 1/2 u. 5 Mt., bessere  
Sorte 10 1/2 u. 5 1/2 Mt.  
Post-Dose. 70 sorte Fettb.  
1 1/2, 60 St. 2. Röllh. 2 1/2, Mt.  
Brathering 4 Mt. Dose 2 1/2, 8 Mt.  
Dose 3 1/2, Mt., 80 Delikatess.  
2 1/2, u. 2 1/2, Biomarch. 2 1/2, u.  
2 1/2, Mt.  
Post-Kiste. Büdinge 80 St.  
2 1/2, Mt. Voll- u. Fett-Bück-  
linge groß 2 Mt., 4 Pfd.  
Rolle Spinnen 1 1/2, Mt., 2  
Rollen 3 1/2, Mt. 54462.  
**W. Schwandt, Swinemünde,**  
Fischerei, Geringsgeisch, engros,  
Räucherei und Marinier-Anstalt.

## Konkursmassen- Ausverkauf

Winterfeldtstrasse 7.  
Paletots, Joppen,  
Anzüge, Hosen  
für  
Herren und Knaben.  
Schlafrocke, Mäntel,  
sämtliche Arbeitsachen.  
Die Ges- und Ladeneinrichtung  
ist zu verkaufen. Der Laden zu  
vermieten. 42L.

Verfende garantiert unver-  
fälschten, sehr wohlbedach-  
teten u. angenehmen schmeckenden  
1900er Rotwein  
pr. Ltr. zu 58 Pf. und pr. Maßße  
einschließlich Glas zu 60 Pf.  
Häfler leihweise. 53702.  
Gebinde und Ästen jeder Größe.  
Preisliste und Probe frei.  
**Carl Th. Oehmen,**  
Koblenz am Rhein 608.  
Weinbergbes. und Weinhandlung.

# Elegante Winter-Mäntel

enorm bill

Elegante Paletots glatt und Empire,  
Saccos und Jakets 8 Mk., 10 Mk., 15 Mk.  
bis zu den apartesten, Modellen in Eskimo, Zibeline,  
Angora Vilvne u. in allen neuen Noppe-Fan-asiestoffen  
Plüsch-Capes, Plüsch-Paletots, Plüsch-Jakets  
20 Mk., 30 Mk., 40 Mk.  
Schwarze bestickte Capes 12, 15, 20 Mk.  
türkische Damen in Voire, Astrachan, in Tuch, in teurem Rips  
Golf-Capes in Velourstoffen 8, 10, 15 Mk.  
Theater-Mäntel in Velour u. waturt m. eleg. Pelzbes.  
12 Mk., 15 Mk., 30 Mk.  
Pelz-Paletots, Pelz-Capes, Muffen, Stolas enorm billig  
Blusen-Jakets in Astrachan und Fantasiestoffen  
12 Mk., 15 Mk., 20 Mk.  
**Jaketcostüme** Hochelegante Façons  
10 Mk., 12 Mk., 15 Mk.  
Sacco- u. Blusenform 8, 10, 12 Mk.  
eleg. garnierte Strassen- u. Gesellschafts-Kleider  
20 Mk., 25 Mk., 30 Mk.  
Weisse Costüm-Röcke, weisse Blusen,  
in Wasch- u. Wollstoffen 3 Mk., 5 Mk., 9 Mk.  
Weisse eleg. Balkkleider u. Organdy-Kleider  
8 Mk., 10 Mk., 15 Mk.  
**Elegante Costümröcke**  
in ganz Wolle; in neuen Façons;  
vorzüglicher Schnitt, tadelloser Sitz, prima Verarbeitung  
in allen modernen Stoffen, sämtliche Weiten u.  
Längen stets in grosser Auswahl vorrätig  
3,50 Mk., 6 Mk., 10 Mk., 15 Mk., 20 Mk.  
in Damast u. Merveilleux . . . 25 Mk.  
Blusen in d. neuest. Fantasiestreifen 1,50 Mk., 2,50 Mk.  
Seidenblusen, entzückende Streifen- und Fantasie-  
Muster, elegante Façons 5,50, 7,50, 10 Mk.  
Morgenröcke, Matinées und Jupons  
2,50 Mk., 4,50 Mk., 6 Mk.  
Trauerkleider v. 20 Mk. auch n. Maass in 24 Stunden.  
**Sielmann & Rosenberg**  
Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstrasse.  
Maassanfertigung.

# OTTO HAACK

Gr. Frankfurterstr. 110. Müllerstr. 179a.

Spielwaren. Puppen. 34L.  
Kindermöbel. Lederwaren.  
Photographie-Albums.  
Cigarrentaschen. Bijouterien.  
Papier. Comptoirartikel. Nippes.  
Nickelwaren. Schreibzeuge.  
**Specialgeschäft**  
für Geschenk-Artikel zu allen Ge-  
legenheiten in grosser Auswahl zu  
billigen Preisen.  
Lieferant des Rabatissparvereins „Norden“.

Rohrtabak, billigste Preise.  
R. Schwarz, Reichsstr. 31. 10985

Prophet: „Für Kräftigung Ihrer  
Gesundheit empfehle ich Ihnen den  
saurig süßen  
50942.“  
**Santa Lucia**  
Kraft-Rotwein,  
derselbe schmeckt ausgezeichnet und  
ist der häufigen Kontrolle des  
Laboratoriums des Gerichtschmeckers  
Dr. G. Bischoff unterstellt.  
Fl. 1,50 u. 2,00 M.  
Rüchlich in Apotheken, Drogerien und  
Delikatessgeschäften.

Kranz- und Blumenbinderei  
von Robert Meyer,  
unter Mariannen-Strasse 2.  
Bereits-Kränze, Palmen- u. Blumen-  
Arrangements, Bouquets, Guirlanden  
usw. werden fein u. preiswert geliefert.  
**A. Rosenberg,** Lands-  
berger  
Str. 82.  
Anerkannt reell und billig.  
**Teppiche** haltbare  
Qualität  
100/120 cm 3,10-7,50, 120/150 cm 5,00  
bis 13,50, Velours und andre prima  
Qualitäten, auch Salongröße, bis  
3,50x4,50 groß, von 17,50-72,00,  
sonstiger Preis 40% teurer.  
mit u. ohne  
100/120 cm 2,00, 2,50,  
4,00-12,00.  
Stores auch in Spacht u. Erbst. 1,50  
bis 9,50, Portièren in Tuch, Plüsch und  
Wolle 1,75, 3,50, 8,50-12,50, Plüsch-  
Tischdecken 11,50, best. 12,50,  
Steppdecken, Seide, Wolle und Fellen-  
Satin 11,50, 6,00, 7,50 bis 12,50.  
Ein grosser Posten Läuferstoffe, Reste  
von 3, 4, 5 bis 10 Meter lang 1/2  
für die Hälfte des Preises.

Deutscher  
Metallarbeiter-Verband  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht,  
dass unser Mitglied, der Badler  
**Eduard Krippahl**  
am 12. d. M. gestorben ist.  
Seine letzten Willen:  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, den 16. d. M., nach-  
mittags 1 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Central-Friedhofes in  
Friedrichsfelde aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
168/12 Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten und Bekannten  
die traurige Nachricht, dass mein  
lieber Mann, unser guter Vater,  
der Tapezierer 10236  
**Karl Bath**  
am Sonntag, den 14. Dezember,  
nach schweren Leiden sanft ent-  
schlafen ist.  
Die trauernden Hinterbliebenen  
**Zophie Bath geb. Dippel**  
nebst Kindern.  
Die Beerdigung findet statt am  
Mittwoch, den 17. d. M., nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Central-Friedhofes in  
Friedrichsfelde.

Allen Freunden und Bekannten  
die traurige Nachricht, dass mein  
lieber Mann, unser guter Vater,  
der Tischler  
**Ludwig Schmidt**  
nach kurzem, schwerem Leiden am  
13. Dezember verstorben ist.  
Dies zeigen tiefbetrübt an  
Frau Agnes Schmidt als Wittve,  
Rudolf und Karl als Kinder.  
Die Beerdigung findet Mittwoh,  
den 17. d. M., nachmittags 3 Uhr,  
von der Leichenhalle des Central-  
Friedhofes, Friedrichsfelde, aus  
statt. 10296

Centralverband der Handels-,  
Transport- u. Verkehrsarbeiter  
Deutschlands.  
Hierdurch diese den Mitgliedern  
zur Nachricht, dass unser lang-  
jähriges Mitglied, der Haus-  
diener  
**Albert Heinze**  
am 12. d. M. verstorben ist.  
Die Beerdigung findet heute,  
Dienstag, den 16. Dezember,  
nachmittags 1 1/2 Uhr von der  
Charité aus nach dem Charité-  
Friedhof statt. 68/1  
Ehre seinem Andenken!  
Um zahlreiche Beteiligung bitten  
Die Ortsverwaltung I.

**Dankagung.**  
Allen Verwandten, Freunden und  
Bekanntem, dem Herrn Chef und den  
Kollegen der Firma Hemmer u. Co.,  
Nürch u. Co., den Kollegen der Firma  
Stürmer, den Genossen des 6. Wahl-  
kreises (Bezirk-Dramenburger Vorstadt  
554, 553, 549), dem Gesangsverein  
Nordwest, dem Rauchklub Wedding,  
dem Verein S. E. C. Training für  
die Teilnahme und reiche Krankspeise  
bei der Beerdigung meines lieben  
Vaters und unsern guten Vaters,  
unsern tiefgefühltesten Dank. 452  
Die trauernde Witwe Anna Gendrich  
nebst Sohn und Tochter.

**Dankagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster  
Teilnahme und die herrlichen Kranz-  
spenden bei dem Begräbnis unser  
geliebten Tochter und Schwester  
**Frieda**  
lagen wir hiermit allen unsern herz-  
lichsten Dank. Insbesondere dem  
Rabatissparverein „Luna“, dem Damen-  
und Männer-Turnverein „Osten“, den  
Arbeitskreis der Mädchenklub von Seiert  
u. Wolf, und dem Männer-Gesangs-  
verein „Sängertrio“ für den herzu-  
lich ererbenden Beleg.  
Emil Schneider u. Frau nebst Kindern,  
Brandstr. 37. 10356

Allen Freunden, Bekannten und  
Kollegen sage ich hierdurch meinen  
herzlichsten Dank für die rege Be-  
teiligung bei der Beerdigung meines  
lieben Mannes. 10286  
**Witwe Johanna Döring**  
geb. Müller.

**Albert Marquard**  
Berlin, Neanderstrasse 26  
Weingrosshandlung u. Likörfabrik  
empfiehlt seine gut gepflegten  
**Bordeaux-,**  
**Rhein- u. Moselweine**  
sowie  
**Medic. Ungarwein**  
unter Garantie der Reinheit.  
Ferner  
feinst. Rum per Ltr. 1,50-3,50  
„ Arrak „ 1,50-3,50  
„ Cognac „ 1,50-6,00  
Burgunder-, Rum-, und Arrak-  
Punsch per Ltr. 3,00 u. 3,50,  
feinen Punsch, Grog- und  
**Glühwein-Extrakt**  
per Ltr. 1,60-2,50.

# Der übergrosse Andrang,

welcher sich am Sonntag in unseren Geschäften entwickelte, hat es zu Wege gebracht, dass viele unserer werten Kunden nicht bedient werden konnten. Aus diesem Grunde wollen wir auch am

**Dienstag den 16., Mittwoch den 17., Donnerstag den 18. Dezember**

# Photographie-Bons gratis

verabfolgen, und zwar bei einem Gesamt-Einkauf von

<b>5 Mark</b> ¼ Dutzend Visites	<b>10 Mark</b> ½ Dutzend Visites	<b>15 Mark</b> ¼ Dutzend Cabinet	<b>20 Mark</b> ¼ Dutzend Makart
------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------	------------------------------------

Diese Bons sind für jede erwachsene Person zu verwenden, und empfehlen wir solche als besonders beliebtes **Weihnachts-Geschenk.**

Bei Bezahlung bitten wir an der betreffenden Zahl-Casse einen Photographie-Bon zu verlangen.

Trotz dieser ausserordentlichen Vergünstigung bleibt unser **Rabatt-Spar-System** dennoch in Kraft.

Bei Einkauf von einer Mark vergüten wir 4 Rabattmarken.

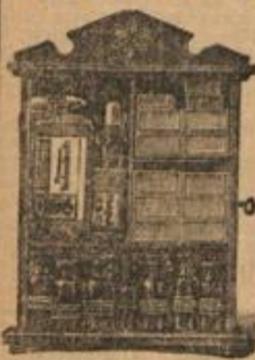
Wir heben noch besonders hervor, dass wir auch bei Bildern, die gegen Gratis-Bons aufgenommen werden, für vollendete künstlerische Ausführung garantieren, und dass die Bons 3 Monate lang ihre Gültigkeit behalten.

Bis zum 23. Dezember  
bleiben unsere Geschäfte bis  
10 Uhr Abends geöffnet.

# A. Jandorf & Co.

C., Spittelmarkt 16/17. SW., Belle-Alliancestr. 1/2. NO., Gr. Frankfurterstr. 113.

Mühseliges Geburtstags- u. Weihnachtsgeschenk.  
Der Retter in der Not  
HAUS-APOTHEKE.



Nach liefert ein sauber ausgestattetes Wandschrankchen, auch zum Einwickeln geeignet, für jedes Zimmer passend ca. 50 unerschöpfliche notwendige Hausmittel, für längere Zeit hinreichend, enthaltend: zum Einreiben, Baden, Gurgeln, Inhalieren, gegen Kopfschmerzen, erkrankte Glieder, Magenbeschwerden, Brandwunden, Diarrhoe, Husten, Infektionsstoffe, Wunde, Binden, Spritzen etc. mit genauer alphabetischer Gebrauchsanweisung und Inhaltsverzeichnis zum auhergewöhnlich billigen Verkaufspreise von nur  
pro Stück mit **10,00**  
bei Entnahme v. 2 St. a St. **9,50**  
" " " " " " " " **9,00**  
(incl. Porto, incl. Versand und Nachh.)

Nur durch Massenfabrikation kann dieser sehr billige Preis gewährt werden; einzelne Schränkchen sind auch nicht unannehmlich zu diesen billigen Preisen herzustellen. Bei den mannigfachen kleinen Unfällen und Krankheiten, die täglich vorkommen, bildet diese Hausapothek für Jedermann einen wahren Segen. — Für Familien, die entfernt vom Arzt und der Apotheke wohnen, von allergrösster Wichtigkeit!

Als Geschenk vorzüglich zu empfehlen. Die Aufträge erbitte frühzeitig, denn vor Weihnachten werden tausende von Apotheken verhandelt und der Reihe des Eingangs nach erledigt.

**Fritz Ohlendorf, Quedlinburg a. Harz 38.**

Fabrikation, Export-Engros-Haus.  
Vertreter und Vertreterinnen gegen hohe Provision gesucht.

Als Weihnachtsgeschenk  
erhält jeder Käufer einen hübschen Gegenstand

**Kinderwagen-Bazar Baby**  
Invaliden Strasse 160  
an der Brunnenstr.

12, 15, 18—20,00.	Frankfurterstr. 113. Reinickendorferstr. 26. Hennelstr. 15. Tauschenstr. 7a.	Brunnenstr. 93 Oranienstr. 51 Belle-Alliancestr. 107 Spandau, Havelstr. 20.	18, 20,00, 22—24,00.
1,75, 2—2,50.			4,50, 5,50—7,00.
0,90, 1,25—10,00.			6,00, 6,00—20,00.

Ganze Bettenanstaltungen mit Bett- und Bezügen für Erwachsene u. Kinder  
Allerbilligste Casapreise auch bei grösseren Ratenszahlungen.  
Lieferant des Post-Spar- und Vorschußvereins und anderer Vereine

**Herren- und Damen-Moden**  
geringe Teilzahlung.  
**J. Kurzberg,**  
Neue Königstr. 47 II.  
am Weganderplatz

**Musikwerke**  
mit auswechselbaren Notenrollen, sowie Zithern u. Laierkäten. Schönste Familienunterhaltung. Geringe Teilzahl.  
Neue Königstr. 47 II, Alexanderpl.

Der neueste Katalog der Firma A. Jandorf u. Co. ist erschienen und behandelt trotz des umfangreichen Inhalts nur fünf Abteilungen dieses Warenbaues. — Jede dieser Abteilungen ist aber auch ein Spezialgeschäft für sich, ganz besonders die Kolonial- und Delikatess-Abteilung. Neben den täglichen Bedarfsartikeln, wie Kaffee, Zucker, Kakao usw. finden sich vornehmlich Konerven in einer Reichhaltigkeit, die über die Entwicklung der Gesamtbranche im Warenbaue das zutreffendste Bild giebt und auch zugleich Zeugnis von der Beliebtheit ablegt, deren sich die Firma Jandorf im Kreise der Hausfrauen erfreut. Auch Wein — von dem billigsten Tafel bis zu Edelweiss und Vommery — ist vertreten. Dem bevorstehenden Silvesterfeste ist durch eine reichhaltige Auswahl in Rum, Brandy, und Wausch-Öffnungen Rechnung getragen. Für das Weihnachtsfest findet man Pfefferkuchen, Nüsse, Marzipan, und für den verdöhrten Geschmack auch Konfituren bis zu den teuersten Erzeugnissen. Unter den beliebtesten Weihnachtsgeschenken fehlen auch Parfümerien und Seifen nicht; dem Publikum wird durch preiswertere Angebote Gelegenheit gegeben, die sonst teuren englischen und französischen Fabrikate für billiges Geld zu kaufen. Auch der Raucher ist in dem Katalog nicht vergessen. Es sind darin zwar nur die besten Specialmarken aufgeführt, doch findet jeder das, was er zu haben wünscht, von der billigsten Cigarre bis zur begehrtesten Cigarette bis zu den berühmtesten Importen in jeder Preislage.

**Im Erfolg liegt Wahrheit!**  
Berühmte Original-Reichel-Essenzen  
Selbstbereitung. Cognac, Rum, Liqueure, Punschextrakte etc.  
Vollkommenheit und Feinheit mit Billigkeit.  
Ihr eignes Urteil  
Besten und Bewährtesten sind: dieselben wurden viel nachgeahmt doch nie erreicht.  
Versuchen Sie Reichel's echt franz. Cognac-Extrakt N. 75 Pf. fino Champ. \*\*\* 1,25 M.

Zu haben in den Droguerien.  
**Otto Reichel, Berlin SO., Eisenbahnstr. 4.**  
Erste u. grösste Specialfabrik.  
Niederlagen in ganz Deutschland.  
Wo nicht erhältlich, Versand ab Fabrik.  
Man verlange ausdrücklich Reichel-Essenzen mit dem Lichtherz und nehme keine Nachahmungen.  
Die Destillation im Haushalte völlig kostenfrei.

**Tellzahlung!!!**  
Großes Lager und Auswahl von Herren-, Damen- und Wecker-Uhren, Regulateure, Broschen, Ringe, Ketten, nur wöchentlich  
**Jahre & Köhlig,**  
Barrhauserstr. 72.  
eine Mark. 57900\*

Billige Uh. Mus., Dauer- und  
**Weihnachts-Nepfel**  
8-25 Pf. dr. Wd. im Einzelnen und in Posten.  
**Fritz Wilke,**  
Röbe Schöndorf, Thor.  
2 Vereinszimmer zu vergeben.

Die Brandtsche Million-Erbchaft vor Gericht.

Zweiter Tag.

In der heutigen Verhandlung ist die durch den Vorsitzenden erfolgende Verlesung des vom Angeklagten Brandt geführten Ausgabebüchens von Interesse, welches die Einnahmen und Ausgaben für die Vertheilung der Brandtschen Erbschaftsfrage enthält. Danach hat der Angeklagte bis zum 4. September 1898, d. h. dem Termin, von welchem an er Rechtsnachfolger sowohl der Ehefrau als auch der Ackerlebenser Brandts wurde, ein Pauschquantum von 15 000 Mark angelegt und dann Monat für Monat seine Ausgaben einzeln specificirt. In diesem Buche kommen zahlreiche Posten vor, die lauten: Gage mit Gehilfen, Ausgaben für Gehilfen, an Gehilfen usw. Darunter befinden sich Posten von 200 und 900 M. Besonders groß sind die Posten für die Reisen, die der Angeklagte nach dem Haag, Amsterdam usw. gemacht hat, ferner die Posten für Beschaffung alter Urtheile holländischer Gerichte, für Uebersetzung von Urkunden usw. Für seine eigene Thätigkeit hat sich der Angeklagte monatlich 200 M. berechnet. Danach hat der Angeklagte an Ausgaben gebüht: vom Jahre 1893 bis zum 4. September 1896 15 400 M., pro 1897 6062 M., 1898/99 7793 M. Das ist eine Gesamtsumme von 29 255 M., der bis zum Jahre 1900 eine Gesamtsumme von 1094 M. gegenüber steht. Danach hätte der Angeklagte von der Erbschaftsmasse noch 28 162 M. zu fordern. Er erklärt auf Befragen des Präsidenten, daß er die vom Jahre 1896 ab von ihm im Interesse der Sache gemachten Aufwendungen aus dem Gelde seiner Frau, seiner Schwägerin und seiner Söhne bestritten habe. Die 200 M. monatlich habe er sich einweisen lassen, aber keineswegs erhalten; die ganze Summe würde nach seiner Ansicht demalst zunächst von der gesamten Erbschaftsmasse abzuziehen sein. Wichtig sei es, daß er vor etwa zehn Jahren manifestiert habe, trotzdem habe er mit Hilfe seiner Verwandten die Ausgaben machen können. Er habe, wie er weiter auf Befragen zugiebt, eine Zeitung monatlich 400 M. für zwei Mann angelegt, die zweite Person sei die Mitbewohlerin Frau Johanna Brandt gewesen. Was den

Schriftlicher Gehilfen

betriffe, so habe sich dieser mit ihm in Verbindung gesetzt und sich erhoben gehabt, litterarisch für die Brandtschen Erben thätig zu sein. Er habe sich dabei als der „Reichsgeldner“ vorgestellt und in der „Reichsglobe“ auch Artikel über die Sache geschrieben. Er gebe zu, daß Gehilfen ihm sehr teuer zu stehen gekommen sei. Später habe derselbe ihn im Stich gelassen und ihn sogar nach dem Schönwäldischen Prozeß denunziert. Der Vorsitzende fragt den Angeklagten, woher dieser, der doch manifestiert habe, zu den großen Mitteln gekommen sei, die er in der Erbschaftsangelegenheit veranschlagt haben will. — Der Angeklagte erwidert, daß sowohl seine Ehefrau wie seine Söhne die Mittel dazu hergegeben hätten. Staatsanwalt Liebenow hält es für wenig glaubwürdig, daß die Ehefrau des Angeklagten noch über Mittel verfügt haben soll, er beantragt, die Steuerbehörde um Auskunft darüber anzugehen, zu welchem Steuerjahre Frau Brandt damals eingeschätzt war. Der Verteidiger Dr. Eptele erwidert sich dem gegenüber zum Beweise dafür, daß die Ehefrau Brandt damals Eigentümerin einer Hypothek in Höhe von 20 000 M. gewesen sei, die bei einer Bank hinterlegt war.

Der Gerichtshof bezieht sich die Verlesung über diese Urträge vor.

Darauf wird

Graf Scholts Hugo Douglas

als Zeuge vernommen und behauptet folgendes: Er habe seiner Zeit einen Portier Simon gehabt, einen sehr braven Mann, der eine geborene Brandt zur Frau hatte. Dieser hätte ihm eines Tages mitgeteilt, daß er durch seine Frau zu einem großen Vermögen kommen werde und allerlei Papiere darüber habe. Um dem Mann vielleicht darin dienbar sein zu können, habe er sich die Papiere mal zur Durchsicht geben lassen und sei sofort arg enttäuscht worden, denn er habe gesehen, daß es die alte Zwetschge war, die die Definitivität schon wiederholt beschäftigt hatte. Die ihm überreichten Papiere seien keine Dokumente gewesen, sondern einige Aufzeichnungen, denen er gar keinen Wert beilegen konnte. Was für Papiere es waren, könne er nicht sagen, er glaube, daß er sie dem Portier Simon zurückgegeben habe. Nachher habe er Jahre lang von der Sache nichts gehört. Pater tauchte sie wieder auf und der Amtsrichter Eigenhof, der damals Vormundschaffrichter war, habe ihm einmal angedeutet, daß an der Erbschaftsfrage doch wohl etwas dran sei. Als Vertreter von Calbe-Ackerleben habe er sich dieser Sache annehmen zu müssen geglaubt, und nachdem einmal ein Uhrmacher Schmidt, ein ihm sehr sympathischer Mann, zu ihm gekommen und mit ihm über die Angelegenheit Rücksprache genommen, sei er im Jahre 1892 nach dem auswärtigen Amte gegangen und habe dort Erkundigungen über den Stand der Angelegenheit eingeholt. Seines Wissens habe er mit Excellenz Hellwig darüber gesprochen, aber die Auskunft erhalten, daß die ganze Sache längst verjährt und für die angebliehen Erben gar keine Aussicht auf Erfüllung ihrer Hoffnungen vorhanden sei. Nach vom Justizministerium habe er eine vollständig negative Auskunft erhalten. Später seien dann mündliche, schriftliche und gedruckte Andeutungen gegen ihn erhoben worden. Diese begannen mit dem Drohbriefe der Frau Teimpler im Jahre 1894, dann folgte 1895 eine Anzeige ging ihn bei der Staatsanwaltschaft, welche ohne Erfolg blieb und die Angelegenheit wurde dann auch wiederholt in der Öffentlichkeit behandelt. Schließlich kam der Prozeß der Frau Timm gegen ihn auf Herausgabe der Urkunden. Es sei schon auffällig gewesen, daß die klagende Seite nach 27 Jahren plötzlich ganz genau wußte, welche bestimmten Urkunden dies gewesen seien, während sie vorher dies nicht wußten. Diese neue Behauptung sei

volle Phantasie

gewesen. Man habe ihm zwei Eide geschworen. Den ersten Eid, daß er die Urkunden nicht erhalten habe, habe er nicht geleistet, dagegen habe er den Eid dahin geleistet, daß er die Urkunden nicht hinter sich habe und nicht wisse, wo sie geblieben sind.

Der Vorsitzende stellt folgende Fragen an den Zeugen: Herr Zeuge, Sie werden wissen, daß Ihnen der Vorwurf gemacht wird, Gelder aus der Erbschaftsmasse erhalten zu haben? Haben Sie etwas erhalten? — Zeuge: Nicht das mindeste! — Präsi.: Der Angeklagte Brandt behauptet, daß dies 1898 und 1899 in Amsterdam gewesen sei. Im Jahre 1893 hätten Sie in Amsterdam von der Schuldbank 25 000 Gulden erhalten und da der Appetit bekanntlich mit dem Essen kommt, hätten Sie ein Jahr später gar fünf Millionen Gulden erhoben. Sind Sie 1898 und 1899 in Amsterdam gewesen? — Zeuge: Ich bin noch nie in Amsterdam gewesen. — Präsi.: Aber vielleicht sonst wo in Holland? — Zeuge: Auf der Durchreise habe ich wohl Holland mal geirrt, mich aber nie dort aufgehalten. — Präsi.: Haben Sie auch sonst nie Gelder aus der Erbschaftsmasse erhalten, etwa als Bestätigungsgelder, Schweigegelder u. dergl.? — Zeuge: Nein, niemals! Ich weiß das unter meinem Eide juristisch. — Präsi.: So wird angegeben, daß Sie 1893 im Gefolge Sr. Majestät in Holland waren? — Zeuge: Nie. — Präsi.: Sie wissen, Herr Zeuge, daß der Angeklagte auch darauf hinweist, daß in Ihren Vermögensverhältnissen eine große Veränderung sich vollzogen habe. Bitte, wollen Sie sich auch hierüber äußern? — Zeuge: Ich kann darauf hinweisen, daß schon mein Vater zu den wohlhabendsten Leuten in der Provinz Sachsen gehörte und der höchste Steuerzahler war. Am ist es doch kein Geheimnis, daß ich das Kaiserthum Leopoldshall für 12 1/2 Millionen Mark verkauft habe und die Aktien jetzt 200 stehen. Ich bin event. bereit, jeden Pfennig meines Vermögens nachzuweisen.

Nachdem Rechtsanwalt Dr. Schwindt und Rechtsanwalt Simons einige Fragen an den Zeugen gerichtet, findet eine Pause statt.

Die Frau Witwe Johanna Brandt giebt an, daß ihr verstorbener Ehemann von der Ehefrau Linie abstamme und vorausichtlich mit dem Angeklagten Brandt verwandt sei, wenn sie auch nicht angeben könne, in welchem Grade. Sie behauptet, daß sie sich im März 1895 mit der Ehefrau des Angeklagten Brandt nach dem auswärtigen Amte begeben habe, um sich nach dem Stande der Erbschaftsangelegenheit zu erkundigen. Sie sei von dem Geh. Hofrat Loos empfangen worden. Nachdem sie sich zu erkennen gegeben, habe Geh. Hofrat Loos gesagt: „Sie sind die Frau von dem Erbberechtigten Brandt aus der Stoppenstraße. Reichen Sie nur Ihre Papiere ein, dann haben Sie in acht Wochen Geld! Sie haben das Geld von dem holländischen Staate zu fordern!“ Bald darauf sei die Frau nach Amsterdam gereist. Sie sei von einer Behörde nach der andern gelaufen. Schließlich habe man sie nach dem Archiv verwiesen. Hier habe ihr ein Beamter, den sie für einen expedierenden Sekretär gehalten, den

Band III der Brandtschen Abrechnungsalten

gezeigt und mit ihren eigenen Augen habe sie darin den Vermerk gefunden, daß Graf Douglas einmal 25 000 und dann noch 5 Millionen Gulden erhalten habe. Der holländische Beamte habe ihr dann gesagt, sie möchte doch die holländischen Behörden in Ruhe lassen und sich lieber an das auswärtige Amt in der Wilhelmstraße wenden.

Präsi.: Wo sollen alle diese Angaben also gestanden haben. Sie sagten: in einem Abrechnungsbuch? — Zeugin: Es war ein Aktenstück, wo „Band III“ darauf stand. — Präsi.: Was dem Termin in der Schönwäldischen Sache ist eine Anzeige von Herrn Gehilfen gegen „Unbekannt“ erstattet worden. In derselben wird darauf hingewiesen, daß Sie Ihre Mitteilungen aus dem Band III der Akten des auswärtigen Amtes nur durch Vorsehung erhalten haben könnten. Nun hat hier der Angekl. Brandt behauptet, der betreffende Beamte habe Ihnen die Akten in Ihre Wohnung gebracht. — Zeugin: Das ist ein Widerspruch. — Präsi.: Wiederholen Sie noch einmal, wann Sie den Band III gesehen haben wollen. — Zeugin: Ausganges 1895.

Ferner wird der Bittliche Geh. Rat Hellwig als Zeuge vernommen. Er läßt sich auf Befragen des Vorsitzenden dahin aus: Ich habe viele Jahre an der Spitze der 3. Abteilung des auswärtigen Amtes, der sogenannten Rechtsabteilung, gestanden, wo auch die Brandtsche Erbschaftsfrage bearbeitet worden ist. Ich kam auf das Bestimmteste versichern, daß Graf Douglas durch Vermittelung des auswärtigen Amtes aus der Nachlassenschaft auch nicht einen Pfennig erhalten hat. — Geheimrat Hofrat Graf v. Wildenbruch wird dann als Zeuge aufgerufen. Er behauptet, daß er nur vorübergehend und vertretungsweise das Decretat in der Brandtschen Sache gehabt habe. Davon, daß in dem Abrechnungsbuche ein Vermerk gewesen sei, wonach eine Auszahlung aus der Erbschaft erfolgt sei, wisse er nichts. Er kenne einen Band III gar nicht. — Excellenz v. Hellwig tritt vor. Ich glaube, ich kann dies ausfüllern. Alle Akten einer bestimmten Gattung führen die Nummer der Abteilung III und ebenfalls das Aktenstück, das die Brandtsche Erbschaft betrifft. Dieses hat einen neuen weißen Umschlag erhalten, weil der frühere schadhafte war, und daher mag sich wohl die Klar von den umgekehrten Akten gebildet haben. Der Inhalt des Aktenstückes ist unverändert geblieben. — Angell. Brandt zum Zeugen v. Wildenbruch: Herr Geheimrat, Sie haben doch selbst gesagt, daß der Brandt aus der Koppentrage sei. — Zeuge (entzückt): Das soll ich gesagt haben? Ich kenne Sie ja gar nicht. — Angell.: Ich halte meine Behauptung dennoch ansecht. — Präsi.: Herr Zeuge, Sie stellen dies in Rede und das genügt. — Zeuge Justizrat Krüger: Halberstadt: Vor einigen Jahren verhandelte ein Agent der Brandtschen Erben, Schwarzhaup, mit ihm und dabei sei eine Urkunde produziert worden, welche ein gewisser König beschafft haben sollte. Der Zeuge überreicht diese Urkunde, welche nach Ansicht der

Kantonsbehörde gefälscht

ist. Diefelbe ist vom 5. Mai 1901 datiert und enthält die angeblich von einer holländischen Behörde herrührende Beurkundung, daß am 1. April 1899 auf Reclamation eines rechtlich legitimierten Deutschen, Douglas, 30 Millionen Gulden an das deutsche auswärtige Amt ausgezahlt worden seien. Eine andre vom Zeugen dem Gericht überreichte Urkunde ist vom 16. November 1900 datiert und in holländischer Sprache abgefaßt und bezeugt, daß Herr Heinrich Douglas im Jahre 1895 25 000 Gulden und 1899 5 Millionen Gulden erhalten habe. — Die Urkunde wird von der Dolmetscherin Fräulein v. d. Plögg überreicht. Die Urkunden sind vom Amsterdamer Kantonalgericht unterzeichnet. — Justizrat Krause macht darauf aufmerksam, daß schwerlich ein holländisches Kantonalgericht eine solche Urkunde in deutscher Sprache ausstellen werde. — Staatsanwalt Liebenow beantragt, die beiden Urkunden auf alle Fälle zu beschlagnahmen. Es liege hier offenbar eine große Urkundenfälschung vor, und die beiden Urkunden würden für das spätere Verfahren von Bedeutung sein. Die Thatfache der Fälschung gehe schon aus folgendem Umstand hervor: In der einen Urkunde werde der Graf Douglas mit Bornmann Heinrich genannt, während der Hugo Scholts heiße. Nun sei im Adreßbuch von 1900 durch einen Irrtum der Graf Douglas mit dem Bornmann Heinrich bedacht worden und so haben denn die Fälscher das Adreßbuch zur Hand genommen und danach einfach den falschen Namen herausgeschrieben.

Der im Zuschauerraum anwesende Privatier Schwarzhaup wird als Zeuge vorgelassen. Er ist seit dem Jahre 1886 in dieser Erbschaftsangelegenheit thätig gewesen und ist auch mit einer ihm vom Amtsgerichtsrat Eigenhof f. J. ihm ausgestellten Legitimation nach Holland gereist. Dort habe er die umfangreichsten Nachforschungen angestellt. Die beiden Urkunden habe er von dem Kaiser Richard König in Halberstadt erhalten, welcher sagte, er habe die Dokumente von einem Beamten, des Grundschuldamts in Amsterdam, erhalten. Diese Urkunden seien ihm so wichtig erschienen, daß er sie dem Justizrat Krüger zur Aufbewahrung übergab. — Polizeiinspektor Veder aus Ackerleben, dessen Ladung am Sonnabend beschlossene wurde, ist erschienen. Der Angeklagte Brandt hatte behauptet, daß der Zeuge ihm noch in letzterer Zeit Mitteilungen gemacht habe dazugehörig, daß Graf Douglas einmal 25 000 und ein zweites Mal 5 Millionen Gulden von der Erbschaft abgehoben habe. Aus den etwas gemündeten Erklärungen des Zeugen geht hervor, daß er nur von einem Gerücht gesprochen hat. Er hält es für ganz unmöglich, daß er sich in dem vom Angeklagten behaupteten Sinne ausgesprochen habe. — Rechtsanwalt Dr. Schwindt produziert einen von dem Zeugen an den Angeklagten gerichteten Brief, in welchem u. a. steht, daß die Publikation noch zurückgehalten werden solle, denn die Sache würde sofort getregelt werden, wenn S. und K. aus Amsterdam zurückkehrten. — Der Zeuge will diesen Brief gar nicht auf die Verlesung, sondern auf eine andre von dem Angeklagten beabsichtigte Veröffentlichung bezogen wissen. Er beziehe sich außerdem auf ein von Frau v. Meurs gestiftetes Legat.

Rechtsanwalt Simons behauptet nach den Angaben seines Klienten, daß der Zeuge im Juli hier in Berlin mit den beiden Angeklagten im „Prälaten“ geessen und davon gesprochen habe, daß Graf Douglas zum Vergleich bereit sei, und so gethan habe, als ob er im Auftrag des Grafen spreche. — Der Zeuge bestreitet das letztere.

Hier wird die Verhandlung abgebrochen und auf Dienstag 10 Uhr vertagt.

Lokales.

Der silberne Sonntag brachte den Geschäftslenten nicht die erwartete Ernte. Zwar stauten auf den Straßen ungeheure Menschenmengen, und besonders stark war das Gedränge in der Leipzigerstraße, wo sich, ebenso wie in der Oranien- und Rosenthalerstraße, die Massen vor den Warenhäusern stauten. Hier war der Andrang so groß, daß auf polizeiliche Anordnung die Ein- und Ausgänge getrennt, die Zugänge mehrfach geschlossen werden mußten. Zur Regelung des Verkehrs in der Leipzigerstraße war ein beträchtliches Aufgebot berittener und Fußgänger erforderlich, auch mußte der Straßenzug für den Wagenverkehr gesperrt werden, und es wurde das Befahren nur für Straßenbahnwagen gestattet. Die Umsätze, die in einzelnen Geschäften gemacht wurden, waren trotz des Niefenverkehrs gering, und blieben erheblich gegen die des Vorjahres zurück.

Streitigkeiten um die Innungszugehörigkeit sind, wie die Gewerbe-Deputation des Berliner Magistrats in ihrem jetzt veröffentlichten Jahresbericht für 1901/02 hervorhebt, immer noch recht häufig, weil die Entscheidung der Frage, ob ein Betrieb als handwerklich oder als fabrikmäßig anzusehen ist, und ob hiernach der Betriebsinhaber innungsspflichtig ist oder nicht, immer wieder angefochten wird. Auf einen Fall weist der Bericht besonders hin, um zu zeigen, wie schwer die Entscheidung manchmal ist. Die Gewerbe-Deputation hatte einen Betrieb fabrikmäßig und daher die Inhaber für nicht innungsspflichtig erklärt. Die in Betracht kommende Innung wandte sich mit einer Beschwerde an den Oberpräsidenten. Dieser erklärte den Betrieb für handwerklich und hob die Entscheidung der Gewerbe-Deputation auf. Die Betriebsinhaber wandten sich nun an den Handelsminister, und dieser entschied, daß der Betrieb doch als fabrikmäßig anzusehen sei. Daraufhin mußte der Oberpräsident seine eigene Entscheidung wieder aufheben und bestimmen, daß die Betriebsinhaber nicht innungsspflichtig seien. Die Gewerbe-Deputation sagt, daß in dieser Frage immer noch eine Rechtsunsicherheit bestehe, die nicht nur von den beteiligten Gewerbebetreibenden, sondern auch von ihren Angestellten als lästig empfunden werde. Für die Angeestellten handelt es sich hierbei um die Verurteilung ihrer Zugehörigkeit zur Innungs- und Christenklasse und der Zuständigkeit des Innungs-Schiedsgerichts oder des Gewerbegerichts.

Hochbahn-Scherereien. Vor einiger Zeit berichteten wir über ein merkwürdiges Stillschicken, das sich ein Angestellter der Hochbahn einem Fahrgast gegenüber hatte zu launigen Lauten lassen. Der Fahrgast hatte wegen Ueberfüllung der dritten Wagenklasse sich ein Zuschlagbillet gelöst und damit den Wagen zweiter Klasse bestiegen, was dann aber von einem Controlleur wegen angeblichen Betruges auf eine Polizeiwache geleitet worden. Trotzdem der Fahrgast zur Evidenz dem Beamten klar machte, daß er die Hochbahn in keiner Weise geschädigt habe, erhielt er doch eine Strafverfügung auf zwei Mark. Der Geschädigte mußte erst die Beweismittel einer gerichtlichen Entscheidung auf sich nehmen, um von der unberechtigten Polizeistrafe loszukommen und freigesprochen zu werden. Man darf nun wohl erwarten, daß die Hochbahnverwaltung endlich davon abläßt, ihre Fahrgäste mit unnützen Pladerereien zu quälen.

Die Befichtigung der Brandstätte der Gasanstalt in der Müllerstraße durch eine Baunommission hat vorseitern stattgefunden und ergeben, daß trotz der frühzeitigen Glut des Feuers die Hintermauer vorzüglich erhalten geblieben ist. Im dritten Stockwerk zwar waren die Mauern rüßig, und mußten durch Mannschaften der Feuerwehr niedergelegt werden, dagegen haben sie im zweiten und ersten Stockwerk wenig gelitten, und selbst die Deckenlagen des ersten Stockes und Kellergeschosses bedürfen zum Teil keiner Erneuerungen. So sind denn am Sonnabend gleich die Arbeiten zur Befestigung der noch umherliegenden Trümmermassen und Wiederherstellung des Gebäudes aufgenommen worden. Das Gebäude wird jedoch nicht neu aufgeführt, sondern nur die noch vorhandenen Deckenlagen werden renoviert und überdacht werden. Für die notwendige Gaserzeugung des Bezirks genügt vorläufig noch die etwas verkleinerte Anlage, Anfang des Jahres 1901 wird die im Bau befindliche Gasanstalt in Regel in Benutzung genommen, und in der Zwischenzeit möglichenfalls die Anzahl III durch die anderen hiesigen Gasanstalten unterstützt werden.

Ablauf der Zeit für den Umtausch der alten Postwertzeichen. Die im Reichs-Postgebiet und in Württemberg bis Ende März gültigen gezeichneten Postwertzeichen werden gegen solche mit der Aufschrift „Deutsches Reich“ nur noch bis Ende Dezember d. J. umgetauscht. Vom 1. Januar 1903 ab werden nur noch auf Umtausch alter Postwertzeichen nicht mehr berechnigt. Es ist daher anzuraten, den Umtausch der etwa noch vorhandenen alten Postwertzeichen baldigst zu bewirken. Dies kann bei den Postämtern und bei den Landesbriefträgern geschehen. Die Postanstalten werden die Frankierung von Sendungen mit alten Postwertzeichen bis zum Ablauf der Umtauschfrist nicht beanstanden. Dagegen werden die nach Ablauf der Zeit etwa vorkommenden alten Postwertzeichen als ungültig behandelt werden.

Der Kampf gegen den Ansturz ist gestern Abend bei einem Fest, welches die Große Berliner Straßenbahn ihren Angestellten aus Anlaß der Umwandlung des elektromotorischen Betriebes gab, vom Eisenbahnminister Rüdde betrieben worden. Herr Rüdde hielt auf dem Fest im Friedrichshain eine volltönende Rede, in welcher er die Angestellten aufforderte, nicht nur in allen Lebenslagen Treue zur Gesellschaft, sondern auch zu ihrem Kaiser zu halten; vor allem aber sollten die Angestellten eingebend sein, daß sie sich der Mächte des Ansturzes mit aller Kraft zu erwehren hätten. Die Rede klang mit einem Hoch auf den Kaiser aus. Zum Schluß verteilte der Herr Minister eine erhebliche Anzahl Orden und allgemeine Ehrenzeichen. Hoffentlich sind nur Angestellte damit bedacht worden, die beim Straßenbahnen-Streit von 1900 sich als gut und erwiesen haben.

Eine merkwürdige Ohrfeigen-Geschichte war von uns berichtet worden. Nach den Angaben einer Lokalcorrespondenz sollte auf dem Bahnhof Charlottenburg ein Fahrgast, der sich als Affessor einer Eisenbahn-Direktion auswies, einen diensttuenden Beamten geohrfeigt haben. Nunmehr findet die Angelegenheit eine überraschende Aufklärung. Die Königl. Eisenbahn-Direktion Berlin schreibt nämlich: Die Untersuchung hat ergeben, daß der Fahrgast sich als Regierungs-Affessor Schlichting von der Königl. Eisenbahn-Direktion Hannover ausgegeben und auf Verlangen des Stations-Vorsehers sich durch einen auf diesen Namen ausgestellten Dauerfahrkartenschein legitimiert hat. Es ist aber weder bei der lgl. Eisenbahndirektion Hannover noch in der übrigen Staats-Eisenbahnverwaltung ein Affessor Schlichting beschäftigt. Hieraus ergibt sich, daß der Fahrgast sich einen falschen Namen beigelegt und zum Ausweis sich eines gefälschten Papiers bedient hat. Es ist bisher nicht möglich gewesen, den Thäter, der auch noch andere gefälschte Urkunden zu besitzen scheint, zu ermitteln.

Der herrliche Wispert-Loche am Sonntagnachmittag wieder viele Tausende nach dem Müggelsee hinaus, der größten Plätze, die ihm in der Umgebung von Berlin zur Verfügung steht. Das kermische Eis ist jetzt schon ungefähr einen Fuß stark. Eine ganz leichte Schneedecke, die den Sport nicht hindert, hat das gute, daß sie allen denen, die sich dem blanken Stahl nicht mehr anvertrauen wollen, einen festen Halt für den Fuß giebt. So benutzten am Sonntag auch viele Spaziergänger die Eisböden zu einem Wälder von Friedrichshagen nach den Müggelsee und nach Rixdorf und umgekehrt. In einem leichten Nebel stand die warme Sonne über dem weissen Eis- und Schneefelde und zauberte auf der unübersehbaren Fläche mit ihrem dunklen Gewimmel ganz phantastische Bilder hervor. Die Segelschiffen und die Schiffsanleger, die sonst

Die Scenerie so ungemein beleben, mußten leider aus dem Sport verzichten, da kein Windhauch ihre Segel schwellen wollte. Um so eifriger sammelten sich die Schlittschuhläufer, von den tollendsten Kunstläufern herab bis zu der großen Masse der weniger Geübten und Anfänger, die mit den Armen fast mehr noch auszuholen, als mit den Beinen. Für die Fernläufer, die sich aus der geschlossenen Menge vor Vellebue herauszulösen pflegen, hat sich in diesem Jahre eine neue Richtung herausgebildet. Während ein breiter Strom sich in gerader Linie nach Kübezahl hinüberzieht, wendet sich ein schmalerer in unzähligen Biegungen gleich einer Riesenschlange von unermesslicher Länge ostwärts nach Müggelwerder und Rahnsdorf zu. Und von den beiden Strömen lösen sich immer wieder kleinere Teile ab, um durch Reigen und Kunststücke aller Art die Aufmerksamkeit zu fesseln oder ins Endlose zu entleeren. Auch im Mondschein wurde am Sonntag noch lebhaft dem schönen Sport geguldet. Auf der Schlesienschen Vorortbahn herrschte ein Verkehr wie an einem schönen Sommerfeste.

Mit der „Wechselkalle“ suchte am Sonntag ein Techniker, Geza Baum, der aus Oden-Post hierher gekommen ist, in der Leipziger- und Friedrichstraße sein Geschäft zu machen. Er dachte, daß die Verkäufer in dem Gedränge des silbernen Sonntags es eher übersehen würden, wenn er mit dem Wechselgeld auch das Goldstück wieder einsetzte. Der Versuch schlug aber gänzlich fehl. Ein Verkäufer in der Friedrichstraße merkte sofort die Falle, holte den Kunden vor der Ladentür zurück und übergab ihn der Polizei. Baum wurde wegen solcher Schwindel in August dieses Jahres in Dresden schon bestraft.

Der Selbstmord eines Berliners wird von München hierher gemeldet. Dort erhängte sich im Hotel Wittelsbach ein junger Mann von etwa 24 Jahren, der sich Kaufmann Karl Fall aus Berlin nannte. Es ist indessen noch sehr fraglich, ob das der richtige Name ist. Der Selbstmörder ist 1,68 bis 1,70 Meter groß und hat blondes Haar und ein blondes Schnurrbartchen.

Von einem Automobil überfahren und getötet wurde Sonntagabend um 8 Uhr eine unbekannte Frau in der Bergmannstraße, als sie vor dem Hause Nr. 57 den Fahrweg überschreiten wollte. Der Lenker des Fahrzeuges, auf dem fünf Personen saßen, suchte sich Weiterung durch die Flucht zu entziehen, wurde jedoch angehalten und festgesetzt. Das Automobil gehört einem Kaufmann Simon Hasenthal aus Mariendorf. Die Verunglückte, die am Unterleib schwer verletzt wurde, starb nach wenigen Minuten. Ihre Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht. Es scheint sich um eine Odbaude zu handeln. Die Frau ist etwa 40 bis 50 Jahre alt und mittelgroß, hat blondes Haar und am rechten Mundwinkel eine Narbe und trägt u. a. einen braunen und einen blauen Kleiderrock, einen graubraunen Umhang, fünf Schürzen und zwei verschiedene Färschne.

Frau v. Gemmingen oder „Gräfin de Spaa“ verhaftet; so nannte sich eine stattliche Dame, die in vornehmen Pensionaten des Westens zwei Zimmer zu bewohnen pflegte. Wenn sie sich dort etwas eingelebt und einen guten Posten Schulden gemacht hatte, kaufte sie die besten Sachen und ließ sie sich nach dem Pensionat bringen. „Zufällig“ war sie nicht zu Hause, wenn die Sachen kamen und bezahlt werden sollten. Aber für eine so feine Dame mit den „besten Beziehungen zur hiesigen Aristokratie“ gab man die Einkäufe auch ohne Geld. Das Ende war, daß die Aristokratin mit den Sachen verschwand und auch die Pensionrechnung zu zahlen vergaß. Daß sie einmal einen wertvollen Ring behielt, sollte ihr verhängnisvoll werden. In einem Pensionat der Kantstraße lernte die „Gräfin“ einen Herrn kennen. Als dieser ihr eines Tages den Ring zur Ansicht in die Hand gab, wurde sie plötzlich abgerufen, vergaß ihm den Ring wiederzugeben, und verschwand in der nächsten Nacht. Am Sonnabend hatte der Herr das Vergnügen, die Gräfin in der Friedrichstraße wiederzusehen. Er hat höflich um den Ring, sie hatte diesen aber augenblicklich nicht bei sich, weil sie ihn einer andern Dame zur Ansicht gegeben und noch nicht zurückbekommen hatte. Dem Herrn kam das etwas verdächtig vor, zumal die „Gräfin“ in der Kantstraße vergessen hatte, ihre neue Wohnung anzugeben. Er konnte ihr daher einen Gang zur Polizei nicht ersparen. Hier blieb sie dabei, daß sie die Gräfin de Spaa sei, und gab an, daß sie in der Lützowstraße wohne. Als die Revierpolizei bald festgesetzt hatte, daß die angegebene Nummer nur eine Baustelle ist, fiel es ihr ein, daß sie sich geirrt habe. Sie wohne ja Kurfürstendam Nummer 10 und so. Aber auf dem bezeichneten Grundstück steht zwar ein Haus, aber es ist noch nicht fertig. Die Gräfin geriet in helle Enttäuschung, daß man sie nun einlad, zur Kriminalpolizei mitzugehen. Es half aber nichts. Die Kriminalpolizei stellte nach dem Verdienst fest, daß die angebliche Gräfin eine schlichte Fanny Schmidt sei, die Tochter eines kleinen Gastwirts aus der Erfurter Gegend, eine gefuchte Hochspanlerin.

Bermüht wird seit ungefähr vierzehn Tagen die 35 Jahre alte Köchin Marie Guschke aus der Auguststraße Nr. 86. Das Mädchen verunglückte im Mai dieses Jahres in einem Hotel eines Baderortes durch einen Sturz von der Kellerterrasse, verletzte sich am rechten Bein und am Kopf und erhielt nach der Entlassung eine kleine Invalidrente. In der letzten Zeit klagte sie sehr über Kopfschmerzen, die sie auf den Unfall zurückführte, und kehrte seit vierzehn Tagen nicht mehr in ihre Wohnung zurück. In einem Krankenhaus befindet sich die Vermisste nicht. Wahrscheinlich irrt sie umher.

Nach Unterschlagung von 31 500 M. ist der 35 Jahre alte Bankassistent Ernst Gollnow aus der Kleinen Hamburgerstr. 27 schuldig geworden. Er hatte ein Verhältnis mit einer Tänzerin, das ihm viel Geld kostete. Trotz seines guten Einkommens reichten daher seine Mittel nicht aus. Kleine Spekulationen, mit denen er sich aufhelfen wollte, schlugen fehl und verfallmerten nur die Lage. Schließlich griff G. in die Kasse seiner Bank. Bis in den März dieses Jahres reichen seine Vermittlungen zurück. Der Jahresabschluss mußte die Entdeckung bringen. Daher meldete sich G. vor 14 Tagen krank. Als am Donnerstag die Unterschlagungen ans Licht kamen, hatte G. seine Wohnung, ohne die Miete gezahlt zu haben, heimlich verlassen.

Die Affaire Besas hat, einer Korrespondenz zufolge, eine überraschende Wendung genommen. Wie noch in Erinnerung sein dürfte, erregte es vor einigen Monaten außerordentliches Aufsehen, als bekannt wurde, daß die Firma Israel von zweien ihrer Angestellten, den Brüdern Julius und Verhold Besas, die beide bei der Firma gelernt hatten und von denen der eine 48, der andre 40 Jahre im Geschäft tätig war, um circa eine halbe Million Mark bestohlen und betrogen worden sei. Am 31. Oktober wurden beide Brüder verhaftet. Das eingeleitete Verfahren lautete auf Urkundenfälschung und Betrug. Die eingehendste Durchsicht der Bücher hat aber nun ergeben, daß dem Hause Israel nicht „500 000 Mark“, sondern nur „500 Mark“ veruntreut worden sind und Urkundenfälschung überhaupt nicht vorliegt. Demgemäß lautet auch die Anklage nicht mehr auf „Urkundenfälschung und Betrug“, sondern lediglich auf „Diebstahl“. Die Verteidiger haben demgemäß beantragt, die beiden Brüder gegen Kaution aus der Haft zu entlassen. Diesen Antrag ist stattgegeben worden, doch hat die Beschlußkammer mit Rücksicht auf das Vermögen der Beschuldigten die Kautionen hoch bemessen. Für den einen wurde die Hinterlegung von 40 000, für den andern von 75 000 Mark in mündelsicheren Papieren erfordert. Die Kautionshinterlegung hat gestern stattgefunden, worauf die Freilassung der Verhafteten erfolgte.

Nach Verübung zahlreicher Kreditwundersen ist der Kaufmann Rood aus der Lothringersstraße zu Weichensee seit einigen Tagen verschwunden. Er war Besitzer einer Schürzenfabrik, die aber nicht besonders ging. Um sich über Wasser zu halten, kaufte er Stoffe auf, stellte Reisende ein und sprach davon, daß er in der Marienburgerstraße eine neue große Schürzenfabrik errichtet habe. Die aufgekauften Ware wurde aber verschleudert, und die Gläubiger klagte Rood geschickt mit der Ausrede, daß seine Frau großes Vermögen besitze. In derselben Weise mußte er seine Angestellten und Arbeiter zu vertrösten. Freitag entfernte Rood sich aus dem Geschäft

mit den Worten, daß er zu einer Verdingung müsse; seitdem ist er verschwunden. Daß Rood auch Kleinigkeiten nicht verschmähte, ergibt der Umstand, daß er am Abend vor seiner Flucht einer Frau, die er bei einem Kaufmann traf, Briefmarken von der Post mitzubringen versprach und sich das Geld ausständig ließ. Die Frau harret heute noch auf die Aushändigung der Marken.

Das Ende eines Droschkentüfchers. Aus Furcht vor Strafe erhängte sich der 67 Jahre alte Droschkentüfcher Karl Riemann aus der Streckerstraße Nr. 63. Riemann fuhr vor vierzehn Tagen abends in der Georgenstraße mit einem Straßenbahnwagen zusammen, wobei die Droschke sehr stark und der elektrische Wagen ebenfalls beschädigt wurden. Seitdem war der alte Mann vollständig teilnahmslos. „Man verdient nicht“, klagte er, „und soll nun auch noch bestraft werden. Lieber hänge ich mich auf.“ Zur Vernehmung ging er gar nicht. Gestern morgen um 7 Uhr fand man ihn auf dem Heuboden seines Fuhrherrn erhängt auf.

Dem Berliner Zoologischen Garten ist aus dem östlichen Asien ein sehr interessanter Bär als Geschenk zugegangen. Die bekannte Importfirma für Japan- und Chinawaren, Reg u. Co. in der Leipzigerstraße, ist wieder einmal als bewährter Gönner des Zoologischen Gartens aufgetreten und hat einen Bären von der Insel Sachalin gesendet. Vor längerer Zeit erregte schon einmal ein von den Herren Reg u. Co. geschenkter Bär die Aufmerksamkeit der wissenschaftlichen Welt. Damals stellte es sich heraus, daß man es mit einer bisher unbekanntem Art aus Japan zu thun habe. Professor Matschie vom Zoologischen Museum bestrich sie zu Ehren des Sammlers unter dem Namen Ursus roxi. Mittlerweile hat die Firma ihr Wohlwollen dem Garten stets bewahrt und durch Schenkung eines Bären von Chinahunden und von Sömmerings-fasanen bewiesen. Der jetzt angelommene Sachalin-Bär, ein Bewohner der großen Insel, welche der Amurmündung im Ochotskischen Meere vorgelagert ist, gehört zu der als Ursus beringianus Middendorff beschriebenen, aber noch wenig bekannten Art. Er heißt bei den Gijalen wegen seiner hellen Färbung der weiße Bär; die dunklen Ohren und Füße machen ihn zu einer auffallenden Erscheinung.

### Aus den Nachbarorten.

Birk. Die Erfragwahl für den ausgeschiedenen Gemeindevorstand Dorn ist auf nächsten Freitag angelegt. Die Wahl wird nachmittags von 3 bis 7 Uhr im Lokal von Beilke, Chauffee Nr. 97, vollzogen. Heute abend 8 1/2 Uhr halten unsere Parteigenossen in diesem Lokal eine Versammlung ab, in der der socialdemokratische Kandidat aufgestellt wird. Es ist Pflicht jedes Parteigenossen, in dieser Versammlung zu erscheinen und eine fleißige Agitation zu entfalten, da die vereinigten Gegner, welche den Hausbesitzer Drechslermeister Tidert aufgestellt haben, alles daran setzen, uns das Mandat zu entreißen. Bemerkenswert sei noch, daß die Wahl des Gemeindevorstandes auf Mittwoch, den 17. Dezember, angelegt ist.

Schöneberg. Heute, Dienstagabend bei Dbst, Reiningersstraße 8: Versammlung des Wahlvereins. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Paul Hirsch: „Unsere Beteiligung an den Landtagswahlen.“ — Ein zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird erwartet.

Ober-Schöneberg. Der Landrat des Kreises hat an die Gemeinde das Ersuchen gerichtet, in Anbetracht der Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit Gemeinde-Arbeiten auszuführen zu lassen. Auf Antrag des socialdemokratischen Gemeindevorstandes G r u n o wurde der Kaufmission aufgegeben, sich mit diesem Antrage zu befassen. — Der von parteigenösslicher Seite gestellte Antrag auf Errichtung eines Gewerbegerichts ist auch diesmal leider abgelehnt worden. Ein Vertreter der zweiten Wählerklasse, Herr H e g e w a l d t, erklärte sich deshalb gegen ein Gewerbegericht, weil dadurch die socialdemokratische Agitation in die Fabriktreibe getragen werde. Man darf diesen Herrn wohl durch die Mitteilung beruhigen, daß die socialdemokratische Agitation auch ohne dies in Ober-Schöneberg den ihr gebührenden fruchtbarsten Boden findet. Genosse Grunow wies vergeblich darauf hin, daß die Arbeiterklasse an Orte, u. a. eine Versammlung der 900 Arbeiter der Electricitätswerke, sich dringend für die Notwendigkeit der Errichtung eines Gewerbegerichts ausgesprochen hat. — Der Gemeinde-Etat für das Jahr 1903, der in Einnahme mit 505 589,23 M. und in Ausgabe mit 504 416,81 M. figurirt, wurde genehmigt.

Steglitz. Wäre Beispiele verderben gute Sitten — das ergab die letzte Sitzung der Gemeinde Vertretung, in welcher Herr Varskow versuchte, durch Anträge auf Entloosung eine Diskussion zu verhindern und somit die „Kardofferei“ einzuführen. Daß er damit nach einem energischen Protest unseres Genossen Rapp kein Glück hatte, ist sehr erfreulich; auf Anraten des Vorsitzenden trat der Tapsere den Rückzug an. Die Vertretung beschloß den Erlaß von zwei Polizei-Verordnungen, betr. den Handel mit Milch und Sahne und die Desinfektion bei ansteckenden Krankheiten. Der Antrag des Genossen Rapp, die Unentgeltlichkeit der Desinfektion im Interesse der Allgemeinheit zu beschließen, wurde gegen die Stimmen der beiden Socialdemokraten abgelehnt. Der Bürgermeister bekämpfte den Antrag mit der Motivierung, daß man dann auch bald fordern würde, die Behandlung von ansteckenden Krankheiten Leidenden auf Gemeindelöten zu übernehmen. Es wurde beschlossen, Bedürftigen auf ihren Antrag die Kosten zu erlassen. — Aus den Erträgen des Kieselgutes Klein-Pieschen floßen der Gemeindekasse im letzten Jahre 5000 M. mehr zu als im Vorjahre. — Zur Erbauung eines Erbgrabnisses für den früheren Gemeindevorsteher Zimmermann bewilligte die Versammlung gegen die beiden socialdemokratischen Stimmen eine Summe von 3100 M. — Der Ausführung eines Erweiterungsbau der Gemeindefschule III in der Rietzstraße wurde zugestimmt und die Kosten in Höhe von 120 000 Mark bewilligt. In diesem Neubau soll eine Haushaltungsschule eingerichtet und Brausebäder für die Schüler vorgeesehen werden. — Schließlich bewilligte die Versammlung auf Antrag des Gemeindevorstandes noch 2000 M. zur Vornahme von Erd- und Regulierungsarbeiten, um die Gemeindegarten auch im Winter beschattigen zu können und eventuell auch sonstigen arbeitslosen Gemeindegartenangehörigen Gelegenheit zu verdienen zu bieten.

Der Charlottenburger Magistrat beantragt bei der Stadtverordneten-Versammlung die Genehmigung zum Abschluß eines Vertrages mit dem Hauspflege-Verein betreffend die Bestellung von Pflegerinnen an städtische Arbeiter und Unterbeamte in Fällen von Entbindung und Erkrankung ihrer Ehefrauen. Es handelt sich um einen vorläufigen, auf ein Jahr berechneten Versuch. Der Verein verpflichtet sich, den städtischen Arbeitern und Unterbeamten auf deren Antrag gegen eine Tagesvergütung von 2 M. eine Pflegerin zu stellen. Von dieser Vergütung bringt die Gemeinde 1 M. pro Tag auf die Dauer bis zu zehn Tagen aus städtischen Mitteln auf, den Restbetrag hat der Antragsteller selbst zu zahlen, ohne daß die Stadtgemeinde dafür eine Gewährleistung übernimmt. Die Kosten berechnet der Magistrat auf 1000 M. pro Jahr. Ähnliche Abkommen hat der genannte Verein bereits mit einigen großen industriellen Unternehmungen getroffen.

Ein Mädchenleben. Die unbekanntliche 28 Jahre alte Ida Kuritz aus der Wallstraße 14 in Charlottenburg galt als ein ordentliches Mädchen. Vor einigen Jahren hatte sie mit dem Zimmermann Max Pfeiffer ein Liebesverhältnis angeknüpft, das nicht ohne Folgen blieb. Im Juni v. J. schenkte sie einem Kinde das Leben. Als dieses jedoch im Januar d. J. verstarb, grämte sich die junge Mutter so sehr darüber, daß sie gänzlich menschenscheu wurde. Umsonst, als sie auch noch ihr Bräutigam verließ. Sie arbeitete zwar noch fleißig, wurde aber zusehends elender. Im Laufe des vorigen Sommers erhielt ihr früherer Bräutigam wiederholt anonyme Postkarten, auf denen schwere Beschuldigungen gegen ihn standen. In der Annahme, daß diese Karten von der Kuritz herrührten, zeigte

er sie an, und sie hatte sich wiederholt polizeilichen Verhören zu unterziehen, wo sie hoch und teuer versicherte, nichts von der Sache zu wissen. Trotz alledem häufte sich der Verdacht gegen sie, und sie erhielt vor kurzem die Vorladung zum Termin. Daraufhin ging sie nicht mehr zur Arbeit und ihre Wirtsleute hörten sie nur manchmal in ihrem Zimmer umhergehen und stark hinsten. Da man aber seit einigen Tagen auch dieses nicht mehr hörte, fürchtete der Wirt ein Unglück, öffnete am Sonnabend die unverschlossene Thür und fand die Vereinsante angekleidet mit dem Gesichte nach unten auf dem Bette liegend leblos vor. Der herbeigerufene Arzt konnte nur konstataren, daß der Tod mindestens vor 24 Stunden eingetreten sein mußte. Die Leiche war bereits schwarz. Da Spuren äußerer Gewalt an ihr nicht wahrzunehmen waren, wurde sie auf Anordnung der Polizei nach dem Schauhause gebracht.

Die Telegraphendrähte zwischen Wannsee und Stolpe wurden in der Nacht zum Sonnabend von Dieben zerschritten und gestohlen. Sechzehn Leitungen wurden dadurch unbrauchbar gemacht; die gestohlenen Kupferdrähte haben eine Länge von circa 60 Metern und ein Gewicht von circa 40 Pfund. Die Thäter sind bisher nicht ermittelt worden.

Neu-Weichen. Bei den am Sonntag stattgefundenen Gewerbegerichts-Wahlen kam die vom Gewerkschaftsrat aufgestellte Liste glatt durch. Im ersten Bezirk wählten 245, im zweiten 313, im dritten 271 Arbeiter, während die von den Arbeitgebern aufgestellte Liste 16, 12 und 20 Stimmen erhielt.

Das Opfer einer unbegreiflichen sittlichen Verirrung ist der frühere Amtsdienster Albert G a d o w aus Wilmsdorf geworden, der gestern vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II stand. Der 30-jährige Mann, der selbst mehrere Kinder besitzt, hat sich soweit vergessen, daß er an dem zehnjährigen Kinde Agnes Frisch unzüchtige Handlungen vornahm. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt und endete mit der Verurteilung des Angeklagten wegen Verneinung unzüchtiger Handlungen in einem Falle und der thätigen Verleumdung in zwei weiteren Fällen zu sieben Monaten Gefängnis. Auf sein Vitten wurde der Angeklagte vorläufig aus der Haft entlassen, um ihm Gelegenheit zu geben, seine Angelegenheiten zu ordnen und seine Familie anderweitig unterzubringen.

### Verfammlungen.

Steinarbeiter. „Die Antwort des Magistrats auf unsere Petition vom 13. Dezember vorigen Jahres“ war der erste Punkt der Tagesordnung einer öffentlichen Steinarbeiter-Versammlung, die am Sonntag im „Eugischen Garten“ stattfand. Hierüber berichtete Jeschke. Es ist bereits ein Jahr vergangen, seitdem die Berliner Steinarbeiter an den Magistrat das Ersuchen stellten, es möchte dafür Sorge werden, daß ein Teil der umfangreichen Steinmetz- und Steinbildhauer-Arbeiten für den neuen Rathausbau in Berlin angefertigt werden. Nachdem sie längere Zeit vergeblich auf Antwort gewartet hatten, wandten sich die Vertreter der Steinarbeiter an den Oberbürgermeister Rirchner. Dieser war jedoch verneinend; sein Stellvertreter aber bedeutete ihnen, daß sei Sache des Stadtausschusses Hofmann. Dieser zeigte etwas mehr Entgegenkommen, es wurden mehrere Konferenzen bei ihm abgehalten; doch erklärte er, daß er als Beamter das ausführen müße, was ihm die Kommune vorschreibe, und nicht über die Vergebung der Arbeiten zu bestimmen habe. Was aber in seiner Macht stehe, wolle er thun. Endlich ließ denn auch die Antwort des Magistrats ein, und sie lautet:

„Wir werden demüht sein, die Steinmetzarbeiten an den inzwischen genehmigten Bauten, soweit dieselben noch nicht zur Ausführung gekommen sind, unter thätlicher Beschleunigung zur Ausführung zu bringen. Wir sind jedoch nicht in der Lage, einen Zwang dahin auszuüben, daß Arbeiten, welche aus verschiedenen Gründen zweckmäßiger in der Nähe der Steinbrüche ausgeführt werden, demgegenüber hierorts zur Ausführung gebracht werden. Wir nehmen auch an, daß ein außerordentlicher Justrom von Steinmetzen nach Berlin erfolgen würde, sobald man erführe, daß die Steinmetzmeister in Berlin verpflichtet seien, die städtischen Arbeiten in größerem Umfang als üblich hierorts herstellen zu lassen. Dieser Justrom würde aber infolge der Vermehrung von Angebot an Arbeitskräften eine Herabsetzung der Arbeitslöhne mit sich bringen und dadurch eine Schädigung der hier länger ansässigen Steinmetzen herbeiführen.“

Diese sonderbare sociale Fürsorge eines hochweisen Magistrats, der da befürchtet, die Arbeitslöhne könnten sinken und die Arbeiter geschädigt werden, falls die Arbeitsgelegenheit vermehrt würde, rief natürlich bitteres Gelächter in der Versammlung hervor. Die Unternehmer sollen erklärt haben, daß, wenn die Arbeiten hier angefertigt würden, sie um 240 000 M. mehr kosten würden; die bescheidene Bitte der Steinarbeiter geht jedoch nur dahin, daß ein gewisser Prozentsatz der Arbeiten hier ausgeführt wird, so daß von einer solch hohen Summe nicht die Rede sein kann. Die Vertreter der Steinarbeiter hatten auch die socialdemokratischen Stadtverordneten ersucht, für sie einzutreten. Der Stadtverordnete G l o c k e hat jetzt erklärt, daß die Fraktion am Dienstag sich mit der Sache befassen werde. Nach lebhafter Diskussion erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, daß zunächst der Erfolg des Vorgehens der socialdemokratischen Stadtverordneten abgewartet werden soll.

Der zweite Punkt der Tagesordnung bildete der Antrag der Steinarbeiter auf Ausschließung aus der Allgemeinen Orts-Krankenkasse. Diesem Antrage war von der Aufsichtsbehörde stattgegeben worden, auf Refus des Aussenvorstandes hat jedoch in letzter Instanz der Handelsminister der Generalversammlung der Kasse die Entscheidung überlassen, und diese verwarf den Antrag der Steinarbeiter. Die Steinarbeiter müssen häufig bei Stellenwechsel in eine andre Kasse übertreten und infolgedessen werden viele von ihnen nie vollberechtigte Mitglieder einer Krankenkasse. Das ist der Hauptgrund, weshalb sie lieber der Bildhauerklasse zugezählt werden möchten. Die Ablehnung ihres Antrages hat große Erbitterung unter den Steinarbeitern hervorgerufen, die in der Diskussion lebhaft zum Ausdruck kam. Die Vertreter des Vorstandes und der Dreizehner-Kommission der Allgemeinen Ortskassen erklärten, daß sie durchaus im Interesse ihrer Kasse und pflichtgemäß gehandelt hätten. Schließlich wurde die folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Steinarbeiter-Versammlung protestiert aus das entscheidende gegen das Verhalten der Arbeitnehmer-Vertreter im Vorstände der Allgemeinen Orts-Krankenkasse, desgleichen gegen das der Delegierten in der Generalversammlung vom 7. Dezember gegenüber dem Antrage der Steinarbeiter auf Uebertritt in die Bildhauerklasse. Die Versammlung beauftragt die Vertrauensleute, weitere Schritte in dieser Sache zu unternehmen und die Angelegenheit an geeigneter Stelle den organisierten Arbeitern zu unterbreiten.“ — Des weiteren wurde beschlossen, daß innerhalb vier Wochen Refus an die Centralbehörde eingereicht werden soll.

### Witterungsübericht vom 15. Dezember 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius			
Swinemünde	771	SO	3	Punkt	10	Darparanda	762	SB	4	bedekt	1	
Hamburg	768	SO	4	Nebel	0	Petersburg	761	SB	4	bedekt	0	
Berlin	771	SO	2	Wolken	0	Göteborg	761	SB	4	bedekt	0	
Frankf. M.	770	SO	1	halb. Bd.	5	Berlin	767	S	5	4	bedekt	3
Rahnsdorf	771	SO	1	halb. Bd.	14	Paris	767	S	5	4	bedekt	3
Wien	777	SO	1	Schnee	13							

Wetter-Prognose für Dienstag, den 16. Dezember 1902. Zunehmende Erwärmung und Bewölkung mit geringen Niederschlägen und lebhaften südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

**Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!**

Dienstag, den 16. Dezember, abends 8 Uhr, im „Kösliner Hof“, Köslinerstraße 8:

**Partei-Versammlung.**

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Vertrauensleute. 2. Diskussion. 3. Wahl der Vertrauensleute.  
4. Vortrag des Genossen Ledebour. 220/9\*

**Rabatt-Spar-Verein „Süd-Ost“**

Telephon: Amt IV, Nr. 2831. Vereinsbureau: SO., Kottbuser Ufer 44a.

**Mitglieder-Versammlung**

für Rixdorf:

Dienstag, den 16. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Thiel, Bergstr. 151/152.

für Berlin:

Mittwoch, den 17. Dezember, abends 8 Uhr, im Konzerthaus „Sanssouci“, Kottbuserstr. 1a.

Tages-Ordnung in beiden Versammlungen:

Der Kampf der Gewerbetreibenden gegen unsere Vereine und unsere Gegenmaßnahmen.

Um recht zahlreichen Besuch dieser beiden Versammlungen ersucht  
Alles oder neues Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand. 128/19

**Achtung! Moabit! Achtung!**

Mittwoch, den 17. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in der Brauerei Moabit, Turmstr. 25-26:

**Volksversammlung.**

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über Konsum und Genossenschaften. 2. Diskussion.  
Um rege Beteiligung aus allen Kreisen bitten  
131/12

Der Einberufer.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 853.

Mittwoch, den 17. Dezember 1902, abends 8 1/2 Uhr:

**Konferenz der Vertrauensleute des Südens**

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 1.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
168/11

Die Ortsverwaltung.

**Socialdemokr. Wahlverein für Charlottenburg.**

**Versammlung**

am Donnerstag, den 18. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Roßauerstr. 3.

Tages-Ordnung:

„Die kommenden Handelsverträge und die Socialdemokratie.“

Referent: Georg Bernhard. Diskussion. Verschließenes.

Gäste willkommen. Für die Frauen ist die Galerie reserviert.  
168/1

Der Vorstand.

**Achtung! Portefeuille. Achtung!**

Verband der Portefeuille- und Federgalanterie-Arbeiter und Arbeiterinnen (Zahlstelle Berlin).

Mittwoch, den 17. Dezember 1902, abends 8 Uhr, in Graumanns Festsaal, Rannstr. 27:

**Mitglieder-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn Dr. Rosenthal über: „Die Herstellung des Leders und die Einwirkung der Fäule.“ 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten. 4. Verschließenes.  
Gäste willkommen.

Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in der Versammlung zu erscheinen.  
109/13

Die Ortsverwaltung.

**Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgiesser.**

Der Vorstand giebt hiermit bekannt, daß Sammelisten für die streikenden Weber auf dem Bureau, Ritterstraße 88, und durch die Vereinsboten zu haben sind. Gleichzeitig ersucht er die Mitglieder, sich recht zahlreich an den Sammlungen zu beteiligen und die Gelder auf dem Bureau abzuliefern.  
J. A.: Alb. Massini.

Dienstag, den 16. Dezember, abends 8 1/2 Uhr:

Vier große öffentliche

**Metallarbeiter-Versammlungen.**

1. Buggenhagen am Moritzplatz,
2. Stechert, Andreasstraße 21,
3. Peters Gesellschaftshaus, Alt-Moabit 80-81,
4. Eiskeller, Chausseestraße 88.

Tagesordnung: Die Krupp-Affaire, die Ergebnissadresse der deutschen Ingenieure und die Berliner Metallarbeiter. Referenten: Scheffler, Pawlowitsch, Wiesenthal, Cohen.

Kollegen! Nachdem man in einer Reihe von Betrieben versucht, eure Namen als Unterschrift für eine Ergebnissadresse zu erhalten, ist es notwendig, daß wir öffentlich zu diesem Anfinnen Stellung nehmen.

Jeder Kollege muß zur Stelle sein!

Der Einberufer: Cohen, Engel-Ufer 15.

**Weihnachts-Prämien**

für die Abonnenten des „Vorwärts“.

Zu unseren früher erschienenen Kunstblättern in Kupfer-Radierung, auf chinesischem Papier, 85 x 65 cm gross,

Marx und Engels, haben wir jetzt als Mittelstück hinzugefügt

**Lassalle-Radierung,**

Kriegsdruck, nach der einzigen in New York befindlichen Originalphotographie. Um diese Kunstblätter, die im Kunsthandel nicht unter 15-20 Mk. geliefert würden, auch den Arbeitern zugänglich zu machen, liefern wir diese 3 Radierungen Marx-Lassalle-Engels zum Vorzugspreise von 7,50 Mk. (statt Mk. 12,-)

Denjenigen Abonnenten, welche bereits in den Vorjahren die beiden Radierungen Marx und Engels bezogen haben, liefern wir auf Wunsch Lassalle-Radierung zum Vorzugspreise von 2,50 Mk. (statt Mk. 4)

Ferner liefern wir unsern Abonnenten zum Vorzugspreise von Mk. 5,- (statt Mk. 6,-) die herrliche Kupfer-Gravüre

**Die Freiheit führt das Volk an**

auf Chinapapier (95 x 72 cm), nach dem Gemälde im Pariser Louvre von Delacroix. Sämtl. Radierungen, auch die Porträts Bebel, Liebknecht, Singer in gleicher Ausführung zum Preise von à Mk. 1,50, sind durch die Expedition, Lindenstr. 69,

sowie auf Bestellung auch durch die Parteispediteure zu beziehen.

H. Heine's poetische und dramatische Werke  
Reich illustriert. Herausgegeben von G. Karpels  
Preis 2 Mark. + Porto 50 Pfg., für Berlin 20 Pfg.

Buchhandlung und Expedition des „Vorwärts“  
Lindenstrasse 69, Caden.

Im Uebrigen halten wir bestens empfohlen unser reichhaltiges Lager in Weihnachtsbüchern und Festgeschenken.



**Uhren umsonst**

gibt es nicht, doch billiger wie jede Konkurrenz verkauft die Uhren- und Goldwaren-Industrie  
10012\*

**H. M. Tomechna,**

Berlin SO., Brückenstr. 16

Eckhaus Köpnickersstrasse.

Nickel-Remontoir-Uhr, gutes Zeit. 4,20

Gut Silber-Remontoir-Uhr, garantiert gut. Zeit. 6 Studis, schönes starkes Gehäuse, deutscher Reichsstempel, zwei echte Goldränder. 8,50

Dieselbe mit 2 echt silbernen Kapiteln. 10,50

Gut gold. Remontoir-Damen-Uhr, reich grav. Gehäuse, 10 Steine. 13,50

Gold. Remontoir-Damen-Uhr, 6885 Reichsstempel, Grand Guichet, hochf. Zeit. 18,25

Gut goldene Herren-Uhr, Remont., 15 Steine, 3 gefehl. gestempelte Gold-Kapitel. 80,-

Lange Gold-Damen-Uhrketten mit echten Opal-Schleber. 13,50

Goldene Ringe gefällig gestempelt von. 1,50

Goldene Ohrringe mit echten Perlen und Türkis von. 5,50

Bekanntlich Sie bitte meine Ausstellung Brückenstrasse 16, an der Köpnickersstrasse. Ich suche nicht durch scheinbar billige Preise zu blenden. Jeder Gegenstand ist mit deutschem Preis und genauer Bezeichnung, woraus er besteht, versehen und wird bereitwillig aus den Schaufenstern verkauft. Eigne Reparatur-Werkstatt im Hause.

**Allgem. Orts-Frankenkasse f. d. vereinigten Gewerbebetriebe Charlottenburgs.**

Rosenthalstr. 3 I.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß bei der Radwahl die folgenden Herren zu Vorstandsmitgliedern gewählt worden sind:

1. Otto Goerke } Arbeitgeber,
2. W. Weber } Arbeitgeber,
3. Theodor Grado } Arbeitnehmer
4. Otto Roek } Arbeitnehmer
5. Hermann Nickchen } Arbeitnehmer
6. Fritz Stahlberg } Arbeitnehmer

Charlottenburg, 13. Dezember 1902.

Der Kassenvorstand. 278/6

ges. Wilh. Sabor.

**Socialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichst.-Wahlkreis (Südosten)**

Dienstag, den 16. Dezember, abends 8 1/2 Uhr:

**Ausserordentliche General-Versammlung**

im Saale des Herrn Graumann, Rannstr. 27.

Tages-Ordnung: 1. Erhöhung der Beiträge. 2. Vortrag des Genossen Schubert über: Die Volksschule eine Massenschule. 3. Diskussion. 4. Vereinsangelegenheiten. — Mitgliedsbuch legitimiert. 234/8

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

**Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**

Donnerstag, den 18. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in den Germania-Sälen, Chausseestr. 103:

**Fortsetzung der Generalversammlung vom 9. Dezember.**

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand. 256/7\*

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

Zahlstelle Berlin.

Donnerstag, den 18. Dezember, abends 8 Uhr im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15 (Saal IV):

**Versammlung**

für die Mitglieder der Innungs-Frankenkasse.

Linkseitig der Spree, Rechtsseitig der Spree, umfassend die Bezirke Moabit, Wedding-Geleisbrunn, Schönhauser- und Rosenthaler-Vorstadt, Osten und Nordosten, im Lokal von Hoffmann (Englischer Garten), Alexanderstr. 27c.

Tages-Ordnung:  
Aufstellung der Kandidaten zur Delegierten-Versammlung der Innungs-Frankenkasse. 92/12

Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in diesen Versammlungen zu erscheinen. Das Mitbringen des Mitgliedsbuches ist erforderlich. Der Einberufer.

Donnerstag, den 18. d. M., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal I), Engel-Ufer 15:

**Branchen-Versammlung der Jalonsie-Arbeiter.**

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Hermann Schulz über: „Die Sünden des Kapitalismus“. 2. Diskussion. 3. Branchen- und Verbands-Angelegenheiten, sowie Wahl eines Branchenvorstandes.  
Dem Wunsch aller Kollegen entsprechend, tagt diese Versammlung in einem der größten Räume des Gewerkschaftshauses, 600-700 Personen fassend. Es ist daher notwendig, daß jeder in dieser Branche beschäftigte Kollege erscheint und für guten Besuch dieser Versammlung sorgen hilft. Frauen haben ebenfalls Zutritt. Der Obmann.

**Bezirk Rummelsburg.**

Mittwoch, 17. d. M., abends 8 Uhr, bei Krause, Rant- u. Goldstrassen Ecke:

**Bezirks-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Renwahl der Kontrollkommission. 4. Verschließenes. Sämtliche Kollegen, auch die in Berlin arbeiten, sind verpflichtet in dieser Versammlung zu erscheinen.

**Branche der Musikinstrumenten-Arbeiter.**

Sonntag, 27. d. M. (3. Weihnachts-Feiertag), im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal):

**Grosse Weihnachts-Vergnügen mit Kinder-Bescherung.**

Konzert unter Mitwirkung des Gesangvereins „Sorgenfrei“ (W. d. A.-S.-B.). Dirigent: Herr Busch-Direktor Stell.

Nach dem Konzert: Tanz-Kränchen. Anfang 5 Uhr. Bilet 30 Pf. Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach. Biletts sind bei den Werkstatt-Delegierten sowie im Bureau des Verbandes, Engel-Ufer 15, Zimmer 11, zu haben.

Zu zahlreichem Besuch der Kollegen ladet freundlich ein Das Komitee.

**Gänsefedern 60 Pf.**  
et Pfund (grobere zum Schreiben).  
Schlaftefeden, wie sie v. d. Gänse fällen, mit allen Taunen II. 1,50, hülfertiger Gänsefede III. 2,00, besser Gänsefede IV. 2,50, russische Taunen II. 3,50, weisse böhm. Taunen III. 5,00, gefüllte Federn II. 1,50, 2,00, 2,50. Prima gefüllte III. 3,00, 3,50. Versand gegen Nachnahme.  
Berlin S.  
Gustav Lustig, Prinzenstr. 14a.  
Ehre-Beifebernfabrik in elast. Betriebe. Diele Anrechnungsfähig.

**Bruch-Pollmann**  
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradohaltern, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege.  
Elgve Werkstatt.  
Lieferant: Carl- u. Hilfr-Krankenlaffen.  
Berlin C., 52352\*  
30. Finien-Strasse 30.  
NB. Alle Bruchbänder mit elastischen Belotten, angenehm und weich am Körper.

